Heft 12 Dezember 1992 8.– DM

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Wenn Deutsche zu sehr helfen: Return to Sender
- Statt-Partei: Eine Präposition macht Karriere
- Helfen Gesetze gegen Rassismus?
- Faschismus verweht: Ins 100jährige Reich Ernst Jüngers
- A.C. Toepfer, ein Stifter als Brandstifter

in konkret Dezember 1993

von Konkret

an konkret

Kampfgruppe Großer Wurf von Hermann L. Gremliza

Wenn Deutsche zu sehr helfen von Jürgen Elsässer
Am 15. Oktober starb mit Alexander Arndt der erste deutsche Soldat im Out-of-area-Einsatz. Kein Grund zur Trauer

Gesetze gegen Rassismus? von Eckhard Voß
Warum Margaret Thatcher zu keiner Zeit daran dachte, die »Kommission für Rassengleichheit« abzuschaffen

»Jeder ist uns der Nächste«XXII von Archiv für Sozialpolitik
Zweiundzwanzigster Teil einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland

Festungen in der Festung von Gaby Hommel
Seit einem Jahr sind sie fester Bestandteil der deutschen Asylpolitik und vorläufiger Höhepunkt der staatlichen Repression gegenüber Flüchtlingen: die Abschiebeknäste

Der Jasager von Otto Köhler
Er hat ein Kriegsvölkerrecht auf völkischer Grundlage gefordert und die Konzentrationslager gerechtfertigt; er hat den einflußreichsten Grundgesetzkommentar verfaßt und den rechtsradikalen Verfassungsfeind Frey juristisch beraten: Im September ist der Staatsrechtler Theodor Maunz gestorben

Eine Präposition macht Karriere von Günter Kolodziej
Die Statt-Partei – eine rundum gelungene Selbstverarschung aller Beteiligten

»Der ganze Salat« von Otto Köhler
»Täglich im Kreuzfeuer der Kritik stellt sich die Treuhandanstalt der Öffentlichkeit«. Das verkündet der Ullstein-Verlag, weswegen es in jeder guten Buchhandlung zu kaufen gibt: »Treuhand intern. Tagebuch«. Herausgegeben von Birgit Breuel.

Der europäische Imperialismus III von Karl Rössel
Die zögerliche Beschäftigung der deutschen Linken mit der Europäischen Gemeinschaft wurde auch durch den Einzug der Grünen in die Parlamente nicht gründlicher. – Dritter Teil der Geschichte eines linken Versäumnisses

Verkehrte Welt, reales Rußland von Werner Pirker
Die politischen Frontverläufe in Rußland, die in den westlichen Medien als »rot-braune Allianz gegen Marktwirtschafts-Demokraten« nur verzerrt gezeichnet werden, klären sich: Demokratische Gruppierungen rücken nach links, und die braunen Bataillone marschieren mit Jelzin

Faschismus verweht von Gerhard Scheit
Das Geheimnis seines Erfolges ist keines der vermeintlichen Qualität seiner Literatur. Er hat nämlich nur Schund produziert. Der aber entsorgt die deutsche Geschichte womöglich noch wirkungsvoller als die Historikerdebatte: Er macht sie genießbar. Ein Ausflug ins hundertjährige Reich Ernst Jüngers

Allzu fein von Pierre Bourdieu

Ein Stifter als Brandstifter von Karl Heinz Roth

Die Hamburger Machtelite nahm Abschied von Alfred C. Toepfer, einem einflußreichen völkischen Großkapitalisten

ex libris von Michael Loebig

Gerhard Schweppenhäuser: Ethik nach Auschwitz. Adornos negative Moralphilosophie. Argument 1993, 200 Seiten, 25 Mark

ex libris von Heipe Weiss

Padraig J. Higgins: Ballybawn. Aus dem Englischen übertragen von Marina Hagen. Ars vivendi 1993. 209 Seiten, 29,80 Mark

ex libris von Georg Fülberth

Karl Heinz Jahnke: »... ich bin nie ein Parteifeind gewesen.« Der tragische Weg der Kommunisten Fritz und Lydia Sperling. Pahl-Rugenstein 1993, 208 Seiten, 24,80 Mark

ex libris von Ingrid Strobl

Hazel Rosenstrauch: Beim Sichten der Erbschaft. Wiener Bilder für das Museum einer untergehenden Kultur. Persona Verlag 1993, 183 Seiten, 23 Mark

Mit Gott und den Faschisten von Karlheinz Deschner

Die Abstrakten – abgeschlafft? von Armin Schreiber

»Seid so gnädig und malt, singt nicht!« – Anmerkungen zur Situation nonfigurativer Malerei

»Projekt Vampir« von Ludger Weß

Ein neues internationales Großprojekt der Humangenetik soll im nächsten Jahr gestartet werden. Es konzentriert sich auf indigene Völker, deren Genmaterial innerhalb der nächsten fünf Jahre gesammelt und eingelagert werden soll. Mit den darin enthaltenen Informationen eröffnen sich angeblich neue Perspektiven für Evolutionsforschung, Vor- und Frühgeschichte, Medizin und nicht zuletzt für die pharmazeutische Industrie. Die Wissenschaftler haben es eilig, weil die meisten dieser Völker und Kulturen durch Assimilierung oder gezielte Ausrottung zum Untergang verurteilt sind. Gegen das Projekt hat der »World Council of Indigenous People« vehementen Protest auf der Uno-Menschenrechtskonferenz in Wien eingelegt

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Hintermänner gefunden von Boris Gröndahl

Die rechtsextreme »Junge Freiheit« verdankt ihre Karriere funktionierenden rechten Seilschaften und geschickter PR

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 12/93, S. 4

von Konkret

Aus der Zone kommt ausnahmsweise die Nachricht, daß einer öffentlichen Einrichtung der Name eines Kommunisten verliehen wurde. Die ehemalige Regelschule 2 in Erfurt wurde am 7. November vom israelischen Generalkonsul Mordechay Lewy in Wilhelm Hammann-Schule umbenannt. Wilhelm Hammann, Pädagoge aus Groß-Gerau und vor dem Nationalsozialismus kommunistischer Landtagsabgeordneter, hatte als Häftling im KZ Buchenwald 158 jüdischen Kindern das Leben gerettet. Nach dem Krieg bestimmten die amerikanischen Besatzer ihn für kurze Zeit zum Landrat von Groß-Gerau; nach einer gezielten Verleumdung wurde er jedoch erneut vorübergehend inhaftiert und bis zu seinem Tod durch einen Unfall 1955 nicht rehabilitiert.

In Heft 9/83 berichtete KONKRET über eine Gruppe Kasseler Schüler, die ihr Buch *Schule im Dritten Reich* dem antifaschistischen Pädagogen gewidmet hatte. Ein Jahr später wurde Hammann von der Yad Vashem-Stiftung der Ehrentitel »Gerechter unter den Völkern« verliehen, eine Ehrung, die hierzulande geflissentlich unerwähnt blieb.

Über die späte Ehrung des Antifaschisten Hammann kann man sich freuen; es bleibt gleichwohl die Frage, ob es dem wiedervereinigten Deutschland gestattet sein sollte, sich durch die Namen von Antifaschisten mit einem Hauch von Zivilgesellschaft zu umgeben.

Vielleicht ist es für die Verschlechterung des deutschen Ansehens besser, wenn man die Landsleute so weitermachen läßt: Wie geplant wurde am 26. Oktober, dem österreichischen Nationalfeiertag, der österreichischen Schriftstellerin Gertrud Fussenegger der Jean Paul-Preis des Bayrischen Kultusministeriums verliehen und die damit verbundene Dotation von 20.000 Mark übergeben. Die präzise Schilderung der Nazivergangenheit Fusseneggers und der literarischen Qualität ihrer Werke, die Christian Michelides und Oliver Marchart in KONKRET 11/93 vorgelegt haben, konnte daran nichts ändern. Da mit Michelides'/Marcharts Artikel alle wesentlichen Informationen über Frau Fussenegger rechtzeitig vorlagen – eine Münchener Gruppe verteilte laut »Süddeutscher Zeitung« den KONKRET-Artikel an die Gäste der Verleihungszeremonie – , darf man davon ausgehen, daß der Jean Paul-Preis Frau Fussenegger in Kenntnis dieser Tatsachen verliehen wurde.

KONKRET-Autor Michelides teilte nach der Verleihung mit, daß Recherchen einer österreichischen Forschungseinrichtung ergeben hätten, daß es in der Jury zum Jean Paul-Preis keine Einigung gegeben habe. Es sei dem bayrischen Kultusminister Zehetmair daraufhin eine Liste mit drei Namen vorgelegt worden, aus der der Minister dann persönlich die antisemitische Heimatdichterin und »alte Nazisse« 'Michelides/Marchart) Fussenegger ausgewählt habe. Ein Mitglied der Jury, Tankred Dorst, ist, so meldet die »Tageszeitung«, unterdessen zurückgetreten; er will diesen Rücktritt freilich »nicht direkt mit dem ›Fall Fussenegger‹« verbunden wissen.

Beginnend mit Heft 2/94 erscheinen in KONKRET Kleinanzeigen. Vornehmlich ist diese Rubrik gedacht zur Ankündigung und Bekanntmachung politischer Veranstaltungen, Treffs, Zirkel, zur Mobilisierung für Demos und Lichterkettengefechte. Da die linke Infrastruktur hie bröckelt und da neu entsteht, alte Zusammenhänge verschwinden und neue sich entwickeln, ist diese Rubrik vielleicht geeignet, einen gewissen Informationsbedarf zu befriedigen. Weitere Rubriken sind: Studienplatztausch, Suche, Verkaufe, Jobs, Persönliches/Kontakte. Die genauen Konditionen sind der Auftragskarte zu entnehmen, die zwischen den Seiten 16 und 19 eingeheftet ist. Selbstverständlich behalten Redaktion und Verlag sich vor, Anzeigenaufträge abzulehnen.

Die Videodokumentation des KONKRET-Kongresses »Was tun?«, die Angela und Karl Pawek erstellt haben, ist nun lieferbar und kann mit der dieser Ausgabe beigehefteten Karte bestellt werden. Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Kongresses, die statt des Buchs zum Kongreß lieber das Video haben möchten, bitten wir um eine kurze schriftliche Mitteilung.

In diesem Heft erscheint der letzte Gastbeitrag aus dem Seminar »Komische Kunst«, das Ernst Kahl als Gastprofessor an der Fachhochschule Hamburg abgehalten hat: ein Gemälde von Eva Muggenthaler.

»Was würden Sie für eine Million Mark tun?«, fragte die Fernsehbeilage »rtv« »Fernsehstars«. Roger Willemsens Antwort: »Für eine Million würde ich im Fernsehen als Professor Gertrud Höhler auftreten. Aber nicht mal für eine Million

würde ich mit Professor Gertrud Höhler als deren Sohn auftreten.«

Konkret 12/93, S. 6

an konkret

Hängen und Würgen

Literatur KONKRET Nr. 18 ‘1993/94): »Wie ediert man einen Dschungel?« von Klaus Völker

Es war zu erwarten, daß Klaus Völker, der sich ja selbst editorische Verdienste um Brechts Werk erworben hat, mit der neuen Ausgabe kritisch ins Gericht gehen würde. Nur sollte er auf der verbissenen Suche nach Fehlern oder Versäumnissen unsererseits keine Fehler seinerseits machen, dieweil es denn so aussieht, als geschähe sie, die Suche, mit Hängen und Würgen.

Also: Völker behauptet, daß ich zwar beim *Hauspostillen*-Gedicht *Gegen Verführung* die »frühere Fassung« *Luzifers Abendlied* von 1918 im Kommentar erwähnte, »aber keinerlei bemerkenswerte Textvarianten, auch nicht die den Sinn doch völlig verändernde Korrektur der zweiten Zeile der zweiten Strophe« verzeichnete ‘folgt eine ausführlichere Auslassung über das »Daß« bzw. »Das« – Leben wenig ist – sowie der Hinweis, wo die viel schönere Fassung – mit »Daß« – noch überall zu finden ist). Ich weiß nicht, ob der »Dschungel« unseres Kommentars so wild ist, daß Klaus Völker übersehen konnte, daß wir zweierlei Zeilenkommentare haben: einen für die Rubrik *Text/Fassung* und einen Sachkommentar. Hätte also der Rezensent unter der Seite 116,10 den Zeilenkommentar ‘für alle Fälle auch noch die Seite 310 in Band 11) zu eben diesem Gedicht und zu eben dieser zweiten Zeile der zweiten Strophe aufgeschlagen, so hätte er lesen können:

»116,10 *Das Leben...* In der Handschrift, in der *Taschenpostille* und im *Versuche*-Druck von *Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny*: ›Daß Leben ...‹.«

Ich gebe gern zu, daß es unseren Herausgeberprinzipien widerspricht, mehr Aufhebens von diesem Sachverhalt zu machen, und nutze die Gelegenheit anzumerken, daß ich die *Hauspostillen*-Fassung auch nicht gerade schön finde, ja geradezu ätzend, aber da die Sammlung von 1927 unsere Textgrundlage und von dieser sogar noch eine zweite korrigierte Fassung überliefert ist, die hartnäckig an dem öden Vers »Das Leben wenig ist« festhält, haben wir den offenbaren Willen des Autors respektiert, und aus dem Kommentar zur Sammlung geht der Sachverhalt auch so deutlich hervor, daß Spekulationen, ob Druckfehler oder nicht, von vornherein ausgeschlossen sind. Da hat Völker mit seiner lang erarbeiteten Schlußfolgerung ausnahmsweise recht: der Unterschied ist tatsächlich gewollt.

Wenn Völker überdies suggeriert, daß mit *Luzifers Abendlied* eine »Fassung« des *Hauspostillen*-Gedichts existiere, die noch weitere »bemerkenswerte Textvarianten« aufweise, so muß ich leider enttäuschen: Mit der Titeländerung, die ich im Sachkommentar ‘Band 11, S. 323) getreulich vermerkt habe, und dem erwähnten Vers sind die »bemerkenswerten Textvarianten« bereits abgehakt. Aus diesem Grund haben wir denn auch auf einen gesonderten Abdruck von *Luzifers Abendlied* verzichtet ‘für uns lag eben keine Fassung vor, und die geneigte Leserin ist in der Lage, mit Hilfe des Kommentars sich die »frühere Fassung« vor ihr geistiges Auge oder was immer zu führen). Aber was schreibt Völker? »Während derart subtile Varianten gar nicht erst beachtet werden...«, um dann weitreichende Folgerungen zu ziehen. Pech gehabt.

Und schließlich der Vorwurf, daß die *schönen* Gedichte »in ein kunterbuntes Massengrab von Fragmenten, hingeworfenen Einfällen]etc.« eingebettet seien, kann ja wohl, zumal wenn er von einem ausgewiesenen Editor stammt, kein ernsthaft gemeinter Vorwurf sein. Eine Edition, die die Aufgabe hat, »sämtliche« ‘bekannten bzw. habhaft zu machenden) Gedichte und Gedicht-Fragmente zu publizieren, kann und darf nicht nach der »Schönheit« vorgehen. Wir hatten zu prüfen und zu entscheiden, ob *Verse* vorliegen, und nicht, ob sie Banalitäten transportieren: dies zu beurteilen, überlassen wir der geneigten Leserin. Oder ist ernsthaft gemeint, wir hätten für jeden Band eine lyrische Schrottecke einrichten sollen? Bei ca. 2800 Gedichten, einschließlich »banalen Pointen«, wäre das ziemlich kurios geworden.

Und noch eins: wir haben in den bisher vorliegenden Supplement-Bänden als Gedichte gedruckte »Gefälligkeiten« – darunter sogar »lyrische« Berühmtheiten wie einige Stalin-»Gedichte« aus den 50er Jahren – weggelassen, weil wir sie als Notizen qualifizieren konnten. Nachzuprüfen ist dies alles in der Karlsruher »Arbeitsstelle Bertolt Brecht« in ca. 70 Aktenordnern, in denen alle vorliegenden Überlieferungen zu jedem Gedicht und Nicht-Gedicht dokumentiert sind, und auf zwei Dateien, die wir auf dem Computer führen: ca. 3500 Einträge für alle »hingeworfenen Einfälle« des Herrn BB, und jeder Fall ist einzeln und individuell behandelt worden. Und, wie gesagt: bitte nicht noch einmal zu dunkelblaue Hüte, wenn unsere doch ziemlich gelb sind.

Prof. Dr. Jan Knopf

Arbeitsstelle Bertolt Brecht

Karlsruhe

So entspringt kein Neger

KONKRET 8-11/93: Debatte über Christoph Türckes Vortrag »Die Inflation des Rassismus«

Thesen zu einer gegenstandslosen Debatte

0.) Der nichtdiskriminierende (nicht unterscheidende) Unterschied (vgl. KONKRET 8/93, S. 35) ist ein starkes Stück Dialektik: »Der Unterschied ist die Negativität, welche die Reflexion in sich hat; das Nichts, das durch das identische Sprechen gesagt wird; das wesentliche Moment der Identität selbst, die zugleich als Negativität ihrer selbst sich bestimmt und unterschieden vom Unterschied ist.« (G.W.F. Hegel, Wissenschaft der Logik)

1.) Jede Art ist wortwörtlich homogen; zu ihr gehören alle Exemplare, die miteinander fruchtbare Nachkommen zu zeugen vermögen.

2.) Vererbbare Merkmale setzen die Homogenität der Art voraus, denn ohne Zeugung fruchtbarer Nachkommen gibt es keine Vererbung.

3.) Dreißig Paare von vererbbaren Merkmalen (braunäugig/nicht braunäugig, schwarzhaarig/nicht schwarzhaarig etc.) lassen sich zu 2^{30} unterscheidbaren Merkmalkombinationen assoziieren, also gibt es bei dreißig vererbbaren Merkmalen ungefähr soviel Merkmalkombinationen wie Menschen auf der Erde. (Daß sich das Merkmal >nicht braunäugig< noch einmal unterscheiden läßt in grün-, grau-, blau- oder buntäugig, erhöht nur die Zahl möglicher Kombinationen.)

4.) Die Kombinationen von vererbaren Merkmalen, Rassen, ergeben keinen definiten taxonomischen Begriff.

5.) Durch planmäßigen Eingriff in die Reproduktion einer homogenen Population, durch Zuchtwahl, läßt eine Population sich generieren, in der sonst nur rezessiv vererbbare Merkmale ausschließlich vorkommen. Da es sich um rezessiv vererbbare Merkmale handelt, ist Endogamie eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung der Reinheit der so generierten Rasse; sie wird ergänzt durch fortlaufende Zuchtwahl, über die der jeweilige Zuchtverein wacht.

6.) Es gab isolierte menschliche Populationen, die aufgrund ihrer Isolierung endogam waren. Mit der Entdeckung dieser isolierten Populationen durch andere Populationen hatte die Isolierung und mit ihr die Endogamie ein natürliches Ende.

7.) Die imperialistischen Entdecker isolierter endogamer menschlicher Populationen entdeckten mit ihnen deren Gebrauchswert, sich für die Schaffung fremden Reichtums nützlich zu machen.

8.) Nachdem die natürliche Bedingung der Endogamie, die Isolation, weggefallen war, versuchten die Kolonialisten, sie durch Dekrete zu ersetzen, um sich die Brauchbarkeit der neu entdeckten Population zu sichern. Die Vorstellung von Menschenrassen, die durch die Existenz auch nur eines Mestizen praktisch widerlegt ist, war der legitime Bastard des Kolonialismus.

PS. Diese Thesen sind weder neu noch aktuell. Das Elend der weitaus überwiegenden Zahl der Menschen ist darin begründet, daß sie nicht einmal zur Schaffung fremden Reichtums gebraucht werden, und daß sie, sofern sie überhaupt überleben, unterhalb des Existenzminimums, das noch der Kolonialismus seinen Sklaven nolens volens konzedieren mußte, zu vegetieren gezwungen sind. Daß es in der von Herrn Türcke angezettelten Debatte weder um biologische noch um ökonomische noch um historische Argumente ging, sondern um Gesinnungen, die ihre Träger als die besseren Menschen ausweisen, zeigt, wie es um das Bewußtsein der Restlinken bestellt ist - tant pis.

Prof. Dr. Peter Bulthaup

Frankfurt

Konkret 12/93, S. 9

Hermann L. Gremliza

Kampfgruppe Großer Wurf

Es ist der Zeitpunkt gekommen – die Nachkriegszeit ist mit der deutschen Einheit endgültig zu Ende gegangen – dieses Ereignis als einmaliges Ereignis einzuordnen.
Steffen Heitmann

Aber warum diese (Carl) Schmitt-Renaissance gerade jetzt? Mir scheint, in Zeiten großer Umbrüche suchen die Menschen verschüttete Eingänge zu einer großen und erlösenden Erkenntnis.
Rudolf Augstein

Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß die Bundesrepublik am Ende scheitert.
Arnulf Baring

Nachdem jetzt das Schlagwort »Antifaschismus« nicht mehr alle auf die Knie zwingt, beeindrucken manche Anlagen Mussolinis durch ihren großen Wurf.
»Frankfurter Allgemeine«

Gerade mal dreieinhalb Jahre alt geworden sind die submissesten Versprechen, mit denen es der Bundesregierung gelang, die Ängste der Siegermächte vor einem größeren Deutschland zu zerstreuen. Nichts, nicht das Geringste werde sich an der Politik der Bundesrepublik ändern, an ihrem Bekenntnis zur westlichen Demokratie, ihrer Treue zum Bündnis und ihrer Absage an den Nationalismus. Zum Beweis werde das neue Deutschland seine politische Macht noch schneller als geplant in der Europäischen Gemeinschaft aufgehen lassen.

Frau Thatcher hat es schon damals nicht geglaubt. Ob sie geahnt hat, wie schnell die Deutschen ihr Recht geben würden? Daß schon zum dritten Jahrestag der Wiedervereinigung der bayerische Ministerpräsident Europa eine »Kopfgeburt« nennen würde, die nicht mehr in die »neue Lage« passe? Daß Kanzler Kohl, bis gestern »der letzte Europäer« genannt, die Formel »Vereinigte Staaten von Europa« aus seinen Redemanuskripten streichen und mit den Worten abwinken würde: »Wir sind ja alle mal als Idealisten gestartet«? Daß der »Spiegel«, das Magazin dieses neuen Deutschland, das Resümee zöge: »Für Deutschland, das aus der Randlage in die Mitte Europas gerückt wurde, macht das sture Weiterwerkeln am westeuropäischen Haus keinen Sinn mehr. Der Bauplan muß geändert werden«? Daß brave Christdemokraten, die an den Schwur von 1990 erinnern, vom Generalsekretär der brandenburgischen CDU zum »Chor der linken, am Bestand der alten Bundesrepublik reaktionär Festhaltenden« geschlagen werden?

Geht man den »Bestand der alten Bundesrepublik« durch, begegnet einem nichts, was einen CDU-Funktionär in Rage bringen sollte. Die herrschende Klasse hat die Gesellschaft, die Ökonomie, den Staat und seine Abteilungen (Justiz, Polizei, Verwaltung) sicher im Griff, die traditionellen Organisationen der beherrschten Klasse treten nur noch als Claque auf (wenn sie nicht, äußerster Fall deutscher Revolution, dem Fabrikherrn drohen, für ihr Recht auf Lohnarbeit zu verhungern). Was am »Bestand der alten Bundesrepublik« stört, ist aber eben ihr Bestand, ist die von den Siegermächten entlang der Marken: Faschismus und Krieg gezogene Grenze politischen Redens und Handelns, deren Anerkennung einst die Voraussetzung gewesen ist für die Rückkehr der Westdeutschen in Welthandel und Weltpolitik. Wann immer sie versuchten, die gesetzten Grenzen zu übertreten, wurden sie durch Erinnerung zur Ordnung gerufen – durch französische und englische Filme, durch US-Fernsehserien, durch Gedenktage und Denkmale. Nach links, in den Sozialismus, wollten sie nicht, nach rechts durften sie nicht. Der status quo war ihr Schicksal. Es war leicht zu ertragen, solange er ständig wachsenden Wohlstand zu bedeuten schien.

Daß Zeiten und Umstände nahten, die diesen »Bestand der alten Bundesrepublik« und seine Grenzen als unerträglich eng erscheinen ließen, merkte zuerst der Nachwuchs. Die Zeitung der Söhne und Töchter, der als Minensuchhund der Bourgeoisie manche Verdienste und manches Verdienst anzurechnen sind, hat schon früh ihre Duftmarken an einen der beiden Grenzsteine deutscher Politik gesetzt, besonders eindrucksvoll im April 1989, als in der »Tageszeitung« ein zweiseitiges Interview mit einem emeritierten Kommunarden unter der redaktionellen Ankündigung erschien: »Die fehlgeschlagene Gottsuche der Nazis und der heillose Antifaschismus der Linken«. Neben dem »heillosen« wurden wahlweise auch der »altbackene«, der »orthodoxe« und der »verordnete Antifaschismus« denunziert und zugleich die »Nation von links« in die Diskussion gebracht.

An diese Vorarbeiten der Kinder können die Herren Eltern jetzt anknüpfen, da summa summarum sechs Millionen Deutsche arbeitslos sind und sogar die Wirtschaftsweisen begriffen haben, daß daran nicht einmal ein unerwarteter Aufschwung etwas ändern würde. Was materiell nicht zu kurieren ist, muß ideell gepackt werden. Nicht, wie der Nachwuchs meinte, mit einem ökologischen Umbau der Industriegesellschaft, sondern mit einem ideologischen und

ordnungspolitischen Umbau der Bundesrepublik – durch Lohnsenkung zur Verteidigung des »Standorts Deutschland«, durch Schaffen statt Raffen (»Da auf der Rechten der produzierende und nicht der fordernde Teil der Bevölkerung angesiedelt ist, sieht sich genau der Teil unseres Volkes, der den Wohlstand schafft, heute politisch nicht mehr repräsentiert«, sagt Baring, der Redner des völkischen Bauchs), Deutschmark statt Europa, Zerschlagung des Sozialstaats und Ausbau der Polizei, Deutschland den Deutschen, Ausländer raus. Nicht mehr die »Tageszeitung« sondern die »Welt am Sonntag« führt jetzt den Diskurs über das Heillose und die Gottsuche an:

Tabuisiert sind Begriffe wie »Nation«, »deutsche Normalität« oder »Geopolitik«, aber auch ganze gesellschaftliche Problemfelder werden nach dem Willen der politisch Korrekten ausgegrenzt, mit Denk- und Diskursverbot belegt. Kein Nachdenken (oder gar politisches Handeln) zum Thema »Ausländerkriminalität«, kein öffentliches Räsonieren über die totalitären Aspekte des militanten Feminismus, über eine Strafrechtspraxis, die der »Resozialisierung« die Gerechtigkeit opfert, über eine rigidere Aids-Prophylaxe, die Infizierte kenntlich macht, um Opfer zu schützen, über die biologischen, phylogenetischen und sozialpsychologischen Prämissen von Mutterschaft, Fremdenabwehr oder nationalem Wehrwillen. Wo die Grenze zu diesen Tabus überschritten wird, droht Exkommunikation, das Totschlag-Etikett »faschistoid«.

Die Rede von den Tabus und dem Totschlag-Etikett ist natürlich bloß eine rhetorische Figur, deren ständige Wiederholung (und implizite Widerlegung) in den Blättern der großen Konzerne dazu dient, das Angriffskommando Herrschender als Hilferuf Unterdrückter auszugeben. Denn überall ist Tabubruch, überall werden Nazis und Faschisten (Horthy, Schmitt, Jünger) wiederentdeckt. »Ohne die Eingriffe des Faschismus wären die Verkehrsprobleme in Mailand unerträglich«, schreibt, aus Angst vorm Totschlag-Etikett, die Samisdat-Zeitung »Frankfurter Allgemeine«, die zugleich im Untergrund die »Erkenntnis« verbreitet, »daß die Besinnung auf die NS-Vergangenheit keine verbindlichen politischen Maßstäbe für Gegenwart und Zukunft erbringt«, und aus dieser Abkehr von der Vergangenheit die Lehre zieht, in ihrer Tiefdruckbeilage zum Sonntag einen Pornoverleger, den sie zu Zeiten der alten Bundesrepublik nicht mit der Kneifzange angefaßt hat, eine ganze Seite über die »Lebenslüge Antifaschismus« vollschmieren zu lassen.

Der Angriff auf den »Bestand der alten Bundesrepublik« soll der deutschen Politik eine Option zurückgewinnen. Ob und wann welche Variante deutschen Faschismus' Lebenswahrheit wird, ist ungewiß. Ein wenig hängt es auch davon ab, wie lange die Nachbarn auf Lob- und Schönredner des neuen Deutschland hereinfallen wie auf diesen:

Sie stellen es so dar, als ob das, was sich heute in Deutschland abspielt, die Kultur bedrohe, die Zivilisation bedrohe, als ob eine Horde Wilder die Ideale schlechthin der Menschheit bedrohe, aber... der Mensch ist älter als die französische Revolution, schichtenreicher als die Aufklärung dachte.

Was sich liest wie eine Gemeinschaftsproduktion von H. Enzensberger, B. Strauß und M. Walser, ist schon einmal gesprochen worden: als Kritik an den Antifaschisten, die nicht bis zu ihrem Totschlag in Deutschland geblieben waren, im Berliner Rundfunk, 1933, von Gottfried Benn.

Konkret 12/93, S. 10

Jürgen Elsässer

Wenn Deutsche zu sehr helfen

Am 15. Oktober starb mit Alexander Arndt der erste deutsche Soldat im Out-of-area-Einsatz. Kein Grund zur Trauer

Der Mörder war ein Deutscher, jedenfalls vom Sozialtypus her gesehen. Erinnern Sie sich an die Meldung im Lokalteil Ihrer Tageszeitung, wonach ein Landgerichtspräsident a.D. einen Tagedieb im Garten seiner Ferienvilla peng-peng-peng mit der 38er einfach niederstreckte? Gefahr im Verzug bzw. Wut im Bauch? Oder wie das junge Paar, als das Baby nicht schnell genug die Sekundärtugenden intus hatte, den Quälgeist mit der Heckenschere zum Schweigen brachte und hinterher eine Entführung vortäuschte? Manchmal ist es auch ein Polizist, der in seiner Freizeit Law & Order durchsetzt, und so war es auch diesmal: Fährt doch der Ausländer mit dem teuren Geländewagen so mir nix dir nix einfach durch eine Pfütze und spritzt ihn naß! Da hilft kein Jammern, da hilft kein Klagen, da hilft nur die Exekution: drei Schüsse durch das Wagenfenster, und dann tschüß!

Das ist in der Regel keine Frontpage-Story und keine Staatsaffäre, sondern ein bißchen Futter für die Boulevardpresse und, Falling Down to Hollywood, perhaps ein halbes Drehbuch. Diesmal aber war Volkstrauertag, denn mag der Mörder auch das deutsche Charakterschwein verkörpern, so hatte er doch einen kambodschanischen Paß, während umgekehrt das Opfer zwar in der Uniform des deutschen Landsers gekommen war, aber in seinem Wesen doch eher einer überirdischen Erscheinung glich und deswegen auch im »Haus der Engel« untergebracht war. So wird, wenn man der PR-Abteilung der Hardthöhe und ihren Multiplikatoren glauben darf, das deutsche Uno-Krankenhaus in Pnom Penh von den Einheimischen genannt, und der Sanitätsfeldwebel Alexander Arndt schwebte daselbst als eine Mischung aus Pfarrer Sommerauer und einem Schweizer Bergrettungsbernhardiner: »Ein sehr ruhiger, sehr großer, sehr kräftig gebauter Bursche«, diktierte sein vorgesetzter Offizier den Reportern in die Steno-Blöcke, und weiter: »Er war nicht einer, der sich, ich möchte mal sagen, in dunklen Ecken von Pnom Penh herumgetrieben hat zu nächtlichen Stunden.« Vier Monate hatte er im deutschen Militärkrankenhaus in Pnom Penh gearbeitet, und gerade dreimal war er down town gewesen, in besagten »dunklen Ecken« oder anderswo. Ansonsten fand er die Erfüllung seines Lebens in der benebelnden Tätigkeit eines Anästhesisten, was recht stressig gewesen sein muß, weil die eingeborenen Hungerleider sich den deutschen Segensspendern regelrecht aufdrängelten: »Kambodschaner betteln in langen Schlangen um Aufnahme und Behandlung. Gelegentlich werden Sterbenskranke und Verletzte einfach vor die Tür gelegt«, will selbst die ansonsten seriöse »Süddeutsche Zeitung« erfahren haben.

Mit dem guten Beispiel von Alexander Arndt kann das Image des deutschen Soldaten, das unter früheren Out-of-area-Einsätzen beträchtlich gelitten hat, endlich runderneuert werden. Vermutlich war das schnell entworfene Persönlichkeitsprofil des ersten Bundeswehr-Toten schon vor den Schüssen von Pnom Penh in Auftrag gegeben worden. Bereits im Sommer hatten diesbezügliche Vorarbeiten des Heeresstabes Psychologische Kriegsführung die »FAZ« zu einem Epos über »unseren Mann in Belet Uen« inspiriert: »Schlank ist er, durchtrainiert, kräftig, von athletischer Figur... aber ein Vergleich mit dem französischen Fremdenlegionär oder dem amerikanischen Marineinfanteristen führt in die Irre. Unser Mann in Belet Uen ähnelt diesen Soldaten allenfalls im Erscheinungsbild. Ansonsten unterscheidet ihn viel, die Herkunft wie die Ausbildung, die vom Leitbild des Bürgers in Uniform geprägt ist.«

Eine Woche vor Arndts Tod hatte Rühe bei der Kommandeurstagung der Bundeswehr diese Skizze weiter ausgemalt und das hohe Lied vom »neuen Soldaten« angestimmt. Er sei aus dem Schatten der Nuklearwaffen und des Kalten Krieges herausgetreten und erfahre jetzt »eine positive Erfüllung«: »Nicht mehr die Abwehr einer totalen Gefahr, sondern Schutz, Hilfe und Aufbau treten in den Vordergrund des Dienstes.« Und die Leiche war kaum unter der Erde, als die »Zeit« schon einen Neger gefunden hatte, der das deutsche Afrika-Korps gerade so beschrieb, als habe er die melodramatischen Nachrufe auf den Verstorbenen als Spickzettel benutzt. Ganz Somalia liebt den deutschen Landser: »Er gilt als harter Bursche: sogar als herzlich, wenn man eine Zeitlang mit ihm zusammengearbeitet hat. Nur der Erfolg des Projektes interessiert ihn; die Dinge, die man beim Tee palavert, sind ihm nicht wichtig.« Im weiteren klärt der »Zeit«-Zeuge, ein somalischer Botschaftsrat, darüber auf, daß der Unterschied zu den Uno-Söldnern aus anderen Ländern beträchtlich sei: Die Amerikaner »denken, sie seien die Götter auf Erden«; die Italiener, Franzosen und Belgier »haben den Beigeschmack von Unseriosität, von Korruption«; die Blauhelme aus der Dritten Welt »sparen, feilschen und haben nicht viel zu sagen«. Deswegen weise die »Volksmeinung« in Somalia den Deutschen eine »einmalige Rolle« zu, sie seien »willkommener, als viele andere«.

Wer dies für bestellten Schmonzes hielt, mußte spätestens vier Tage später Abbitte tun, als der »Spiegel« mit einer Fülle von Fakten jeden Zweifel an der segensreichen Rolle der deutschen »Helfer« in Belet Uen erdrückte. Da werden Brunnen gebohrt und Latrinen geputzt, Häuser instandgesetzt und Schulhefte verteilt, Lahme geheilt und Blinde getauft. O-Ton »Spiegel«: »Jeden Tag jede Menge guter Taten.« Die Bundeswehr – das himmlische Bodenpersonal, eine Armee aus Pfadfindern und Heinzelmännchen.

Wer mag angesichts dieser Erfolgsbilanz noch danach fragen, wo eigentlich die indischen Uno-Soldaten geblieben sind, zu deren Versorgung sich die Deutschen nach Belet Uen hatten schicken lassen? Wer wird da so penibel sein und den Vermerk des Auswärtigen Amtes vom 30. März 1993 nachlesen wollen, »daß für eine bloße Verteilung der Hilfsgüter durch den angebotenen verstärkten Verband (1500 Mann) kein Bedarf mehr bestehe« und es überhaupt schwierig sei, »geeignete Aufgaben für das angebotene Bataillon zu finden«? Oder Pnom Penh: Wer weiß denn noch, daß die Stadt unter vietnamesischer Protektion eine der sichersten Großstädte der Welt war und ein bewaffneter Raubüberfall so selten vorkam, daß er wochenlang für Gesprächsstoff sorgte? Erst die Dollar-Flut, die mit den UN-Soldaten die Stadt überspülte, veränderte die Szenerie, stimulierte Schwarzhandel und Prostitution, vergröberte die Klassenunterschiede. Die Kriminalitätsrate erreichte rasch das mitteleuropäische Niveau und kreierte – siehe oben – das entsprechende Sozialverhalten. Die deutsche Militärhilfe wird nirgends gebraucht und verschlimmert überall die Zustände, deren Beseitigung sie zu ihrer eigenen Legitimation versprochen hatte.

Doch wehe, wenn der gute Wille nicht belohnt wird! Wehe, wenn die Neger und Asiaten undankbar sind und sich nicht helfen lassen wollen. Wir können nämlich auch anders. Schon im Dezember 1992 kritisierte die »FAZ« die Zurückhaltung der US-Marines. Um Ordnung zu schaffen, müßten die Amerikaner »Härte zeigen und das Land möglichst rasch durchkämmen«. Falls dies nicht reiche, müsse man auch über härtere Maßnahmen nachdenken.: »Mogadischu oder was davon noch steht, kann man flachmachen und von seinen Bewohnern evakuieren.« Deutsch sein heißt, eine Sache um ihrer selbst willen zu Ende bringen. Mögen Frankreich und Belgien auch zum Jahresende aus Somalia abziehen und die USA ihren verkorksten Auftrag wenigstens bis zum März abschließen – die Bundeswehr hält weiter die Stellung. Hieß es nicht noch vor wenigen Wochen aus Bonn, man wolle sich nicht international isolieren und müsse gerade deswegen in Afrika eingreifen? Jetzt wird die Argumentation umgedreht: Wenn die Westmächte so unzuverlässig sind und sich verdrücken, machen wir uns nicht länger von ihnen abhängig und entscheiden autonom. Plisch und Plumm spielen sich die Bälle zu, diesmal mit vertauschten Rollen: Rühe will das Ende der deutschen Mission bis April hinauszögern, Kinkel findet selbst das noch zu früh. CSU-Stoiber spricht offen aus, was alle denken: »Die Bundeswehr als Interventionsarmee ist für mich kein Schimpf-, sondern ein Ruhmestitel.«

Links von der SPD argumentiert man machtvoll für den sofortigen Rückzug der Bundeswehr (fallweise kombiniert mit der Forderung nach sofortigem Einmarsch in Bosnien) und flennt bei allen sonstigen Differenzen mit dem Rest der Nation um den toten Friedensengel. »Zu bedauern ist zutiefst, daß mit Alexander Arndt ein junger Mann in einem fernen Land erschossen wurde, der Gutes tat und überzeugt war, daß er einer guten Sache diente«, kondolierte das »Neue Deutschland«. Sentimentaler Unsinn! Mag man es noch für naiv halten, daß Arndt sich freiwillig nach Kambodscha gemeldet hatte, so muß doch spätestens die Tatsache stutzig machen, daß nicht nur er bei der Bundeswehr war, sondern auch seine fünf Brüder nichts Besseres zu tun haben. Geradezu niederschmetternd aber ist, daß Arndt sich selbst seine Verlobte beim Militär suchte, sie ist Sanitätssoldatin. Man muß der Wahrheit ins Auge sehen: Alexander Arndt verkörperte die gefährliche und typisch deutsche Mischung aus idealistischem Schwärmer und Kommißkopp. Sein Betriebsunfall wird mögliche Folgetäter viel wirksamer von Out-of-area-Romantik abhalten als alle guten Argumente: Wer nicht hören will, muß fühlen. Das gilt auch für Somalia. Am besten, alle anderen ziehen ab, und die Deutschen bleiben mit Aidid und seinen Kriegern allein zurück – zwei barbarische Stämme, die sich gegenseitig den Garaus machen.

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 11/93 über die Horthy-Feiern in Ungarn

Konkret 12/93, S. 12

Eckhard Voß

Gesetze gegen Rassismus?

Warum Margaret Thatcher zu keiner Zeit daran dachte, die »Kommission für Rassengleichheit« abzuschaffen

Unter Verweis auf entsprechende Gesetzgebungen in den angelsächsischen Ländern, den Niederlanden oder Frankreich gibt es auch in der BRD seit einigen Jahren wieder (all das wurde schon einmal Ende der 70er Jahre in einem etwas anderen politischen Klima diskutiert) die Forderung nach Einführung einer Antidiskriminierungsgesetzgebung, um rassistisch motivierte Gewalt oder Propaganda besser bekämpfen zu können und generell die Diskriminierung Nicht-Deutscher einzudämmen:

· Bündnis 90/Die Grünen haben in ihr Gesetzespaket zu Einwanderung, Staatsbürgerschaft und Niederlassungsrecht eine ganze Reihe derartiger Vorschläge aufgenommen.

· Ende Januar 1992 veranstalteten PDS und Linke Liste in Bonn ein internationales Hearing, auf dem das Thema Antidiskriminierungsgesetze eine große Rolle spielte. (Vgl. Jelpke/Maurer/Schröder (Hg.), *Rassismus in Europa*, Berlin 1992)

· Auch in eher bürgerlich-liberalen Kreisen wird heute über Antidiskriminierungsgesetze diskutiert, so etwa im März 1992 auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing über »Rechtliche Maßnahmen gegen die Diskriminierung von Ausländern«.

· Eine Initiative mit dem phantasievollen Namen »Die Startlinie« bemüht sich gegenwärtig um die europaweite Einführung eines Gesetzes gegen Rassendiskriminierung. Die Initiative wird von staatlichen wie nichtstaatlichen Organisationen getragen und in Deutschland unter anderem von der Ausländerbeauftragten des Berliner Senats und dem Zentralrat der Juden unterstützt. Eine Expertengruppe hat kürzlich eine EG-Gesetzesrichtlinie vorgestellt (»ND«, 20.9.93).

Der Nutzen von Antidiskriminierungsgesetzen ist innerhalb der antirassistischen Bewegungen und Organisationen umstritten: Verbessern diese Gesetze die Bedingungen der Bekämpfung rassistischer Strömungen der Gesellschaft? Sind Gesetze überhaupt ein geeignetes Mittel des Schutzes gegen rassistische Diskriminierung? Mit Blick auf die deutsche Situation muß außerdem gefragt werden: Braucht die BRD überhaupt ein spezielles Gesetz, oder würden nicht Art.1, Abs. 3 GG (Verbot der Diskriminierung) und sowohl Paragraph 130 (»Volksverhetzung«) als auch Paragraph 131 Strafgesetzbuch (»Aufstachelung zum Rassenhaß«) sowie die internationalen Abkommen, die die BRD unterzeichnet hat, ausreichen, wenn sie denn richtig angewendet würden? (Auf Art.1,3 und die anderen Abkommen können sich »Ausländer« nicht berufen, die Gerichte weigern sich stoisch, mit dem Paragraphen 130 gegen rassistische und fremdenfeindliche Hetze vorzugehen.)

Das Beispiel Großbritannien, das westeuropäische Land mit der ältesten und weitestgehenden Geschichte von Antidiskrimininierungsgesetzen, gibt zwar auf diese Fragen keine einfachen Antworten, bietet aber doch einige interessante Aufschlüsse.

Britische Einwanderungs- und Minderheitenpolitik

Der Australier mit britischem Pass, John Pilger (einer der wenigen Vertreter seines Genres, der noch einen Zusammenhang zwischen Journalismus und politischem Engagement sieht), erzählt in seinem Buch *Heroes* die Geschichte von Nasreen, der minderjährigen Tochter einer asiatischen Familie in Ost-London, die seit ihrem Umzug in eine neue Wohnung von Nazis und Skins terrorisiert wird. Nachdem die Polizei untätig bleibt, schreibt sie an »ihren« Abgeordneten: »Lieber Mr. Lewis, wir sind eine asiatische Familie, die terrorisiert wird ... Meine Mutter kann seit zwei Monaten nicht schlafen und mußte für einige Tage ins Krankenhaus. Wir können unser Haus nicht einrichten oder renovieren, weil wir Tag und Nacht ständig aus dem Fenster schauen müssen, ob nicht jemand unser Haus angreift ...« Der Labour-Abgeordnete Arthur Lewis zitiert diesen Brief im britischen Unterhaus während der Fragestunde der Premierministerin, und Margaret Thatcher verspricht, der Fall würde »behandelt« werden. Nichts geschieht. Nasreen schreibt daraufhin einen Brief an die Premierministerin: »Liebe Margaret, es tut mir leid, Ihnensagen zu müssen, daß Sie unser Problem nicht verstehen. Es macht Ihnen nichts aus, wenn wir geschlagen werden, oder?« Das Mädchen erhält zwar keine Antwort von Thatcher, dafür aber von einem Beamten des Innenministeriums: »Es tut mir sehr leid, Dir keine hilfreichere Antwort schicken zu können«, schreibt er, »aber laß mich diesen Brief zum Anlaß nehmen, Dir zu versichern, daß diese Regierung besorgt ist über rassistische Gewalttaten und sich der multi-rassischen Gesellschaft, in der sich alle Menschen ohne Angst vor rassistischer Gewalt und Mißhandlung bewegen können, verpflichtet fühlt.«

Nasreens Geschichte, die Pilger mit »Anne Frank am Telephon« überschrieb, illustriert eine der auffälligsten Schwächen der britischen Anti-Rassismus-Gesetzgebung: Der auch in der britischen Gesellschaft endemische rassistische Haß und die nach offiziellen Schätzungen ca. 70.000 rassistischen Gewalttaten (von denen nur jede zehnte angezeigt wird), die jedes

Jahr in Großbritannien verübt werden, fallen nicht in den Geltungsbereich jenes »Race Relations Act« von 1976, der die Grundlage der britischen Antidiskriminierungsgesetzgebung bildet.

Die Tatsache, daß selbst Margaret Thatcher auf dem Boden der »multi-rassischen« britischen Gesellschaft steht und Großbritannien sich als ethnisch-plurale Nation begreift, hat weniger mit einem fortschrittlichen Nationenkonzept zu tun (um sich vom Fortbestand des nationalen Chauvinismus und Militarismus zu überzeugen, reichte während des Falklandfeldzuges oder des Golfkrieges der einfache Blick in fast alle Zeitungen), sondern hängt ganz einfach mit der britischen Kolonialgeschichte zusammen. Auch nach dem Zerfall des Empire bestimmen nach wie vor koloniale Traditionen das Design des britischen Commonwealth und der großbritischen Nation – in der 1948 festgeschriebenen Staatsbürgerschaftsregelung bekamen die Bewohner der ehemaligen Kolonien einen legitimen Rechtsanspruch auf alle staatsbürgerlichen Rechte. Diese rechtliche Gleichstellung, von der vor allem die Arbeitsmigranten aus der Karibik und aus Asien profitierten, wurde erstmals 1973 eingeschränkt und insgesamt durch die Novellierung des Staatsbürgerschaftsrechts von 1981 abgeschafft.

Das ideologische Konstrukt einer Völkergemeinschaft, das, zumindest theoretisch, jeder und jedem das Recht der Einwanderung und Niederlassung zuerkannte, setzte die britischen Regierungen einem ganz anderen Legitimationsdruck aus als ihre kontinentaleuropäischen Nachbarn, als die in den 60er Jahren daran gingen, Einwanderungsbeschränkungen einzuführen.

Die »Race Relations«-Gesetze sollten Einwanderungsbeschränkungen – welche niemals alle gleichermaßen trafen, sondern immer auf die Beschränkung der »coloured immigration« abzielten – gegenüber formal britischen Staatsbürgern rechtfertigen. Und 20 Jahre bevor auch hierzulande die Architekten der multikulturellen Gesellschaft diese Zauberformel für sich entdeckt haben, wurde sie in Britannien auf den folgenden Punkt gebracht: »Integration ohne Kontrolle (der Einwanderung, E.V.) ist unmöglich. Kontrolle ohne Integration ist moralisch nicht zu rechtfertigen« – so der Labour-Politiker Roy Hattersley in einer der vielen Begründungsreden eines der vielen Einwanderungskontrollgesetze in den 70er Jahren (zit. n. Robert Miles/Annie Phizaklea (Hg.), *Racism and Political Action in Britain*, London 1979, S. 89). Im Klartext: Je weniger Schwarze, desto besser die »Rassenbeziehungen«.

Die »Race Relations«-Gesetze

Das wichtigste Kennzeichen der britischen Minderheitenpolitik zumindest bis Mitte der 70er Jahre lag in dieser Verknüpfung von restriktiver »immigration policy« und liberaler »race relations policy«. Aber nicht nur die Rechtfertigung restriktiver Einwanderungspraktiken bildete den politischen Hintergrund der seit Mitte der 60er Jahre erlassenen Gesetze. Wichtig waren auch Erfahrungen in den USA (hier wurde der »Civil Rights Act« 1964 verabschiedet), die Gesetzgebung im Bereich der Diskriminierung von Frauen und nicht zuletzt der Druck, der durch eine militante und starke anti-rassistische Bewegung auf die Regierungen ausgeübt wurde.

Die »Race Relations«-Gesetze von 1965, 1968 und 1976 verfolgten offiziell zwei unterschiedliche Zielsetzungen: Erstens wurden Diskriminierungen auf der Grundlage von Hautfarbe, Rasse, Nationalität, ethnischer oder nationaler Zugehörigkeit verboten, zweitens sollten die Beziehungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen verbessert werden.

Das Gesetz von 1976, das die Grundlage der gegenwärtigen Gleichstellungspolitik bildet, verbietet einerseits Diskriminierung und stellt sie in ihren direkten wie indirekten Formen in der Öffentlich-keit, in der Arbeitswelt, im Wohnbereich und im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen unter Strafe. Gleichzeitig sollen »harmonische Gruppenbeziehungen« mittels Information, Aufklärung und Erziehung gefördert werden. Die Betonung des erzieherischen Aspekts resultiert daraus, daß der britische Staat Diskriminierung lediglich als Problem individueller Persönlichkeitsstrukturen wahrnimmt, nicht aber als Ausfluß struktureller gesellschaftlicher Probleme. Aus diesem Grund wurde das Gesetz auch nicht im Bereich des Strafrechts angesiedelt, sondern als zivilrechtliches Konstrukt gestaltet und der Schlichtung von Konflikten der Vorzug gegeben. Zwecks Realisierung des Gesetzes wurde die »Commission for Racial Equality« (CRE) eingerichtet, die in jeder größeren Stadt Zweigstellen unterhält. Auch die Aufgaben der CRE reflektieren die doppelte Zielsetzung des Gesetzes, nämlich erstens »an der Abschaffung von Diskriminierung zu arbeiten« 1 und zweitens »Chancengleichheit und gute Rassenbeziehungen zwischen Menschen verschiedener rassischer Gruppen zu fördern« 2.

Ähnlich der Gleichstellungsbehörde für Frauen wurde auch der CRE die Durchführung eigener Untersuchungen – unter bezeichnenden Restriktionen – zugestanden, wenn der Verdacht auf Diskriminierung vorliegt. Sie kann als diskriminierend befundene Praktiken mit dem Mittel sogenannter »non-discrimination-notices« untersagen, die gesetzlich verbindlich sind. Neben diesen Aufgaben nimmt die CRE Aufgaben in der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit wahr.

Einer der umstrittensten Punkte jeder Antidiskriminierungsgesetzgebung ist die Definition des Diskriminierungsbegriffs selbst. Dies ist auch in Großbritannien nicht anders. Während die Gesetzgebung der 60er Jahre lediglich Formen direkter Diskriminierung erfaßt hatte, wurde 1976 der Begriff der »indirekten Diskriminierung« in enger Anlehnung an die

amerikanische Gesetzgebung eingeführt. Sie wird definiert als »... ein Verhalten, das formell als Gleichbehandlung verschiedener Gruppen erscheinen mag, das aber in seinem Ergebnis eine bestimmte Gruppe diskriminiert«.

Aufgrund des Verbots indirekter Diskriminierung sind heute in Großbritannien z.B. Konflikte über das Tragen eines Tschadors in Schulen oder eines Turbans am Arbeitsplatz, wie sie in Deutschland oder Frankreich typisch sind, theoretisch nicht mehr möglich. Denn da von einem Verbot der Verschleierung eine bestimmte ethnische Gruppe stärker betroffen ist als andere Gruppen, stellt es einen Akt indirekter Diskriminierung dar und ist in Großbritannien folglich gesetzwidrig.

Um die Effekte vergangener wie gegenwärtiger Diskriminierung ethnischer Minderheiten abzubauen, läßt der britische Gesetzgeber bestimmte Formen einer aktiven Gleichstellungspolitik zwar zu, verbietet aber gleichzeitig Maßnahmen »positiver Diskriminierung« im Sinne der US-amerikanischen »affirmative action programmes«. Während in den USA zumindest theoretisch davon ausgegangen wird, daß eine Unterrepräsentation ethnischer Minderheiten in einem gesellschaftlichen Bereich auf die Existenz von Diskriminierung in diesem Bereich hinweist und z.B. aktive Rekrutierungsmaßnahmen oder Quotenregelungen rechtfertigt, wurden diese Instrumente in Großbritannien immer als polarisierend und kontraproduktiv abgelehnt. Zulässig sind lediglich besondere Ausbildungs- und Unterstützungsprogramme zur Förderung der Chancen von Minderheitengruppen auf dem Arbeitsmarkt. Da dies natürlich nicht ausreicht, ist die CRE in den letzten Jahren dazu übergegangen, sogenannte Verhaltenskodizes für einen nicht-diskriminierenden Umgang mit ethnischen Minderheiten in den Bereichen Arbeitsmarkt, Wohnungswesen und Erziehung zu veröffentlichen.

Bilanz der Antidiskriminierungsgesetzgebung

Im Jahre 1985 veröffentlichte ein unabhängiges Forschungsinstitut die bislang letzte umfassende Einschätzung der Antidiskriminierungspraxis. Zwar hätten die Gesetze einige der offensichtlichsten und eklatantesten Formen rassistischer Diskriminierung zurückgedrängt und vielleicht auch geholfen, in manchen Fällen Barrieren für ethnische Minderheiten in der Arbeitswelt abzubauen, aber es gebe nach wie vor »jedes Jahr zehntausende von Fällen rassischer Diskriminierung bei der Besetzung von Arbeitsplätzen«. Das Institut schätzt weiterhin, daß jeder dritte Arbeitgeber bei der Einstellung von Beschäftigten diskriminierend vorgehe.

Reformorientierte Kritiker der britischen Antidiskriminierungsgesetzgebung, allen voran die CRE selbst3, fordern vor dem Hintergrund dieser frustrierenden Erfahrungen eine umfassende Reform des Gesetzes, eine bessere Finanzausstattung (der gegenwärtige Etat von ca. 11 Millionen Pfund läßt die Untersuchung von durchschnittlich lediglich 20 Fällen pro Jahr zu), eine Ausweitung des Begriffs der indirekten Diskriminierung und eine Reihe anderer sicherlich sinnvoller Maßnahmen. Aber der Teufel liegt nicht allein im Detail oder in der fehlenden ideellen Unterstützung durch die Regierung und die Gerichte. Er liegt mindestens ebenso deutlich im ganzen Gesetzeskonstrukt selbst. Geschaffen, um nach rassistischen Kriterien selektierenden Einwanderungsgesetzen eben diesen Makel zu nehmen, ist die Zielsetzung des Gesetzes weniger, rassistische Diskriminierung zu bekämpfen, sondern eher – wie auch sein Name verrät – , »Rassenbeziehungen« gesetzlich-institutionell zu regulieren. Weniger die Bekämpfung des Rassismus ist das Ziel der Antidiskriminierungsgesetze und ihrer Institutionen, so lautet etwa die Kritik A. Sivanandans vom »Institute of Race Relations«, sondern »das Management des Rassismus durch den Staat«. Dies geschieht z.B. durch die Verharmlosung der rassistischen Struktur der britischen Gesellschaft zu einem Problem der Persönlichkeitsstruktur (auf das dann z.B. mit »racism awareness training« für Weiße reagiert werden kann).

Diese »hidden function« der Antidiskriminierungsgesetze wird nirgendwo so deutlich wie im Bereich der staatlichen Politik selbst. Denn bezeichnenderweise fällt die rassistische Praxis staatlicher Behörden, sei es bei den Einwanderungsbehörden, innerhalb der Polizei, in den Knästen oder im Militärapparat, nicht in den Geltungsbereich des Gesetzes und der CRE. Als diese etwa 1984 durch massive Proteste auf die Praxis der »Jungfräulichkeitstests« zur Feststellung sogenannter »Scheinehen« aufmerksam gemacht wurde und eine Untersuchung über diskriminierende Praktiken der Einwande-rungsbehörden anstrengen wollte, kam promptder Rückpfiff durch das Innenministerium: Die Praxis der Einwanderungspolitik falle nicht in den Aufgabenbereich der CRE. Wenn’s anders wäre, bliebe der CRE auch nichts übrig, als den eigenen Arbeitgeber miteiner »non-discrimination-notice« zu belegen.

Auch andere Bereiche, in denen Menschen von institutionellem wie alltäglichem Rassismus betroffen sind, fallen nicht in den Geltungsbereich des Gesetzes: Der schon erwähnte Bereich rassistischer Gewalt gehört hier ebenso dazu wie rassistische und fremdenfeindliche Propaganda und Hetze. Die britischen Richter sind in der Abstrafung des Straftatbestands der Aufstachelung zum »Rassenhaß« mindestens ebenso blind auf dem rechten Auge wie ihre deutschen Kollegen.

All dies macht deutlich, daß das britische Antidiskriminierungsgesetz und seine Anwendung nicht darauf abzielen, Rassismus und Diskriminierung aus der britischen Gesellschaft zu entfernen, sondern sie zu regulieren. Auf diese Scheinheiligkeit und den Doppelcharakter des gesetzlichen und institutionellen »Antirassismus« haben antirassistische

Organisationen immer wieder hingewiesen. Mit Gesetzen läßt sich Realität vielleicht formen, nicht aber verändern.

Was folgt daraus für die Diskussion hierzulande?

Die Situation in Deutschland kann nicht mit der britischen verglichen werden. Zu unterschiedlich, ja gegensätzlich sind die Bedingungen der Einwanderungs- und Minderheitenpolitik: Die BRD versteht sich bekanntlich nicht als multiethnische, sondern als rein deutsche Gesellschaft, deren Rechte und Gesetze für Nicht-Deutsche nicht in gleicher Weise gelten. Da »Ausländer« nicht als Einwanderer anerkannt sind, gibt es auch keinen Grund, auf der staatlichen Ebene etwas gegen Diskriminierung, Ausgrenzung und Rassismus – sofern diese überhaupt zur Kenntnis genommen werden – zu tun.

Aus national-staatlicher Sicht fehlt einer Antidiskriminierungsgesetzgebung in Deutschland also das Objekt. Aus dem britischen Fall wird deutlich, daß die Konstruktion dieses Objekts, also die Anerkennung des multiethnischen Charakters der Gesellschaft und die volle staatsbürgerliche und rechtliche Gleichstellung der Einwanderer, die Voraussetzung jeder Antidiskriminierungsgesetzgebung ist. Für die Bundesrepublik heißt dies, daß, solange das Grundgesetz nicht von seinen völkisch-rassischen Konzepten gereinigt ist und Einwanderer keine vollständigen Bürgerrechte besitzen, jede Antidiskriminierungsgesetzgebung eine lediglich symbolische Geste bleiben und nur ein schlechter Witz sein wird, der die widersprüchliche Realität der britischen Gesetzgebung noch um einiges überträfe.

Bei aller Kritik an der britischen Antidiskriminierungspraxis sei hier aber auch auf eine positive Wirkung hingewiesen, die symbolische Gesten haben können. Die Antidiskriminierungsgesetze haben in Großbritannien zum ersten Mal allen Individuen und gesellschaftlichen Kräften relativ eindeutig vermittelt, daß diskriminierendes Verhalten unakzeptabel ist. Weit davon entfernt, an den Ursachen rassistischer Diskriminierung zu kratzen oder den von ihr Betroffenen effektiv zu helfen, haben sie trotzdem eine gewisse Grenze markiert. Ein Ergebnis der Existenz dieser Grenze ist es, daß es auf der britischen Insel in den 80er Jahren zwar den Kulturrassismus à la Thatcher gab, daß sich platter Populismus vom Schlage der Schönhuber, Frey, Haider oder Le Pen, die nichts als Fremdenhaß zu verkaufen haben, auf den britischen Inseln aber nicht breit gemacht hat.

Anmerkungen

1 Alle Zitate stammen aus einem Gesetzeskommentar, den das britische Innenministerium herausgegeben hat.

2 Interessant ist in diesem Zusammenhang die Verwendung des Begriffs »rassische Gruppe« (»racial group«) im offiziellen britischen Sprachgebrauch. In dem Kommentar heißt es: »Eine >rassische Gruppe< ist eine solche, die aufgrund eines der folgenden Kriterien bestimmt werden kann: Farbe, Rasse, Nationalität (einschließlich Staatsbürgerschaft) oder ethnischer oder nationaler Herkunft.« Der Begriff der »Rasse« ist damit zu einem Catch-all-Begriff geworden, dessen Abgrenzungskriterien bis hin zum Reisepaß reichen. Damit dequalifiziert er sich selbst, ist er doch so jeglicher biologischer oder naturgeschichtlicher Aussagen entkleidet.

3 So legte die CRE dem Innenminister im Jahre 1985 einen umfassenden Reformentwurf vor. Der ließ sich vier Jahre Zeit, ihn zu prüfen, um ihn dann zurückzuweisen.

Eckhard Voss schrieb in KONKRET 7/92 über die EG-Debatte in Großbritannien

Konkret 12/93, S. 15

Archiv für Sozialpolitik

»Jeder ist uns der Nächste«XXII

Zweiundzwanzigster Teil einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland

Freitag, 24.9. 1993 (Nachtrag) –

In Petershagen/Kreis Strausberg in Brandenburg wird ein Pole verfolgt, mißhandelt und beraubt.

Samstag, 25.9. (Nachtrag) –

In Strausberg/Brandenburg wird ebenfalls ein Pole verfolgt und ausgeraubt.

Dienstag, 28.9. (Nachtrag) –

In Frankfurt/Oder wird ein Pole attackiert. Der Täter gibt später an, er habe sich durch die polnische Sprache beleidigt gefühlt.

Montag, 4.10. –

Nach Angaben des Berliner Innensenators ist seit Ende 1992 in den Berliner Strafanstalten deutlich mehr rechtsextremistisches Propagandamaterial verteilt worden als in den Jahren zuvor. Verschiedene Organisationen versuchten verstärkt, die Inhaftierten der Jugendstrafanstalt zu beeinflussen, so z.B. das »Internationale Hilfskomitee für politisch Verfolgte und deren Angehörige e.V.« und die »Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.«. Empfänger des Propagandamaterials seien fast ausschließlich Häftlinge aus den neuen Bundesländern, die der Skinhead-Szene zuzuordnen seien.

Dienstag, 5.10. –

Brandstiftung in einem Mehrfamilienhaus in Bad Wildungen/Kreis Waldeck-Frankenberg in Hessen. Bei dem Brand kommt eine vierköpfige Familie ums Leben. Der 31jährige Familienvater aus Sri Lanka, seine 27jährige deutsche Frau und die beiden ein und drei Jahre alten Kinder ersticken im Rauch. Sechs Bewohner werden mit Rauchvergiftungen ins Krankenhaus gebracht, eine Person erleidet Verbrennungen ersten und zweiten Grades. Hinweise auf rechtsextremistische Täter gibt es nach Angaben der Polizei nicht. –

Nach Angaben des Bundesinnenministeriums sind die rechtsextremen Organisationen in Deutschland dabei, eine zentrale Steuerung aufzubauen. Es gebe Versuche, die einzelnen Splittergruppen »aktionistisch und organisatorisch« miteinander zu verbinden.

Mittwoch, 6.10. –

Vor einem Asylbewerberheim im schwäbischen Hechingen werden nach Angaben der Heimbewohner drei Schüsse abgefeuert und eine Brandflasche gezündet.

Freitag, 8.10. –

In Magdeburg greifen zwei Skinheads einen Asylbewerber aus Kambodscha an und verletzen ihn mit Schlägen ins Gesicht. Die beiden Täter werden kurz darauf von der Polizei aufgegriffen, als sie zusammen mit sieben weiteren Skinheads drei algerische Asylbewerber verfolgen, die sie zuvor belästigt hatten. –

Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe hebt die höchste der im Dezember 1992 verhängten Freiheitsstrafen im Magdeburger Skinhead-Prozeß auf. Ein 22jähriger Mann aus Wolfsburg war wegen versuchten Totschlags zu sechs Jahren Haft verurteilt worden. Bei einem Überfall von 60 Skinheads auf die Gaststätte »Elbterrassen« war im Mai 1992 der 23jährige Punk Torsten Lamprecht getötet worden; acht seiner Freunde wurden schwer verletzt. Ungeklärt blieb, wer den 23jährigen erschlagen hat. Der Wolfsburger wurde wegen versuchten Totschlags verurteilt, weil er nach Zeugenaussagen einen Punker mit einem Baseballschläger zu Boden geschlagen und dessen Tod billigend in Kauf genommen habe. Nach Ansicht des Bundesgerichtshofs ist dieser Tathergang aber nicht erwiesen (AZ: 4 Str 414/93).

Sonntag, 10.10. –

In Düsseldorf wird ein 44 Jahre alter türkischer Stadtstreicher von einem unbekannten Täter mit einem Messerstich in den Hals getötet. Der Mann, der in den 70er Jahren nach Deutschland gekommen war, verblutet, bevor der von einem Taxifahrer alarmierte Notarzt eintrifft.

Dienstag, 12.10. –

Nach Angaben des brandenburgischen Verfassungsschutzes ist die Zahl extremistisch motivierter Straftaten in Brandenburg erheblich gesunken. Während 1992 insgesamt 33 Brandstiftungen registriert wurden, habe sich die Zahl im ersten Halbjahr 1993 auf zwei verringert. Rechtsorientierte oder fremdenfeindliche Gewalttaten gingen zumeist auf das Konto von Schülern und Lehrlingen im Alter von 16 und 17 Jahren; oft seien aber auch 13- oder 14jährige beteiligt. Der Anteil der Mädchen und Frauen in der Skinhead-Szene steige an. Ihre Gewaltbereitschaft entspreche der ihrer männlichen Gesinnungsgenossen.

Samstag, 16.10. –

Fünf Jugendliche zertrümmern in Köln vor einer türkischen Großbäckerei zwei mit Benzin gefüllte Flaschen und zünden den Brennstoff an. Nach Angaben der Polizei hatten sie vergeblich versucht, Molotowcocktails zu basteln. »Aus Frust« hätten sie dann die Flaschen zerschlagen. Ein fremdenfeindlicher Hintergrund könne »definitiv ausgeschlossen werden«. Die Anwesenheit vor der türkischen Bäckerei sei rein zufällig, da einer der Jugendlichen in der Nähe wohne.

Montag, 18.10. –

Das Bundeskriminalamt registrierte im August dieses Jahres 380 fremdenfeindliche und rechtsextremistische Straftaten. Darunter waren 19 Brandanschläge und 45 Angriffe gegen Personen. Dabei wurden insgesamt 49 Personen verletzt. Regionale Schwerpunkte der Straftaten waren Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg.

Dienstag, 19.10. –

Die Staatsanwaltschaft Schwerin erhebt Anklage wegen versuchten Mordes und versuchter Brandstiftung gegen den stellvertretenden NPD-Vorsitzenden von Schleswig-Holstein, Heinrich Förster. Der 66jährige soll im Juli 1992 rund 30 Jugendliche zu einem Überfall auf ein Asylbewerberheim in Bahlen bei Boitzenburg/Mecklenburg-Vorpommern angestiftet haben.

Mittwoch, 20.10. –

In Dortmund greifen drei Skinheads einen 17jährigen Iraner an und verletzen ihn mit fünf Messerstichen schwer. Vor dem Angriff rufen sie dem Iraner und seinem gleichaltrigen türkischen Freund zu: »Bleibt mal stehen. Türken raus, Scheiß-Türken.« Als sich der Iraner daraufhin umdreht, stürzt sich einer der Skinheads auf ihn und sticht mit einem Messer mehrfach auf ihn ein. Der türkische Begleiter kann fliehen. Der mutmaßliche 22jährige Haupttäter wird am folgenden Tag festgenommen.

Donnerstag, 21.10. –

In Kassel/Hessen greifen drei Männer im Alter von 17, 21 und 41 Jahren einen farbigen Asylbewerber an, der während des Handgemenges flüchten kann. Bei einer anschließenden Taxifahrt brüllen die drei rassistische Parolen aus dem Fahrzeug. Der Taxifahrer versucht, dies zu unterbinden, woraufhin die drei den Wagen beschädigen und das Fahrgeld nicht bezahlen. Sie werden noch in derselben Nacht festgenommen. –

Nach einem Magistratsbericht der Stadt Frankfurt/Main, der auf Antrag der Kommunalen Ausländervertretung vom Polizeipräsidium erstellt wurde, sind in den vergangenen eineinhalb Jahren in Frankfurt und dem Main-Taunus-Kreis rund 170 Straftaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund registriert worden, 60 davon im ersten Halbjahr 1993. Den Schwerpunkt der Verstöße bilden Sachbeschädigungen, Bedrohung, Nötigung, Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß und die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Neun Fälle von Körperverletzung und drei Brandanschläge wurden registriert.

Freitag, 22.10. –

In zweiter Instanz werden vor einem Magdeburger Gericht die Freiheitsstrafen von fünf Beschuldigten im Zusammenhang mit dem Überfall von 60 Skinheads auf die Gaststätte »Elbterrassen« zur Bewährung ausgesetzt. Damit verbüßen von den ursprünglich 18 Angeklagten nur noch zwei Haftstrafen. Zur Begründung des milderen Urteils gibt das Gericht an, den

Skinheads seien verschiedene Tatumstände nicht nachzuweisen.

Sonntag, 24.10. –

In Lüneburg/Niedersachsen fordert ein 45jähriger Arbeiter eine Gruppe von Asylbewerbern auf, »in Deutschland gefälligst deutsch zu sprechen«. Während des folgenden Wortwechsels zieht der Arbeiter eine Waffe und schießt mehrfach auf die Gruppe. Ein 26jähriger Libanese wird lebensgefährlich verletzt. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Körle/Schwalm-Eder-Kreis in Hessen.

Montag, 25.10. –

Brand in einer Asylbewerberunterkunft in Artlenburg/Niedersachsen. Das Untergeschoß der Unterkunft brennt aus noch ungeklärten Gründen völlig aus. Die Bewohner können sich rechtzeitig in Sicherheit bringen. –

Brandanschlag auf einen türkischen Imbiß im Berliner Stadtteil Friedrichshain. –

In Eisenhüttenstadt schlagen vier Jugendliche im Alter von 16 und 20 Jahren einen chinesischen Asylbewerber mit Baseballschlägern brutal zusammen. Das Opfer wird schwerverletzt ins Krankenhaus eingeliefert. Zuvor hatten sie mehrere Ausländer vor dem Zentralen Aufnahmelager für Asylbewerber beschimpft und bedroht. Zwei der Täter werden zwei Tage später festgenommen. –

Vor dem deutsch-polnischen Grenzübergang Frankfurt/Oder werden ein 16jähriger Finne und drei polnische Studenten der Europa-Universität Viadrina von zwölf deutschen Männern überfallen und zusammengeschlagen. Ein Verdächtiger wird zwei Tage später festgenommen. –

Wegen des Brandanschlags in Bad Wildungen vor drei Wochen stellt sich ein 35jähriger Mann der Polizei und legt ein Geständnis ab. Der Tatverdächtige habe die Familie, die bei dem Brand ums Leben kam, persönlich gekannt. Nach seiner Aussage sind die Brandherde »aus Versehen« entstanden. Er habe zwei Zigaretten weggeworfen und außerdem »ein kleines Feuerchen zum Wärmen« im Keller des Hauses angefacht. Auf dem Grundstück habe er sich aus Neugier aufgehalten. Der Mann ist wegen schwerer Brandstiftung bereits vorbestraft und befindet sich in psychiatrischer Behandlung.

Dienstag, 26.10. –

Der Berliner Innensenator Dieter Heckelmann stellt den Verfassungsschutzbericht für 1992 vor. Danach wurden im vergangenen Jahr in Berlin 92 Gewalttaten mit vermutetem oder erwiesenem rechtsextremistischen Hintergrund registriert, 60 davon in den östlichen Bezirken der Stadt. Im Jahr zuvor waren es 57 Fälle gewesen. Die Zahl der Rechtsextremisten in Berlin ist von 1.500 im Jahr 1991 auf 1.600 gestiegen. Rund 600 Personen zählen zur Skinhead-Szene, rund 340 davon werden als rechtsextrem und 140 als gewaltbereit eingeschätzt.

Mittwoch, 27.10. –

Brandanschläge auf zwei überwiegend von Türken bewohnte Häuser in Klarenthal/Saarland. Fünf Personen erleiden eine Rauchvergiftung. Das Feuer war in den Kellerräumen der Mietshäuser gelegt worden. Ein Bewohner entdeckte den Brand und alarmierte die Feuerwehr, die die teilweise eingeschlossenen Bewohner mit Leitern rettete und so eine schlimmere Katastrophe verhinderte. Ein 18jähriger Metzgerlehrling gesteht die Brandanschläge und gibt als Grund »Wut über sich selbst« nach dem Verlust von 25 Mark beim Spielen an. Ausländerfeindliche Motive sind damit nach Meinung des Landeskriminalamtes ausgeschlossen.

Freitag, 29.10. –

Die 10. Strafkammer des Landgerichts Dresden verurteilt im Prozeß um die Tötung des Mosambikaners Jorge Gomondai den 19jährigen Alexander W. wegen fahrlässiger Tötung und gefährlicher Körperverletzung zu einer Jugendstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten Haft. Die beiden Mitangeklagten Torsten R. (22) und Walter B. (21) erhalten wegen fahrlässiger Tötung 18 Monate auf Bewährung.

Samstag, 30.10. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Potsdam. Die Täter schneiden den Schutzzaun auf, dringen auf das Gelände vor und versuchen, einen Molotowcocktail durch ein Fenster zu werfen. Da vor dem Fenster Gaze gespannt ist, fliegt der Brandsatz nicht in das von einer neunköpfigen jugoslawischen Familie bewohnte Zimmer. –

In Oberhof/Thüringen überfallen etwa 15 Skinheads zwei amerikanische Sportler. Als die Sportler der amerikanischen Rodlerauswahl das Restaurant »Kurparkklause« verlassen wollen, versuchen die aus Suhl angereisten Skinheads, den früheren Junioren-Weltmeister Robert Pipkins anzugreifen. Dessen Mannschaftskamerad Duncan Kennedy stellt sich schützend vor seinen farbigen Team-Kameraden und wird daraufhin von den Jugendlichen, die faschistische Parolen rufen, zusammengeschlagen. –

In Bremen werden die Räume des türkisch-deutschen Freundschaftsvereins durch ein Feuer zerstört. Die Polizei vermutet Brandstiftung und schließt eine politisch motivierte Tat nicht aus. –

Brandanschlag auf ein überwiegend von deutschen Aussiedlern bewohntes Haus in Ainring im Berchtesgadener Land. Durch das rasche Eingreifen eines Bewohners und der Feuerwehr kann ein Ausbreiten der Flammen verhindert werden.

Montag, 1.11. –

Nach Angaben des ehemaligen SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel sind in Deutschland seit Anfang 1991 bei 4.761 rechtsextremistischen Gewalttaten 26 Menschen getötet worden, 16 davon waren Ausländer. 1.738 Opfer dieser Übergriffe wurden verletzt. Darüberhinaus wurden 1.281 Anschläge auf Asylbewerberunterkünfte und Wohnungen von Ausländern verübt. Nach Recherchen der innenpolitischen Sprecherin der PDS, Ulla Jelpke, liegt die tatsächliche Zahl der von Rechtsradikalen ab dem 3. Oktober 1990 Getöteten um das Dreifache höher. Nach Berechnungen ihres Büros sind in den letzten 3 Jahren (bis zum 6. Oktober 1993) in Deutschland 79 Menschen mutmaßlich von Rechtsradikalen umgebracht worden.

Das Archiv für Sozialpolitik, Frankfurt/M., erstellt diese Chronik für KONKRET seit November 1991

Antisemitische Angriffe

Mittwoch, 6.10.1993 –

Das Kreisgericht Bad Freienwalde verurteilt zwei 14jährige Jungen wegen der Verwüstung des Jüdischen Friedhofs in Wriezen/Brandenburg zu Freiheitsstrafen von einem Jahr auf Bewährung. Das Gericht sieht es als erwiesen an, daß die beiden am 3. September 17 Grabsteine umwarfen und 26 weitere mit neonazistischen Sprüchen beschmierten. –

Das Oberverwaltungsgericht in Schleswig bestätigt ein 1991 ausgesprochenes Auftrittsverbot für den rechtsradikalen britischen Historiker David Irving mit der Begründung, daß Irving die öffentliche Sicherheit beeinträchtige. Irving vertritt die Auffassung, der Holocaust sei eine Propagandalüge der alliierten Siegermächte gewesen (AZ: 4L 151/92).

Mittwoch, 6.10. –

Das Berliner Wahlkreisbüro des Vorsitzenden der PDS-Bundestagsfraktion, Gregor Gysi, wird bereits zum vierten Mal mit antisemitischen Parolen und Nazisymbolen beschmiert.

Freitag, 15.10. –

Der Prozeß vor dem Potsdamer Bezirksgericht um den Brandanschlag auf die KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen im September 1992 endet mit einem Freispruch. Nach Auffassung des Gerichts reichen die Ergebnisse der umfänglichen Beweisaufnahme nicht aus, um den beiden mutmaßlichen Tatbeteiligten Ingo K. und Thomas H. ihre Mittäterschaft eindeutig nachzuweisen. Die Potsdamer Staatsanwaltschaft will beim Bundesgerichtshof Revision einlegen.

Dienstag, 19.10. –

Unbekannte schänden erneut die Gedenktafel auf dem S-Bahnhof Grunewald in Berlin. Unter der Gedenktafel werden zwei gekochte Spanferkelköpfe abgelegt. Die Gedenktafel mit der Inschrift »50 Jahre Deportation von Juden« war am 18. Oktober 1991 enthüllt worden.

Mittwoch, 27.10. –

Das Frankfurter Amtsgericht verurteilt einen 46 Jahre alten Journalisten aus Frankfurt wegen antisemitischer Äußerungen zu einer Freiheitsstrafe von vier Monaten auf Bewährung und zu einer Geldstrafe von 5.000 Mark, die er an die Jüdische Gemeinde zahlen muß. Der Journalist hatte 1991 und 1992 einen ehemaligen Israel-Korrespondenten des Springer Verlags

im Frankfurter Presseclub mit den Worten angepöbelt: »Dich haben sie vergessen zu vergasen, du fette Judensau.«

Dienstag, 2.11. –

In Berlin versucht ein Unbekannter, mit einer Bombendrohung einen Vortrag des Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Ignatz Bubis, in der »Werkstatt der Kulturen« zu verhindern. Zehn Minuten vor Veranstaltungsbeginn kündigt ein Anrufer an, dort werde eine Bombe explodieren. Die Polizei räumt den Saal, findet jedoch keinen Sprengkörper.

Konkret 12/93, S. 22

Gaby Hommel

Festungen in der Festung

Seit einem Jahr sind sie fester Bestandteil der deutschen Asylpolitik und vorläufiger Höhepunkt der staatlichen Repression gegenüber Flüchtlingen: die Abschiebeknäste

»Wir teilen Ihnen mit, daß wir am 19.05.93 um elf Uhr nachts den Hungerstreik und den Protest gegen unsere Situation hier im Gefängnis begonnen haben. In diesem Moment griffen uns die Gefängniswächter und die Polizisten von außerhalb an, die über 30 Mann waren. Sie haben uns mit Stöcken geschlagen, sie trugen Pistolen mit sich. Sie haben vier von uns in leere Zimmer gesperrt, sie die ganze Nacht an die Betten gefesselt und hart geschlagen. Am nächsten Morgen haben sie die Männer – außer einem – in ein anderes Gefängnis verlegt. Der Gebliebene ist am Körper von Verletzungen übersät, besonders auf dem Kopf. Sie haben den Verletzten zum Arzt gebracht. Der Arzt sagte ihm, daß in sechs Tagen alles wieder in Ordnung wäre; wir könnten nichts tun. Wir haben ein solches Schlagen in Deutschland noch nie gesehen und wissen nicht, was wir jetzt machen können. Wenn wir irgend etwas verlangen, werden wir geschlagen. Und das ist Tatsache.«

Dieser Brief, namentlich unterschrieben von sieben Männern aus Algerien, Marokko, Albanien, dem Libanon und Sudan, fand über Umwege aus dem Abschiebeknast in Herne heraus. Er dokumentiert, was nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern in allen Flüchtlingsknästen dieser Republik an der Tagesordnung ist: verzweifelte Aktionen von Gefangenen, um auf ihre unerträgliche Situation aufmerksam zu machen, und brutale Reaktionen der Knastverwaltungen, um jeden Widerstand einer besonders unbeliebten Häftlingsgruppe im Keim zu ersticken.

Die gesetzliche Möglichkeit, Flüchtlinge in Abschiebehaft zu nehmen, ist nicht neu. Bekannt ist auch der entsprechende Gummiparagraph des Ausländergesetzes, wonach allein der Verdacht der Ausländerbehörde, ein Flüchtling wolle sich der Abschiebung entziehen, zur richterlichen Anordnung der Inhaftierung ausreicht. Doch während diese Willkürregelung in der Vergangenheit eher selten Anwendung fand, werden seit der politischen Durchsetzung des sogenannten »Asylkompromisses« mehr und mehr Flüchtlinge in Haft genommen.

Eine bundesweite Statistik über die Häufigkeit der Verhängung von Abschiebehaft existiert nicht. Allerdings liegen Zahlen einzelner Bundesländer vor, aus denen eine eklatante Steigerung entsprechender Beschlüsse abzulesen ist. So saßen etwa in Nordrhein-Westfalen im Jahr 1988 durchschnittlich 59 Flüchtlinge in Abschiebehaft. Zwei Jahre später waren es doppelt, im vergangenen Jahr bereits viermal so viele. Derzeit liegt die Zahl bei 800 und wird nach offiziellen Schätzungen noch bis zum Jahresende auf ca. 1000 ansteigen. D.h. mit der Abschaffung des Asylrechts, mit der Abschottung der Grenzen, mit der Ghettoisierung von Flüchtlingen in Sammellagern ist auch die massenhafte Anordnung von Abschiebehaft zum festen Bestandteil der staatlichen Flüchtlingsvertreibungspolitik geworden.

Vollzogen wird sie seit rund einem Jahr in eigens dafür eingerichteten Spezialgefängnissen, die – einschließlich der rot-grün regierten Länder Hessen und Niedersachsen – mittlerweile überall in Betrieb bzw. Planung sind. Vorreiter dieser Politik war Nordrhein-Westfalen, wo mit einer Million Mark die stillgelegte JVA Herne zu einem der ersten Abschiebeknäste Deutschlands umfunktioniert wurde. Seit Oktober letzten Jahres sitzen dort bis zu 70 Flüchtlinge in Haft; manche einige Wochen, andere ein halbes Jahr und länger. Zu viert müssen sie sich eine 15 qm kleine Zelle teilen. Eine Stunde pro Tag dürfen sie an die frische Luft; zweimal in der Woche ein Video ansehen. Besuch wird nur auf Antrag und mit besonderer Genehmigung für insgesamt eine Stunde pro Monat gestattet. Telefonieren, der Besuch eines Arztes oder die Aushändigung von Lebensmitteln und Kleidung ist grundsätzlich untersagt. Dolmetscher, Sozialarbeiter oder sonstige offizielle Betreuungskräfte sind nicht vorhanden.

Verschärft werden diese Haftbedingungen, die im wesentlichen denen des Strafvollzuges entsprechen und in ähnlicher Form in allen Abschiebeknästen praktiziert werden, durch die besondere Situation der betroffenen Flüchtlinge. In der Regel sprachunkundig, ohne finanzielle Mittel und Kenntnis ihrer Rechte und Möglichkeiten, wissen sie weder, warum sie plötzlich eingesperrt wurden, noch wie lange ihre Haft dauern wird. Ein Beispiel gibt Ionel R., ein 25jähriger Rumäne, der folgenden Hilferuf verschickte: »Ich bin seit einem Monat zusammen mit meiner Frau Geta R., die im dritten Monat schwanger ist, im Gefängnis. Zu Hause in Rumänien haben wir noch ein einjähriges Kind. Wir hatten bei uns, als wir ins Gefängnis gebracht worden sind, alle Dokumente: Paß, Ausweis, Geburtsurkunde. Wir wissen nicht, was überhaupt mit uns geschieht, warum wir solange hierbleiben müssen. Wir bitten Euch, vielleicht könnt Ihr uns erklären, was mit uns passiert.«

Zur Unkenntnis der Haftgründe und -dauer gesellt sich bei Flüchtlingsfamilien die quälende Ungewißheit über den Verbleib der Angehörigen. Denn wie im Fall von Ionel und Geta R., die zwar zusammen verhaftet, aber in verschiedenen Knästen untergebracht wurden, gehört das Auseinanderreißen von Paaren und die Trennung der Eltern von ihren Kindern zum Alltag der Abschiebehaft. Im besten Fall trifft sich die Familie dann an der Abschieberampe im Flughafen wieder. Keine Ausnahme sind allerdings Schicksale wie das von Vaschagan und Sweta A, denen bei ihrer Inhaftierung im Abschiebeknast Gütersloh das dreijährige Kind weggenommen wurde und die – trotz Unterstützung durch einen

Rechtsanwalt – mehr als eine Woche lang weder den Verbleib ihres Kindes in Erfahrung bringen konnten noch sicherzustellen vermochten, daß ihre bereits terminierte Zwangsrückführung nach Armenien bis zur Auffindung des Babys ausgesetzt wird.

Welche psychische Belastung mit den beschriebenen Problemen einhergeht, ist leicht vorstellbar. Hinzu kommt bei sogenannten »Wirtschaftsflüchtlingen« die zermürbende Erkenntnis, nach der Abschiebung ohne einen Pfennig Geld, ohne Dach über dem Kopf und ohne materielle Perspektive an den Ausgangspunkt einer Odyssee zurückgeworfen zu sein, deren Entbehrungen und Erniedrigungen allein in der Hoffung auf ein besseres Leben in Kauf genommen wurden. Andere Flüchtlinge, die im Herkunftsland nicht nur ein prekäres Leben, sondern Folter, Knast und Tod erwartet, stehen unter noch weit größerem Druck. Tag für Tag die Abschiebung vor Augen, leben sie in der permanten Angst um Leib und Leben.

Um ihrer schrecklichen Situation ein Ende zu bereiten, greifen nicht wenige Flüchtlinge zum Mittel der Selbsttötung. Bekannt werden solche Fälle nur ausnahmsweise; zuletzt Ende Oktober, als sich der 28jährige Angolaner Daniel Lopes in der JVA Trier das Leben nahm. Dennoch sprechen die wenigen Informationen, die über (versuchte) Selbstmorde in Abschiebehaft an die Öffentlichkeit dringen, für sich. Beispielhaft hierfür sind offizielle Angaben, wonach es im Abschiebeknast Gütersloh allein zwischen März und Juli diesen Jahres sieben Suizidversuche gegeben hat.

Ähnlich häufig kommt es zu Selbstverstümmelungen, Zellenverbarrikadierungen, Hungerstreiks, Fluchtversuchen und sonstigen Widerstandshandlungen von Flüchtlingen in Abschiebehaft. Fast ein Dutzend solcher Aktionen gab es im Verlauf nur eines Jahres im sogenannten »Hafthaus Herne«. Darunter zwei große Gefangenenaufstände, an denen sich über alle Sprachschwierigkeiten und Nationalitätenkonflikte hinweg sämtliche Insassen des Abschiebeknastes beteiligten, und ein kollektiver Ausbruch von sieben jungen Männern aus Algerien, Marokko und Rumänien, der von vielen Flüchtlingsgruppen aus dem Ruhrgebiet mit öffentlicher Freude zur Kenntnis genommen wurde.

Nicht zufällig gelten denn auch Abschiebehäftlinge als ein besonders schwieriges »Gefangenenklientel«, das von amtlicher Seite als »aggressiv, risiko- und fluchtbereit« eingeschätzt wird. Die Folge ist, daß sich kaum Justizbedienstete freiwillig bereiterklären, in einem reinen Abschiebeknast zu arbeiten. Mit Zwangsversetzungen und einem Roulettesystem, bei dem in monatlichem Wechsel Beamte aus anderen Vollzugsanstalten abgezogen und zum Dienst in Abschiebeknästen verpflichtet werden, versuchen die Justizbehörden dem peinlichen Mißstand zu begegnen. Gleichzeitig drücken sie beide Augen zu, wenn hinter dem Diensteifer so mancher Schließer, die aus eigenem Antrieb in den Abschiebevollzug gewechselt sind, die unverhohlene Absicht zu Tage tritt, Haß und Gewalt gegen Ausländer im Schutz der Beamtenuniform ausleben zu können.

In Nordrhein-Westfalen, wo bereits sieben Spezialknäste zum ausschließlichen Vollzug von Abschiebehaft eingerichtet wurden, kommt zum Mangel an Personal die räumliche Misere hinzu. Beides wird derzeit vom Düsseldorfer Justizministerium zum Vorwand genommen, um das »Modellprojekt Lichtscheid« als zukunftsweisende Variante eines platz- und geldsparenden Abschiebeknastes zu etablieren. Praktisch besteht der vor drei Monaten aus dem Boden gestampfte Pilotknast aus zweistöckigen Containern, die im Quadrat auf dem streng abgeschirmten Gelände der Wuppertaler Bereitschaftspolizei aufgestellt wurden. Die Fenster zum Innenhof gerichtet, ohne Blick- oder Rufkontakt nach außen, von hohen Stacheldrahtzäunen umgeben, erinnert der martialisch aussehende Komplex an eine Festung innerhalb der Festung.

Knapp 200 Flüchtlinge werden dort zur Zeit gefangengehalten; versorgt und bewacht von 18 Justizvollzugsbeamten und 30 »Schwarzen Sheriffs« der in Essen ansässigen »Security Service Kötter«. Zum Dumpingpreis von knapp 30 Mark pro Mann und Stunde eingekauft, stellen die Privat-Rambos für Justizminister Krumsiek eine kostengünstige und problemlose Alternative zum herkömmlichen Knastpersonal dar. Dem privaten Sicherungsunternehmen, das bereits zum Schutz der atomaren Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf eingesetzt wurde, garantieren sie lukrative Folgeaufträge – etwa im Rahmen der Bewachung von 450 Flüchtlingen, die Anfang nächsten Jahres in einer zum Massenabschiebeknast umfunktionierten ehemaligen Kaserne in Büren bei Paderborn einsitzen sollen.

Gaby Hommel schrieb in KONKRET 2/93 über den Abschiebeknast »Vinckehof« in Castrop-Rauxel

Konkret 12/93, S. 24

Otto Köhler

Der Jasager

Er hat ein Kriegsvölkerrecht auf völkischer Grundlage gefordert und die Konzentrationslager gerechtfertigt; er hat den einflußreichsten Grundgesetzkommentar verfaßt und den rechtsradikalen Verfassungsfeind Frey juristisch beraten: Im September ist der Staatsrechtler Theodor Maunz gestorben

Nein, dachte ich, als er im September starb, Friede seiner Asche, kein Nachruf auf Theodor Maunz, jedenfalls nicht von mir – es ist doch schon 35 Jahre her. Damals, am 14. Februar 1958, berichtete die »Frankfurter Allgemeine« aus Würzburg, daß die Studenten der dortigen Universität dem bayerischen Kultusminister Maunz mit großer Mehrheit »ihr Vertrauen« ausgesprochen hatten, denn: »Ein Student der Philosophie Köhler hatte mit Unterstützung des Sozialistischen Studentenbundes in einem Mißtrauensantrag die Abberufung des Ministers wegen seiner ›politischen Vergangenheit‹ gefordert.«

Maunz war 1957 bayerischer Kultusminister geworden. Ich hatte mir als junger Student im Juristischen Seminar seine Veröffentlichungen aus der Zeit zwischen 1933 und 1945 angesehen und war erschrocken über die Fülle seiner Bekenntnisse zum Nazi-Staat und zum Nazi-Unrecht. »Gesetz ist geformter Plan des Führers«, hatte er verkündet. Und: »Der geformte Plan des Führers ist oberstes Rechtsgebot.«

Zunächst war es nicht so sicher, daß die Mehrheit der studentischen Vollversammlung meinen Mißtrauensantrag gegen den Minister ablehnen würde. Burschenschafter waren es, die Dauerreden hielten, bis – das erfuhr ich später – der PKW aus München mit Entlastungsmaterial eingetroffen war. Juden hätten sich für seine Hilfe bedankt, und der Kronjurist der SPD, Adolf Arndt, habe ihm zu seiner Amtsübernahme gratuliert. So wurde der Antrag abgelehnt.

Adolf Arndt, den ich schätzte, fand sich von Maunz falsch zitiert, winkte aber ab. Er schrieb mir, »jedenfalls glaube er (Maunz, O.K.), in den 13 Jahren seit 1945 gezeigt zu haben, daß er demokratische Auffassungen vertrete, worin ich (Arndt, O.K.) Minister Maunz zustimme.«

In einem Offenen Brief, den ein paar Zeitungen abdruckten, wiederholte ich meine Vorwürfe aus der Vollversammlung und warf Maunz etwas melodramatisch vor, er habe die Rechtswissenschaft zur »Dirne der nazistischen Ideologie« gemacht und bis heute nicht seiner »Schwärmerei für Diktaturen« entsagt – tatsächlich ernannte er 1956 den portugiesischen Diktator Salazar zum »Verfechter der Freiheiten der menschlichen Persönlichkeit«.

Er solle zurücktreten oder mich verklagen, schrieb ich ihm. Doch Maunz hatte Besseres zu tun. Damals, 1958, begann er mit seinem großen Grundgesetzkommentar in der – das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland änderte sich so oft – praktischen Loseblattsammlung; so war er aus seiner NS-Erfahrung klug geworden. Die bundesdeutsche Verfassung hörte bald nur noch auf den Namen Maunz. »Sein Name zählt«, so schrieb die »Frankfurter Allgemeine« zu seinem Tod, »zu den großen in der deutschen Staatsrechtslehre«.

Warum Maunz, nachdem er in drei bayerischen Kabinetten als Kultusminister tätig war, im Juli 1964 doch noch seiner NS-Vergangenheit wegen zurücktrat, habe ich nie verstanden. Daß er sich als Antisemit betätigt habe, weil er auf dem Kongreß »Das Judentum in der Rechtswissenschaft« über die »Juden im Verwaltungsrecht« referierte, war möglicherweise neu, aber Antisemitismus hatte ich ihm schon 1958 vorgeworfen. Bereits 1937 bezeichnete er ein Urteil über den »inhaltlichen Wandel des Begriffes eines ›unbescholtenen Lebenswandels‹ einer deutschen Frau, die einen Juden geheiratet hat«, als »begrüßenswertes Ergebnis«. Und auch der andere Vorwurf von 1964, er habe im Herbst 1938 ein neues Kriegsvölkerrecht »auf völkischer Grundlage« gefordert – war das wirklich ein qualitativer Unterschied zu seiner Rechtfertigung der Konzentrationslager, die schon 1958 bekannt wurde?

Egal. Als er vor zwei Jahren seinen 90. Geburtstag feierte, würdigte ihn auch die »Süddeutsche Zeitung«: »Seine verfassungsrechtliche Arbeit in den fünfziger und sechziger Jahren hat dazu beigetragen, die Grundlagen für ein demokratisches Deutschland zu schaffen.« Und dabei hätte es bleiben können.

Es war wieder einmal die »Deutsche National-Zeitung«, die sehr bewußt den Irrtum über Maunz und über das demokratische Deutschland aufklärte. Schon nach dem Tod des BND-Gründers Reinhard Gehlen druckte das Blatt im Faksimile einen Brief, der ihn als intimen Freund des »National-Zeitungs«-Chefs und Extremistenführers Gerhard Frey offenbarte. Und auch den Maunz hat die »National-Zeitung« gleich nach seinem Tod geoutet. »Deutschland verlor seinen größten Rechtsgelehrten«, titelte sie und fuhr fort, »Dr. Frey seinen wunderbaren Wegbegleiter.« Bis ins 91. Lebensjahr hatte Maunz Freys »Deutscher Volksunion« mit juristischen Gutachten geholfen, jahrzehntelang traf er sich einmal in der Woche mit Frey »zu einer stundenlangen Besprechung aller zentralen politischen und juristischen Fragen« – der bayerische Verfassungsschutz hielt die Augen fest geschlossen. Warum auch nicht: Das Grundgesetz schrieb in der »Deutschen National-Zeitung« oder, so formulierte es Frey in seinem Nachruf, Maunz war »allwöchentlich durch seine hervorragenden politischen Beiträge ohne Autorenangabe in der ›National-Zeitung‹ vertreten«. Ohne die juristische Beihilfe dieses

maßgebenden Grundgesetz-Interpreten hätte die Neonazi-Partei nicht so viele Prozesse gewonnen. Gegen die Bundespost etwa, die sich weigern wollte, die ausländerfeindlichen Postwurfsendungen der DVU zu befördern. Und zuletzt gegen den Norddeutschen Rundfunk. Der NDR mußte mehr DVU-Wahlspots senden, weil das Hamburger Oberverwaltungsgericht im Vorgriff auf die dann etwas mangelhaft ausgefallene Wählerentscheidung der DVU fünf Prozent der Wählerstimmen zusprach.

Kurz, bis in sein 92. Lebensjahr machte Theodor Maunz wahr, was in der Festschrift zu seinem 80. Geburtstag stand: »Ungebrochen blieb seine Arbeitskraft und seine Arbeitslust, kontinuierlich entfaltete sich der Erfolg seines Lebenswerkes.« Die »Entwicklung des öffentlichen Rechts« der Bundesrepublik Deutschland hätte »ohne ihn nicht ihre gegenwärtige Gestalt gefunden«, stellten – zutreffender, als sie es je dachten – die renommierten Juristen fest, die diese Festschrift verfaßten. Vorher.

»Theodor Maunz ist ein absoluter Demokrat gewesen«, sagt jetzt – nachher – Rupert Scholz, der als ehemaliger Verteidigungsminister mit unserer Demokratie sehr intim geworden war. Scholz, der Maunz beim Kommentieren der Loseblattsammlung geholfen hatte, spricht so, nachdem die Freundschaft zwischen Verfassungsfeind Frey und Verfassungsrechtler Maunz bekannt geworden ist. Aber, so fügt Scholz erklärend hinzu: »Er konnte eben nicht nein sagen.« Scholz hat Recht: Jasagen ist in diesem Staat ein überkonstitutioneller Rechtsgrundsatz.

Otto Köhler schrieb in KONKRET 11/93 über die kriminelle Vergangenheit des BND-Gründers Gehlen

Konkret 12/93, S. 26

Günter Kolodziej

Eine Präposition macht Karriere

Die Statt-Partei – eine rundum gelungene Selbstverarschung aller Beteiligten

Über die bundesrepublikanischen Wechselwähler kann man sagen, was man will: kritisch sind sie. Anläßlich der Hamburger Bürgerschaftswahl im vergangenen September verpaßten sie der herrschenden Politik nach landläufiger Meinung einen mächtigen »Denkzettel«, indem sie einer sich »Statt-Partei« nennenden Wählervereinigung satte 46.895 Wahlkreuze spendierten, was dieser acht Landtagsmandate und von einem Tag auf den anderen bundesweite Aufmerksamkeit einbrachte.

Wie es halt so ist mit dem Erfolg. Wurde die neue Partei vor der Wahl noch öffentlich belächelt, weil ihre Kandidaten einen ganzen Wahlkampf mit dem treuherzigen Hinweis bestritten, von Politik im Grunde genommen keine Ahnung zu haben, und dies dadurch unterstrichen, daß sie zu den berühmten Sachfragen der Politik – zur Zeit also Mißbrauch des sozialen Netzes, internationale Kriminalität, Ausländer, Standort Deutschland und Somalia – konsequent jede Aussage verweigerten, waren sie nach dem bestandenen Test durch die Wähler sogar ernsthaft als möglicher Koalitionspartner im Gespräch. Ihr Spitzenkandidat, ein frustrierter Ex-CDUler namens Markus Wegner, der, nachdem er in seiner Partei keine Aufstiegsmöglichkeiten mehr sah, diese erfolgreich wegen undemokratischer Listenaufstellung verklagte und damit die Neuwahl erst möglich machte, wurde als »Partei-Rebell« in Talk-Shows rumgereicht. Dort durfte er dann dem SPD-»Vordenker« Peter Glotz in mehr oder minder zusammenhängenden Sätzen und unter dessen begeisterter Zustimmung erzählen, daß wahlmäßig gesehen die Möglichkeit des »Kumulierens« und »Panaschierens« die Demokratie gerade noch retten könne.

Mittlerweile gründen sich in allen Winkeln der Republik Nachfolgeorganisationen, und Infas prophezeit einer gesamtdeutschen Statt-Partei, die noch gar nicht existiert, beachtliche 8,3 Prozent bei der nächsten Bundestagswahl. Die Meinungsfritzen in Presse, Funk und Fernsehen, die sonst dreimal die Woche vor »Weimarer Verhältnissen« warnen, reagierten auf diese neue »Erosion des tradierten Parteiengefüges« mit einer Gelassenheit, die auffällig ist. Umso mehr, wenn man sich das Geschrei bei vergleichbaren früheren Wahlerfolgen der Grünen vor Augen führt. Eben jene Grünen wurden nun die schärfsten Kritiker der neuen Truppe. Verbittert darüber, daß die ihnen den alleinigen Triumph vermiest hatte, wodurch die schon sicher geglaubten Senatorenposten wieder in weite Ferne rückten, wartete die alternative Konkurrenz mit harschen Vorwürfen von wegen »Unberechenbarkeit« und »Konzeptionslosigkeit« gegenüber der Statt-Partei auf, also pikanterweise gerade mit jenen, die ihnen selbst lange Zeit von rechts gemacht wurden. Die schärfsten Kritiker der Elche waren früher selber welche. So stellt man demokratische Reife unter Beweis.

Das – von den Grünen einmal abgesehen – insgesamt wohlwollende Interesse an der Statt-Partei verdankt sich dem durch sie verkörperten politischen Projekt, das Kritik formuliert, um nichts ändern zu müssen. Deutlich wird das an der aparten Kombination politischer Forderungen, mit denen diese »Protestpartei« erfolgreich um Wählerstimmen buhlte.

Zu ihrer Abstinenz gegenüber den Inhalten der Politik gesellte sich ein demonstrativ zur Schau gestellter Radikalismus gegenüber den Verkehrsformen, in denen jene praktisch umgesetzt werden. Die absoluten Wahlkampfschlager der Statt-Partei waren Parolen, die sich ausschließlich auf das (partei)politische Procedere konzentrierten: »Bürgerverantwortung statt Parteienmacht«, »Unabhängigkeit der Abgeordneten statt Fraktionszwang« und, gewissermaßen als Höhepunkt, eine neue parlamentarische Geschäftsordnung statt der alten. Was auch immer die anderen beschließen, die Statt-Partei will, daß es bürgernah geschieht.

Dieses alberne Programm machte sie sicher nicht zufällig für ein ganz bestimmtes Klientel attraktiv. Ihr größten Erfolge feierte die Wegner-Truppe in sogenannten Gebieten mit Bewohnern von hohem sozialen Status – im vornehmen Blankenese waren es 11 Prozent – , und ihre größten Fans finden sich bei Beamten und Selbständigen, lauter Leute also, denen ihr spießiger Konservatismus jedes gedankliche – geschweige denn praktische – Hinausgehen über die bierselige Nörgelei, daß »die da oben sowieso machen, was sie wollen«, dem Steuerzahler »das Geld aus der Tasche ziehen« und sowieso alle »gekauft sind«, verbietet.

Natürlich sind auch die Wähler der Statt-Partei in erster Linie unzufrieden mit den materiellen Resultaten der Politik. Das haben sie mit so ziemlich allen anderen Wählern gemein. Der Unterschied besteht darin, daß sie ihren Protest ausschließlich als Kritik am politischen Geschäft formulieren. Darüber wollen sie sich aufregen dürfen, um für den Rest des Tages »die Faust in der Tasche zu ballen« und die Marktwirtschaft für eine echte Chance zu halten. Während die Republikaner etwa immerhin eine andere politische Zwecksetzung einklagen, indem sie die CDU an ihren eigenen reaktionären Idealen messen und auf deren Erfüllung pochen – im Gegensatz zu allen christlichen Versprechungen ist Deutschland immer noch nicht ganz ausländerfrei – , während auf der anderen Seite des Spektrums die Grünen der herrschenden Politik ihre eigenen hehren Absichten unterstellen und folgerichtig eine vertane umwelt- oder

friedenspolitische Chance nach der anderen beträhnen, die die Regierung nie gesucht hat, hat sich die Statt-Partei aus der Welt der politischen Absichten und Inhalte völlig verabschiedet.

Offiziell jedenfalls. In Wirklichkeit ist solche »Entideologisierung« der Politik eine hundertprozentige Parteinahme für die bestehenden Verhältnisse. Der heroische Kampf gegen die »Verfilzung« und »Verkrustung« von politischen »Strukturen« wird ja explizit in der Absicht geführt, die Entscheidungen, die in ihnen durchgesetzt werden und gegen die die Statt-Partei keine Einwände geltend macht, für die Bürger transparenter und dadurch akzeptabler zu machen. Ein CDU-Rebell wie Markus Wegner ist nun mal in erster Linie ein CDU-Rebell, also gar keiner. Er will nichts ändern, sondern das gleiche anders zelebrieren, um es zu erhalten. Daß er und seine Mitstreiter nichts Konkretes fordern, heißt ja noch lange nicht, daß sie nichts wollen. Die unabhängigen Fachleute, die sie statt sich selber bei einer möglichen Regierungsbeteiligung mit Senatorenposten betrauen wollen, werden schon dafür sorgen, daß auch weiterhin alles unternommen wird, was für Deutschland notwendig ist, nur eben dann enorm glaubwürdig, weil schwerneutral und von jedem Verdacht des Eigennutzes befreit.

Insofern ist »Statt« der zur Parteiform gewordene Reflex auf die Unzahl der Skandale, mit deren Enthüllung die »vierte Gewalt« ihre Bürger in den letzten Monaten in eine »Parteiverdrossenheit« hineingeschrieben hat, die sie gleich anschließend als eine der größten Geißeln des demokratischen Lebens heftig bejammerte. Der aufgeregten, sich furchtbar kritisch gerierenden öffentlichen Debatte über Dienstwagen-, Putzfrauen-, Diäten- und andere Amigoaffairen liegt das erzreaktionäre Ideal eines absolut sauberen, charakterlich einwandfreien Führungspersonals zu Grunde, gegen dessen Entscheidungen dann aber auch nicht mehr aufgemuckt werden darf. Über das Mitmachen ihrer Armee beim weltweiten Herbeischießen der Menschenrechte lassen die Deutschen ja durchaus mit sich reden, aber daß die Regierung die entsprechende Entscheidung an das Verfassungsgericht überträgt und sich auf diese Weise aus der Verantwortung stiehlt, empört sie über alle Maßen. Lohnkürzungen, Abbau sozialer Leistungen? Was sein muß, muß sein, aber dann sollen die in Bonn mit ihren Diäten auch mal ganz schön vorsichtig sein. Opfer für den Aufbau Ost? Geht wohl nicht anders. Aber ein Bundespräsident, für den man sich im Ausland schämen muß? Niemals.

Das und nichts anderes ist die Logik der vielbeschworenen Politikverdrossenheit. Die Statt-Partei führt diese denkbar harmloseste Form des Widerstandes dem Schicksal zu, das sie verdient. Sie macht sie – wählbar. Neben der billigen Schadenfreude, es den großen Volksparteien mal wieder ordentlich gegeben zu haben, offenbart diese Sorte Protest mit ihrem Kreuz für die Statt-Partei die ganze Trostlosigkeit von »Rebellen«, die nichts sehnlicher wünschen, als für das, was ihnen angetan wird, klaglos dankbar sein zu dürfen. Eine rundum gelungene Selbstverarschung aller Beteiligten also. Mit Perspektive für das »Superwahljahr ‘94«!

Günter Kolodziej ist freier Autorund lebt in Hamburg

Konkret 12/93, S. 28

Otto Köhler

»Der ganze Salat«

»Täglich im Kreuzfeuer der Kritik stellt sich die Treuhandanstalt der Öffentlichkeit«. Das verkündet der Ullstein-Verlag, weswegen es in jeder guten Buchhandlung zu kaufen gibt: »Treuhand intern. Tagebuch«. Herausgegeben von Birgit Breuel.

»Manchmal wünscht man sich«, so schreibt die mächtigste Frau in Deutsch-Ost, »hinter den Vorhang der Macht zu schauen.« Der Alltag – sie meint das Los, das sie den Eingeborenen im Anschlußgebiet bereitet – sei »für die Menschen oft so anstrengend, daß sie hinter dem Vorhang eine Lösung für ihre Probleme suchen und vermuten«. Doch eine solche Lösung gibt es nicht, zumal sie hinter dem Vorhang »die anonymen finsteren Mächte« vermuten, die sich »dem Glück der Menschen entgegenstellen und nur ihre eigenen egoistischen und unrechtmäßigen Vorteile suchen«.

Anonyme Mächte? Dabei könnte sie doch mit Namen nennen, wer da im Verwaltungsrat ihrer Treuhand sitzt. Immerhin, Birgit Breuel ist so gütig, jetzt schon den Vorhang vor ihrem Jahrtausendwerk aufzuziehen, obwohl sie weiß: »Es ist zu früh, systematisch und für die Ewigkeit die Arbeit der Treuhandanstalt zu beschreiben. Aber es verdient festgehalten zu werden, welche Ziele und Motive, welche Höhen und Tiefen diese Institution bis heute überwinden mußte.«

Es war ein »niederschmetterndes Umfeld« zu überwinden, als im Sommer 1990 die Bundesrepublik sich zur Übernahme der DDR anschickte und die neuen Herren in die Treuhandanstalt einzogen: »veraltete und größtenteils beschädigte Möbel, abgewohnte Blümchentapeten an den Wänden der Arbeitszimmer, verschlissene Schreibmaschinen, fehlende technische Ausstattung, unzumutbare sanitäre Einrichtungen«.

Man stieß dort im Osten auf eine unterentwickelte Kultur. Das Breuel-Tagebuch: »Die Mitglieder der Verwaltungsgruppe stammen aus Ostdeutschland. Sie gestehen später mit einem Lächeln ein, daß ihnen manche Begriffe der Büroeinrichtung völlig neu waren: Flipchart, Pinnwand, Overhead-Projektor, selbst Telefax hatte kaum einer von ihnen früher gesehen.«

Die Menschen aus der DDR zu unserer Kulturstufe emporzuheben, das ist das vornehmste Anliegen der Treuhandanstalt, seit sie in westdeutsche Hände überging. Am 2. Januar 1991 gab ihr damaliger Präsident Detlev Karsten Rohwedder der »Welt« ein Interview. Seine Nachfolgerin hält es zu Recht für so programmatisch, daß sie es in ihr Treuhand-Tagebuch aufgenommen hat. Rohwedder bescheinigte der »früheren DDR« zunächst ihre »materielle Inferiorität«. Doch die »Welt« bohrte tiefer, sie fragte – und sie fragte das besorgt – , ob es im Osten dazu noch eine andere Inferiorität gebe: »Sind die ›Hirne‹, die Denkwerkzeuge beschädigt? Gibt es geistige Deformationen?« Und Rohwedder antwortete, als ob es sich um ganz normale Fragen handelte, »Dimensionen des normalen Denkens« seien in vierzig Jahren Kommunismus »verlorengegangen«, die Menschen seien »verkrüppelt in der Weite ihrer Lebenserfahrung«.

Anormal, geistig inferior, im Hirn verkrüppelt – das waren die sehr präzisen Vorstellungen von den Eingeborenen in Ostdeutschland, die dann auch für die Politik der Treuhand das Maß setzten. Aus Rohwedder sprach keineswegs einfache Verachtung für diese materiell und geistig Zurückgebliebenen. Im Gegenteil. Er wollte diese deformierten Menschen zu sich emporhieven und klagte über die Westdeutschen, die ihm dabei nicht folgen konnten. Rohwedder zur »Welt«: »Leider habe ich nicht den Eindruck, daß den Westdeutschen die Heranführung der Menschen in der ehemaligen DDR an unsere Denkwelt ein brennendes Anliegen ist.«

Da war es nur konsequent, wenn Rohwedder auch in der Treuhand vor allem eine Besserungsanstalt erblickte, damit auch »die Lebensbedingungen, Arbeitsbedingungen, die wirtschaftliche Existenz der Menschen in den früheren DDR-Bezirken möglichst rasch sich unseren Maßstäben, unserem Niveau angleichen«. Menschen nach unserem Maß zu bilden und »unsere wirtschaftspolitischen Erfolgsrezepte und Grundüberzeugungen in die Ex-DDR hineinzutragen« – das sei die große Aufgabe der Treuhandanstalt.

Ohne die vielen Idealisten aus Westdeutschland hätte es die Treuhand nicht dorthin gebracht, wo sie heute steht. Frau Breuel über die gedeihliche Zusammenarbeit in ihrer Anstalt: »Trotz dieser enormen Belastung ist die Arbeitsatmosphäre nicht unleidlich, weil unter den Mitarbeitern Kameradschaft, Zuverlässigkeit und Einsatzbereitschaft herrscht. Jeder stellt die persönlichen Interessen gegenüber den allgemeinen zurück.«

Wer ahnt schon, was dahintersteckt, welchen enormen Fortschritt, welchen Aufstieg zu unserem westdeutschen Kulturniveau es bedeutet, wenn er sieben Seiten weiter den Erfolgsbericht findet: »So wurden bisher beispielsweise über 1200 Betriebskindergärten, -sportstätten, -polikliniken und -kulturhäuser an Städte und Gemeinden übertragen und hunderte Betriebsferienheime privatisiert oder an ihre enteigneten früheren Eigentümer zurückgegeben.«

Schon solche verhältnismäßig kleinen Erfolge lassen erkennen, wieviel Arbeit und Mühe es kostete und – denkt man etwa an Bischofferode – immer noch kostet, die im Grunde ja doch nur kommunistische Volkswirtschaft im Osten zu liquidieren. Tatsächlich war ja an einen solchen Liquidationsauftrag überhaupt noch nicht gedacht, als erstmals am Runden Tisch der Bürgerbewegung eine Treuhandgesellschaft vorgeschlagen wurde, die das Volksvermögen der DDR zusammenhalten sollte. Der Ministerrat der DDR beschloß am 1. März 1990 ihre Gründung. Noch unter der Regierung Modrow, am 15.

März 1990, legte Wolfgang Ullmann für die Gruppe »Demokratie jetzt« einen Vorschlag vor, nach dem jeder Bürger der DDR von dieser Treuhand einen Anteilschein von 25 bis 30 Prozent der auf ihn entfallenden rund 40.000 Mark des Volksvermögens bekommen sollte. Diese Anteilscheine sollten zum Erwerb von Wohnungen und Betriebsstätten dienen.

Doch am 10. Mai 1990 gibt es ein erstes großes Gespräch des neuen Ministerpräsidenten de Maizière mit Vertretern westdeutscher Großbanken. Ganz unbefangen berichtet das Tagebuch der Birgit Breuel, was da geschah: »Die Vertreter der Banken machten eine Kreditgewährung an die Treuhandanstalt von einer eindeutigen Ausrichtung ihrer Aufgabenstellung auf eine Privatisierung der Staatsbetriebe, einschließlich Grund und Boden, und der Gewährung entsprechender Sicherheiten für die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Anstalten abhängig.« Kurz: »Wir sind das Volk«, sagen die westdeutschen Großbanken der frei gewählten Volkskammer.

Am 18. Mai, so verrät das Tagebuch, wird der neue Entwurf für ein Treuhand-Gesetz der DDR in Frankfurt/West mit Vertretern der dortigen Großbanken diskutiert. Das Volk der westdeutschen Großbanken setzt sich durch. Und schon gibt es am 4. Juli 1990 in der DDR einen »neugebildeten Verwaltungsrat«, der sofort ein klares Wahlergebnis vorlegt. Erster Präsident der Treuhand wird Reiner Maria Gohlke, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bundesbahn, Beiratsmitglied der Dresdner Bank und der Allianz. Vorsitzender des Verwaltungsrates ist Detlev Rohwedder, Vorstandsvorsitzender der Hoesch AG, Beiratsmitglied der Deutschen Bank und der Allianz, sowie vielfa-ches Aufsichtsratsmitglied bundesdeutscher Großkonzerne. Die Allianz wird sich in diesen Tagen den fettesten Bissen schnappen. Da es sich nicht um ein intimes Tagebuch der Frau Breuel handelt, ist von all den Funktionen der beiden nur die Bundesbahn-Funktion Gohlkes erwähnt. Schon am 20. August 1990 muß Gohlke wegen erneut bewiesener Unfähigkeit gehen. Rohwedder wird sein Nachfolger. Und Jens Odewald folgt Rohwedder auf dem Präsidentenstuhl, ohne daß ihm das Tagebuch unter die Gürtellinie schaut. Odewald konnte sich – die Treuhand residierte bei seiner Wahl noch am Alexanderplatz 6 – mutmaßlich in einer Mittagspause für seinen Kaufhof-Konzern das Kaufhaus am Alexanderplatz organisieren. Und so holte sich nahezu jeder der jetzt im Treuhand-Verwaltungsrat vertretenen Konzerne die appetitlichsten Happen aus der DDR-Volkswirtschaft.

Der Anfang war unendlich schwer. Birgit Breuel wird nicht müde, das Chaos zu beschreiben, das man im November 1990 beim Einzug in die ersten Büroräume am Alexanderplatz vorfand: »Die Toiletten sind in einem unglaublichen Zustand.« Das ist allerdings leicht erklärbar. Denn, so fährt sie fort: »Die Mitarbeiter sind zum größten Teil noch Mitarbeiter der früheren Wirtschaftsministerien der DDR.«

Es ist die bittere Wahrheit, damals hat man noch mit den Ossis bei der Abwicklung ihrer Volkswirtschaft zusammenarbeiten müssen. »Wir können keine Bartholomäusnacht veranstalten.« So zitiert das Tagebuch den damaligen Treuhandpräsidenten. Da war es wirklich eine Erlösung, daß immer mehr Leihmanager aus dem Westen kamen. Breuel frohlockt: »Die Leihmanager bringen Pinoniergeist und Leistungswillen, auch nationales Pflichtgefühl mit.«

Einen schätzt sie ganz besonders: Professor Ernst Schraufstätter, der zusammen mit sechs Kollegen der Bayer AG im November 1990 seine Tätigkeit bei der Treuhandanstalt aufnimmt. Professor Schraufstätter und drei seiner Bayerkollegen bilden das »Chemieteam«, das alle Chemiefirmen zu betreuen und »alle Aufgaben von der Privatisierung bis zur Liquidation durchzuführen« hat und das deshalb – man hat viel Humor bei der Treuhand – wirklich nur scherzhaft »Viererbande« genannt wird. Sie fahren als erstes nach Bitterfeld: »Ein schockierender Gesamteindruck: Wie konnte man Firmen so herunterkommen lassen, ein fast totaler Substanzverzehr.«

Doch die Viererbande des Bayer-Managers Schraufstätter schafft neue Substanz, kostbare Filetstücke, von denen freilich im Breuel-Tagebuch keine Rede ist. Ein knappes Jahr später, im Oktober 1991, bekam die Bayer AG Betriebsgelände in Bitterfeld, um drei neue Fabriken zu bauen. Arbeitsplätze? Nur 500 von den 10.000 Arbeitslosen damals in Bitterfeld. Altlasten werden auf Kosten des Steuerzahlers beseitigt.

Unverständlicherweise hat sich Birgit Breuel in ihrem doch sonst so munteren und unverkrampften Tagebuch eine besonders lustige Geschichte um ihren geschätzten Bayer-Mitarbeiter entgehen lassen: Im neuesten Mercedes waren im Frühjahr 1991 bei Schraufstätter Verhandlungspartner von der Firma Euroconsult angereist: zwei seriös gekleidete Herren mit dunklen Aktenkoffern. Sie wollten die Dessauer Magnetband GmbH kaufen. Aber 436 Arbeitsplätze übernehmen, das war ihnen zu viel – 350 tun es auch. Der Treuhand-Professor sagte Ja. Aber 50 bis 60 Millionen soll das Unternehmen kosten? Das ist viel zu teuer. Der Professor ist auch mit weniger als 50 Millionen zufrieden – auf mindestens 75 Millionen war es von unabhängigen Wirtschaftsprüfern geschätzt worden. So wäre im Handumdrehen eines der üblichen Treuhandverlustgeschäfte zustandegekommen, aber Pech gehabt, die Herren kamen von Monitor, die Euroconsult war eine Erfindung.

»Der ganze Salat«, so sprach Detlev Karsten Rohwedder am 22. Oktober 1990 und meinte damit die seiner Treuhand anvertraute Volkswirtschaft jener DDR, die knapp drei Wochen zuvor der Bundesrepublik angeschlossen worden war, »der ganze Salat ist etwa 600 Milliarden Mark wert«. Seine Nachfolgerin schätzte drei Jahre später das Gesamtdefizit der Treuhand auf 275 Milliarden. 600 verspielte Milliarden und dazu noch 275 Milliarden Miese, das macht einen

Gesamtverlust von insgesamt 875 Milliarden. Wir können darauf bauen, daß die Treuhand in den Händen der erfahrenen Birgit Breuel auch die weiteren 125 Milliarden Verluste erarbeiten wird, die ihr zur vollen Billion noch fehlen. Dann darf Birgit Breuel mit Stolz von sich sagen, daß es zuvor noch nie in der Geschichte der Menschheit gelungen ist, eine Volkswirtschaft mit einem derartigen finanziellen Aufwand zugrundezurichten.

Konkret 12/93, S. 30

Karl Rössel

Der europäische Imperialismus III

Die zögerliche Beschäftigung der deutschen Linken mit der Europäischen Gemeinschaft wurde auch durch den Einzug der Grünen in die Parlamente nicht gründlicher. – Dritter Teil der Geschichte eines linken Versäumnisses

Die EG in Mittelamerika – eine Alternative zu den USA?

Anfang der achtziger Jahre flaute die theoretische Debatte nicht nur in den verbliebenen Internationalismus-Gruppen (die Chile- und Portugal-Solidarität hatte längst ihren Geist aufgegeben), sondern in der bundesdeutschen Linken insgesamt ab. Die rigiden Revolutionsmuster der K-Gruppen, ihre hierarchische Organisation wie auch die verbitterten Auseinandersetzungen untereinander hatten so abschreckend gewirkt, daß als Folge eine anhaltende Theoriefeindlichkeit zurückblieb, die zunächst auch eine Beschäftigung mit dem undurchschaubar erscheinenden bürokratischen Machtkartell EG weiterhin verhinderte. »Undogmatische« Gruppen (Spontis) entstanden und bildeten die Vorläufer der »Neuen Sozialen Bewegungen«, deren wichtigste Basis die Anti-Atom-Initiativen und später – nach dem Nato-Doppelbeschluß zur Stationierung weiterer US-Atomraketen in der Bundesrepublik – die Friedensbewegung wurden.

Der Schwerpunkt der Internationalismus-Arbeit verlagerte sich gleichzeitig auf Mittelamerika. Ab Anfang der achtziger Jahre standen Nicaragua und El Salvador im Zentrum des Interesses, und damit ein weiteres Mal Länder, in denen der US-Imperialismus als Hauptgegner ausgemacht werden konnte. Dabei sollte sich bei manchen Aktivistinnen und Aktivisten der Mittelamerika-Solidarität die Hoffnung einstellen, daß die EG möglicherweise eine positive Alternative und eine Gegenkraft gegen die aggressive Kriegs- und Blockadepolitik der USA in der Region darstellen könnte. Sie versprachen sich Vorteile für die revolutionären Entwicklungen in Mittelamerika durch eine Schwächung der Achse Europa-USA. Nicht selten versuchten die EG-Propagandisten genau diesen Eindruck zu erwecken, indem sie verkündeten, daß ihre Entwicklungspolitik wesentlich »humaner«, weniger militaristisch, mehr »den Menschenrechten« und »der Demokratie« verpflichtet sei als die der USA. So erklärte der Europäische Rat (die Versammlung der EG-Regierungschefs) im Juni 1983 zu Zentralamerika: Die Regierungen der EG »sind der Überzeugung, daß die Probleme Mittelamerikas nicht mit militärischen Mitteln gelöst werden können, sondern nur durch eine politische Lösung, die in der Region selbst ihren Ursprung hat und die die Grundsätze der Nichteinmischung und Unverletzlichkeit der Grenzen beachtet«.

Dennoch setzte sich schließlich in der Mittelamerika-Solidarität die Erkenntnis durch, daß auch die »EG-Interessen in Zentralamerika letztlich imperialistische sind«. Barbara Schreiber resümierte 1990 »14 Jahre Entwicklungskooperation EG-Lateinamerika« wie folgt: »In der EG-Rhetorik wird den Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika eine hohe Priorität eingeräumt. Die EG unterhält zu Lateinamerika ›ausgeprägte und vielseitige Beziehungen, die in Geschichte, Politik, Kultur, Sprache, Religion und Wirtschaft ihren Ausdruck finden‹. Hinter dieser eurozentristischen Sichtweise verbirgt sich bisher eine eher düstere Realität. Von besonders engen, vertieften Beziehungen zwischen EG und Lateinamerika kann keine Rede sein.« Ihr Fazit zur Förderung der regionalen Zusammenarbeit und der Entwicklungshilfe der EG in Lateinamerika: »Geschieht regionale Integration und Wirtschaftsförderung ... im Interesse der Anpassung an die bestehenden Weltwirtschaftsstrukturen, ohne daß die imperialistischen Metropolen des Nordens endlich mit ihrer grenzenlosen Wachstums-, Expansions- und Entwicklungslogik brechen, so ist sie nichts anderes als die Festschreibung der kolonialen Strukturen: Zerstörung, Ausbeutung, Fremdbestimmung und Verhinderung eigenständiger Entwicklung auf einem immer zerstörerischeren Niveau« (zit. nach Informationsbüro Nicaragua (Hrsg.): *Europa, die ›Dritte Welt‹ und Lateinamerika – Eine kritische Dokumentation*, Wuppertal 1991).

EG gegen Apartheid?

Während der achtziger Jahre stießen auch andere Initiativen, die Projekte und Oppositionsgruppen in ausgewählten Ländern – von Guatemala bis zu den Philippinen – unterstützten, auf die Folgen der EG-Politik für die Objekte ihrer Solidarität.

Vergleichsweise früh begann diese Debatte im Kontext der Südafrika-Solidarität. Die Massaker des Apartheidregimes 1976 in Soweto lösten in Europa einen Aufschrei der Empörung aus. Nachdem die Uno 1977 ein Waffen- und Rüstungsembargo über die Republik Südafrika verhängt hatte – das völkerrechtlich bindend war – , sah sich im selben Jahr auch der EG-Ministerrat gezwungen, einen »Verhaltenskodex« zu verabschieden, der Bedingungen für die weitere Geschäftstätigkeit europäischer Konzerne in Südafrika enthielt. Danach sollten sie rassistische Diskriminierungen beseitigen, Gewerkschaften anerkennen, Mindestlöhne zahlen, die Fortbildung schwarzer Arbeiter fördern und zur Verbesserung der Wohnverhältnisse ihrer schwarzen Beschäftigten beitragen. Die EG führte den Verhaltens-Kodex vor allem ein, um damit der Forderung nach Wirtschaftssanktionen vorbeugen bzw. ausweichen zu können. Doch waren die Berichte, die die europäischen Unternehmen – freiwillig! – über die Erfüllung dieser Forderungen ihren jeweiligen Regierungen erstatten »sollten«, für

die Solidaritätsbewegung nicht nachprüfbar. Sie wurden nur den nationalen Kabinetten der einzelnen EG-Mitgliedsstaaten vorgelegt und von diesen summarisch »gebilligt«.

Schon bald entwickelte sich in der Südafrika-Solidarität Kritik an dieser Praxis. 1979 wies der »Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt« an verschiedenen Fallbeispielen nach, daß der EG-Kodex keineswegs eingehalten wurde. Mitte der achtziger Jahre – Sanktionen gegen das Apartheidregime wurden jetzt international gefordert – mußte auch die EG bestätigen, daß ihr Kodex bislang kaum Folgen gehabt hatte. Die Auflagen – vor allem bei der militärischen und nuklearen Zusammenarbeit mit Südafrika – mußten verschärft werden. Doch selbst die USA beschlossen – etwa mit einem Verbot des Kohleimports aus Südafrika – weitergehende Sanktionen als die EG. Und immer wieder gelang es der Anti-Apartheid-Bewegung hierzulande, die Kollaboration europäischer, vor allem bundesdeutscher Konzerne mit Südafrika bei der Waffenproduktion und Atomtechnologie nachzuweisen. Je mehr die EG-Staaten dazu übergingen, ihre Außenpolitik aufeinander abzustimmen, um so breiter wurde zwangsläufig auch die Auseinandersetzung mit der EG-Politik gegenüber Südafrika.

1988 schlossen sich schließlich die Anti-Apartheid-Initiativen der EG-Staaten auf EG-Ebene zusammen, um gemeinsame Lobbyarbeit in Brüssel für die Ausweitung und schärfere Überwachung von Sanktionen zu machen. Zu den von Organisationen der Schwarzen aufgestellten Forderungen gehörten der Stop von Kohleimporten aus Südafrika, die »Sperrung der Kredite«, die »Einstellung der Direktflüge nach Südafrika« und die »Verringerung der diplomatischen Beziehungen« durch die EG-Staaten. Doch diese Forderungen ließen sich in der EG nicht durchsetzen.

So intensiv die Beschäftigung mit der spezifischen Südafrikapolitik der EG in der Anti-Apartheid-Bewegung – im Vergleich zu anderen Solidaritätsgruppen – auch war, eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Institution EG fand auch hier nicht statt.

Die Grünen im »Gemeinsamen Haus Europa«

Mit den »Neuen Sozialen Bewegungen« entstand und wuchs seit Ende der siebziger Jahre die Partei »Die Grünen«, die sich zunächst als Vertreterin von Bürgerinitiativen etwa aus der Anti-AKW- und Friedensbewegung definierte und von Anfang an auch auf europäischer Ebene operierte. So nahmen die Grünen schon vor ihrer offiziellen Parteigründung (1980) erstmals als »Listenbündnis« an der Europawahl am 10. Juni 1979 teil, bei der sie in der Bundesrepublik 3,2 Prozent der Stimmen (und 4,5 Millionen Mark Wahlkampfkostenerstattung) erhielten. In der im März 1979 von 500 Delegierten verschiedener Ökologie-Gruppen in Frankfurt-Sindelfingen verabschiedeten Wahlplattform heißt es, Ziel der Grünen sei ein »Europa der Regionen, in welchem die Menschen und Institutionen umweltbewußt, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei handeln und leben lernen«.

Schon die Teilnahme an dieser Wahl machte deutlich, daß es bei den Grünen keine grundsätzliche Opposition gegen die EG gab, sondern allenfalls Kritik an einzelnen Politikbereichen (wie etwa an der Umweltpolitik oder der Stationierung von Atomwaffen in Europa). Andernfalls hätte allein der von ihnen postulierte »basisdemokratische Anspruch« verhindern müssen, daß sie sich um Mandate im einflußlosen Alibi-Parlament der EG bewarben. Ende April 1984 beschlossen die »grünen, ökologischen und radikaldemokratischen Parteien Europas« (aus Belgien, Frankreich, Irland, Luxemburg, Großbritannien, den Niederlanden und der Bundesrepublik), mit einer gemeinsamen Liste zu den Europawahlen im Juni 1984 anzutreten. Ihr Ziel war, im Europaparlament eine gemeinsame Fraktion zu bilden. Grundlage war eine gemeinsame Erklärung zur Europawahl, in der es zu den internationalen Beziehungen der EG hieß: »Wir verstehen Entwicklungspolitik als echte Partnerschaft mit der Dritten Welt und setzen uns für eine Neugestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Europa und der Dritten Welt und für eine verstärkte Zusammenarbeit der Solidaritätsbewegung mit den Dritte Welt-Bewegungen in Europa ein.« Die (neo)koloniale Politik der EG gegenüber der »Dritten« Welt wurde darüber hinaus in dieser Erklärung nicht behandelt. Sie war schon deshalb für einen langen Zeitraum bei den bundesdeutschen Grünen kein Thema, weil internationalistische Fragen in der Partei insgesamt allenfalls am Rande diskutiert wurden.

So dauerte es nach der Gründung der Partei fünf Jahre, bis es 1985 einen »Ersten Internationalismus-Kongreß der Grünen« in Kassel gab. Im Vorwort des Readers zu diesem Kongreß vermerkte Günter Hopfenmüller selbstkritisch für den Bundesvorstand der Grünen: »Es gehören keine besonderen detektivischen Fähigkeiten dazu, die theoretischen Defizite der Grünen im außen- und entwicklungspolitischen Bereich aufzudecken. Sämtliche Programme, die in der fünfjährigen Parteigeschichte verabschiedet wurden, offenbaren diese Schwäche. Nimmt man noch die Wahlkampfmaterialien hinzu, so wird das Bild vollends düster. Es soll hier nur ein Beispiel genannt werden: Im Europawahlkampf 1984 konnte gerade noch in letzter Minute die Auslieferung eines Plakates zum Thema ›Solidarität mit der Dritten Welt‹ auf Intervention der BAG (Bundes-Arbeits-Gemeinschaft) Internationalismus gestoppt werden. Es zeigte die ausgemergelten Arme, die sich von der südlichen Erdkugel hilfesuchend gen Norden ausstrecken – eine Symbolik, die dem Bewußtseinsstand der 60er Jahre entspricht und heute selbst von ausschließlich karitativ arbeitenden Organisationen nicht mehr verwandt wird. Dabei hatte sich die Plakatgruppe größte Mühe gegeben. Sie hatte alle verfügbaren grünen Materialien herangezogen, aber eben nur karitativ-paternalistische Inhalte vorgefunden.«

Die unter den Grünen grassierende Theoriefeindlichkeit hatte zwar 1984 nicht den Einzug der Partei mit sieben Abgeordneten ins Europaparlament verhindert (bei 8,2 Prozent der Stimmen in der BRD), wohl aber eine konsequente Auseinandersetzung mit der Politik der EG. So gab es auf dem Kongreß zwar ein Referat über »das Verhältnis der Sowjetunion zur Dritten Welt«, nicht aber über das der EG. Lediglich »Die Lomé-Politik der europäischen Gemeinschaft« war den Grünen 1985 einen Diskussionsbeitrag wert. Darin hieß es: »In Abgrenzung zu multilateralen Institutionen wie der Weltbank und zur bilateralen Entwicklungspolitik verkörpert das Abkommen eine gemeinsame Strategie der EG-Mitglieder – über nationale Unterschiede und Gegensätze hinaus – zur Wahrung ihrer politischen und wirtschaftlichen Interessen in der Dritten Welt, sowohl gegenüber den dortigen Staaten als auch gegenüber ihren Konkurrenten USA und Japan ... Auf der Seite der EG stehen ihre aggressive Handelspolitik und die Agrarpolitik in absolutem Zielkonflikt mit einer Entwicklungspolitik, die sich die Bekämpfung des Hungers zur obersten Priorität setzt.«

Trotz dieser kritischen Einschätzung stellten die Grünen die Lomé-Vertragspolitik der EG nicht grundsätzlich in Frage, wie der Broschüre »Dritte Welt im ›Hohen Haus‹« zu entnehmen ist, die ebenfalls 1985 erschien und die EG-Politik allein am Beispiel der Lomé-Abkommen thematisierte. Darin heißt es schlußfolgernd: »Aus diesen Gründen sehen die Grünen keinen Anlaß, das neue EG-AKP-Abkommen als großartiges entwicklungspolitisches Modell zu feiern ... Sie haben sich bei der Abstimmung über das 3. Lomé-Abkommen allerdings der Stimme enthalten, weil ein Nein zu dieser Konvention als Verweigerung gegenüber der berechtigten Forderung der Dritten Welt nach verbesserten und gerechteren internationalen Wirtschaftsbeziehungen interpretiert werden könnte.«

Der dürftige Diskurs zur EG-Politik bei den Grünen war Mitte der achtziger Jahre keinesfalls fraktionsspezifisch auf die »Realos« beschränkt. Auch die Öko-Sozialisten Thomas Ebermann und Rainer Trampert erwähnten in ihrem Buch (»Die Zukunft der Grünen«, 1984) einzig die Beteiligung der »EG-Länder« an der IWF-Politik gegenüber der »Dritten« Welt. Mit keinem Wort jedoch gingen sie auf die spezifische EG-Politik gegenüber der »Dritten« Welt ein.

1989 erreichten die Grünen bei der Europawahl in der Bundesrepublik 8,4 Prozent der abgegebenen Stimmen und damit acht Mandate. Auch wenn einzelne engagierte Europa-Abgeordnete der Grünen Themen der Internationalismus-Bewegung aufgriffen und Anfragen und Anträge zu bestimmten Ländern (von Kuba bis zur Westsahara, von den Philippinen bis zur Volksrepublik China) oder auch zur strukturellen Abhängigkeit der »Dritten« Welt etwa von IWF- und Weltbankpolitik und Verschuldung stellten – die EG als Institution wurde nie grundsätzlich in Frage gestellt. Vielmehr fand nach und nach auch auf europäischer Ebene eine immer stärkere Anpassung an die vorgegebenen Strukturen statt. Deutlich wird dies in dem 1990 vorgelegten »Konzept für eine Grüne Außenwirtschaftspolitik«, das den »Weg zu einer ökologisch-solidarischen Weltwirtschaft« zu beschreiben vorgibt. Trotz der an anderer Stelle zumindest an Hand von Einzelbeispielen auch von Parlamentarierinnen und Parlamentariern der Partei nachgewiesenen (neo)kolonialen Politik der EG haben die Grünen in diesem Programm bereits das »Ende des Zeitalters von Imperialismus und Kolonialismus« ausgemacht und folgerichtig schon so viel Gefallen am »Gemeinsamen Haus Europa« gefunden, daß sie sich nicht mehr scheuen, die ideologischen Schlagworte der EG-Propagandisten zu übernehmen. Nur wer den neokolonialen Charakter der europäischen Politik leugnet, kann die »Rolle der EG in der Weltwirtschaft« so bewerten, wie es die Grünen in diesem Programm tun: »Die Herausbildung supranationaler Strukturen in Europa ist eine im Prinzip richtige Antwort auf den zunehmenden Verlust an Entscheidungskapazität der alten Nationalstaaten.« Scheinbar hapert’s nur mit der »Demokratisierung der EG« noch ein wenig. »Die EG«, so die Grünen weiter, »verfügt als überaus wohlhabende und wirtschaftlich äußerst leistungsfähige Gemeinschaft über die Möglichkeit ... eine Vorreiterrolle bei der Neuordnung der Weltwirtschaft wahrzunehmen.«

Trotz ihrer Kritik an den Lomé-Abkommen wissen die Grünen nun auch von »vorteilhaften Regelungen« der EG in ihren »Verträgen ... mit den Ländern der Dritten Welt« zu berichten. Die Fakten, etwa die sinkenden Anteile der AKP-Länder am Handel mit der EG, stehen zwar auch in den Papieren der Grünen, verhinderten jedoch nicht die Formulierung dieser positiven These. Wenn bestehende Herrschaftsformen und Abhängigkeitsverhältnisse nicht mehr grundsätzlich in Frage gestellt werden, ist es nur folgerichtig, die Herrschenden selbst zu Hoffnungsträgern für Veränderungen zu erklären. So schreiben die Grünen: »Sicherlich lohnt es sich, den Dialog mit den heutigen Wirtschaftsführern über eine Umgestaltung zu suchen.« Diese Haltung, die schon Voraussetzung für die Beteiligung der Grünen an kommunalen und Länder-Regierungen war, führte auf europäischer Ebene dazu, daß zum »Adressaten« grüner Forderungen »in steigendem Maße die EG-Kommission« erklärt wurde, also der von den Regierungen der Mitgliedsstaaten bestimmte und demokratisch nicht kontrollierte Verwaltungsapparat der EG.

Aus der staatstragenden Theorie folgt eine ihr entsprechende politische Praxis: Das zeigte sich spätestens im auch von grüner Seite lautstark angekündigten »Widerstandsjahr 1992« mit dem Rückzug der Grünen und anderer ihnen nahestehenden »Oppositionsgruppen« aus dem Aktionsbündnis gegen den Weltwirtschaftsgipfel in München. Das Bündnis wollte versuchen, Opposition auch gegen die EG erstmals massiv auf der Straße zu artikulieren. Die Grünen dagegen zogen eine Saalveranstaltung mit geladenen Gästen vor.

Zu diesem Zeitpunkt hatten fundamentalistische Kritikerinnen und Kritiker des Systems (wie Thomas Ebermann, Rainer Trampert und Jutta Ditfurth) längst keinen Platz mehr in der Partei. Sie nahmen seit Anfang der neunziger Jahre etwa bei

der »Radikalen Linken« oder bei den »Ökologischen Linken« die Debatte über die »Kolonialmacht EG« auf.

Karl Rössel ist Mitarbeiter des Rheinischen Journalist/inn/enbüros

Konkret 12/93, S. 33

Werner Pirker

Verkehrte Welt, reales Rußland

Die politischen Frontverläufe in Rußland, die in den westlichen Medien als »rot-braune Allianz gegen Marktwirtschafts-Demokraten« nur verzerrt gezeichnet werden, klären sich: Demokratische Gruppierungen rücken nach links, und die braunen Bataillone marschieren mit Jelzin

Wer versucht, den gegenwärtigen Kampf um Rußland in einen Zusammenhang mit der großen weltanschaulichen Auseinandersetzung im Jahrhundert der Oktoberrevolution zu bringen, gewinnt unwillkürlich den Eindruck, als sei das große historische Drama von der Bühne abgesetzt und durch eine virtuose Verwechslungskomödie ersetzt worden. Die kommunistische Nomenklatura verlängert ihr Dasein, indem sie den Kommunismus bzw. die Vorstellung davon verbietet, wobei sie natürlich nicht deren »bessere Gestalt« der allgemeinen Verachtung preisgibt, sondern das, was sie selbst darstellte. Da aber die Gesellschaft ihr Erinnerungsvermögen nicht völlig eingebüßt hat, sie sich also noch recht gut der einstigen Parteiadministratoren entsinnt, die nun als marktwirtschaftliche Reformer nicht weniger zu »kurzen Prozessen« neigen als anno dazumal, sehen sich die stolzen Bezwinger des Kommunismus dem üblen Vorwurf des »Neobolschewismus« ausgesetzt.

Die Macht der Sowjets, die ursprünglich die Aufhebung der Gewaltentrennung beinhaltete, stand in dieser Auseinandersetzung für das rechtsstaatliche Prinzip des Nebeneinander von Exekutive und Legislative. Einer der letzten, der das zerschossene »Weiße Haus« verließ, weil er in der »Sowjetmacht« die vorgeschobenste Bastion der bürgerlichen Demokratie zu verteidigen glaubte, war der »Menschewik« Oleg Rumjanzew. Der Bolschewik Viktor Anpilow wiederum, Kommandant der »Roten Garden«, der dieses Parlament, das 1991 Jelzins kalten Putsch gegen die sowjetische Staatlichkeit sanktioniert hatte, als ein »bürgerliches« verachtete, verteidigte es als vorgeschobenste Bastion der Sowjetmacht. Demokraten entschieden sich für die Diktatur, die sie eine »demokratische« nennen, wohl wissend oder auch nicht, daß die Formel von der »demokratischen Diktatur (der Arbeiter und Bauern)« 1905 von Lenin geprägt worden war. Gennadi Sjuganows KP erklärt feierlich, daß Rußland sein Soll an Revolutionen längst erfüllt und sich endlich eine evolutionäre Entwicklung verdient habe. Die Monarchisten wiederum sehen im System der zentralen Planung die Inkarnation der »tausendjährigen russischen Staatlichkeit«. Der Militär und großrussische Nationalist Alexander Ruzkoj verstand sich, als er noch die »Bürgerunion« und nicht Anpilows rote bzw. Barkaschows braune Brigaden befehligte, als Baumeister der künftigen russischen »Zivilgesellschaft«. Verkehrte Welt, reales Rußland.

Der Faschismus dürfe nicht durchkommen, hieß es auf den Kundgebungen der »siegreichen Demokratie«, deren Teilnehmer wußten, daß sich unter den bewaffneten Verteidigern des Parlaments auch erklärte Faschisten wichtig machten. Um also den Anfängen zu wehren, müßten, so »zahlreiche Vertreter der demokratischen Öffentlichkeit«, die Fassungsräume der Stadien voll genutzt werden. »Eröffnen Sie die Hexenjagd, Herr Präsident!«, titelte der »Moskowski Komsomolez« auf Komsomolzenart und ganz ohne jede Ironie.

Auf der Suche nach der ideologischen Wasserscheide in diesem Land läuft der westliche Erkundungsreisende leicht Gefahr, sich in den russischen Weiten zu verlieren. Denn Rußlands Gesellschaft ist zwar stark polarisiert, aber nicht unbedingt in Rechts und Links. Die Anti-Jelzin-Front bündelt praktisch ein Widerstandspotential, das eine ganze Palette von Kräften umfaßt, die sich noch irgendwie gesellschaftlich artikulieren: Protagonisten der »sozialistischen Option« gegen die Kapitalisierung, Slawophile gegen das westliche Modell, »Zivilgesellschaftler« gegen die Autokratie, Pragmatiker gegen die unpragmatischen Theoretiker einer »idealtypischen Marktwirtschaft«, Etatisten gegen die Auflösung der Staatlichkeit. Jelzin und seine politische Klasse haben hingegen außer dem unmittelbaren Machterhalt keine langfristigen Perspektiven, die Marktwirtschaft betrachten sie als Selbstbedienungsladen, alleiniges gesellschaftliches Integrationsmittel ist die Korruption. In der Tat müßten längst die Zeichen auf Veränderung stehen. Doch die »allgemein-gesellschaftlichen Interessen«, die neurussischer Wirtschaftsbarbarei entgegengehalten werden, erweisen sich als reichlich abstrakt angesichts des marktwirtschaftlich vermittelten Überlebenskampfes, dem die Mehrheit unterworfen ist.

Im Grunde ist heutiges oppositionelles Denken immer noch von jenem ganzen ideologischen Plunder beherrscht, den das »Neue Denken« produzierte, bevor die KPdSU den Löffel abgab, wobei sie sich schon vorher nicht nur als Staatsstruktur selbst entmachtet, sondern auch als Weltanschauung zurückgenommen, das heißt dem Primat des »Allgemein-Menschlichen« unterworfen hatte. Letztendlich hielt sie es dann doch wieder mit der Breschnew-Doktrin von der »Partei des ganzen Volkes«, nun dazu berufen, dem Land den Weg zu einem »zivilisierten Kapitalismus« zu weisen, was vom realen Jelzinismus so gründlich blamiert worden ist.

Die Trennlinie, so der Vorsitzende der Kommunistischen Partei der russischen Föderation (KPRF), Gennadi Sjuganow, verlaufe zwischen jenen, die »unser Land« sagen und jenen, die über »dieses Land« reden. Sjuganows Patriotismus bezieht sich auf die russische Staatlichkeit, in deren tausendjähriger Geschichte, wie er bei jeder Gelegenheit doziert, sich eine spezifische Struktur herausgebildet habe, geprägt von einer starken Vertikale, die der Monarch und später das Politbüro verkörperten, und einer demokratischen Horizontale in der Gestalt der Dorfgemeinschaft, der Gemeinde, der

Kosakenversammlungen usw. Die Sowjetform der Volksmacht sei deshalb nicht von ungefähr in Rußland entstanden, im Jahr 1905, also noch vor der bürgerlichen Demokratie in Gestalt der »Duma«; im Grunde würden ihre Wurzeln sogar bis zur mittelalterlichen Nowgoroder Volksversammlung zurückreichen. Ihre Zerstörung sei daher gleichbedeutend mit der Vernichtung Rußlands. Sjuganow sah deshalb in der nun verbotenen »Front zur nationalen Rettung«, als deren Architekt er gilt, die Aufhebung der historischen Spaltung in »Rote« und »Weiße«. So widernatürlich dieser Block auch scheinen mag, hat er doch auch wieder eine gewisse innere Logik. Sie liegt in der »nationalen Idee der russischen Staatlichkeit«, die in einen direkten Gegensatz zur wilden Kapitalisierung und zum Kreml-Regime, welches die Interessen der Lumpen- und Kompradorenbourgeoisie vollziehe, gestellt wird. Das ergibt durchaus einen Sinn und hat nicht allein etwas mit sentimentalen Reminiszenzen an den »russischen Sonderweg« und sein spezifisches Wertsystem angesichts der mit Brachialgewalt hereinbrechenden »kapitalistischen Moderne« zu tun.

Die postkommunistischen Kommunisten sind gar nicht so weit entfernt von den dominierenden Strömungen im Massenbewußtsein. Sie sind nicht alt- und nicht neobolschewistisch. Der revolutionären Umbrüche sei längst Genüge getan, versichern sie, und auch mit der »Diktatur des Proletariats« wolle man gar nicht erst wieder anfangen. Die KPRF sucht ihren Platz im »linken Zentrum«. Linker Zentrismus, so Sjuganow, sei mit vier Begriffen zu umschreiben: Gerechtigkeit, Volkstümlichkeit, Staatlichkeit und Patriotismus. So stecken Rußlands rote Wertkonservative tiefer im ideologischen Sumpf des Postsozialismus, als ihnen bewußt sein dürfte. Nämlich dort, wo die versunkene »sozialistische Menschengemeinschaft« als Volksgemeinschaft wieder auftaucht. Der war aber gerade im Reform-Konzept die Aufgabe zugedacht, der kapitalistischen Transformation den Anschein eines Wohlstand für alle verheißenden kollektiven Aufbruchs zu verleihen. Denn anders ist ein über Jahrzehnte kollektivistisch konditioniertes Bewußtsein nicht auf Marktwirtschaftskurs zu bringen. Die Radikalität bei der Verfolgung privatistischer Interessen machte die Volksgemeinschaft aber von vornherein obsolet. Der Nationalismus wäre allerdings kein Nationalismus, würde er diesen Widerspruch nicht nationalistisch aufzuheben versuchen. Es sind dann eben die »volksfremden Elemente«, die all diese Widerwärtigkeiten verursachen und der sozialen Gerechtigkeit im Wege stehen. Verkehrte Welt: Während Boris Jelzin, der auf Erden gewichtigste Bettler, zum Kosmopolitismus verurteilt scheint und sich, jedenfalls bis zum September-Putsch, außerstande sah, den sozialen Protest nationalistisch zu kanalisieren, erhob sich die Opposition zum Hüter russisch-orthodoxer Rechtgläubigkeit.

Aus dem perestroikafeindlichen Flügel der KPdSU hervorgegangen, hält sich die KPRF auch nicht weiter mit der Entwicklung eines alternativen Sozialismus-Modells auf. »Ist der Jelzinismus einmal besiegt, die Sowjetmacht wieder intakt, die Lenkbarkeit der monopolisierten Wirtschaft wiederhergestellt, sind die Bande zwischen den Sowjetvölkern neu geknüpft und ist der Kampf zwischen den privatistischen und gesellschaftlichen Interessen zugunsten letzterer entschieden, was wäre das denn anderes als ›Sozialismus‹«? fragt Gennadi Sjuganow.

Von kühnen Perspektiven unbeirrt ist auch die »Sozialistische Partei der Werktätigen« (SPT) mit Ludmilla Wartasarowa als Vorsitzender und Roi Medwedjew als Gallionsfigur. Allerdings finden sich hier Haltungen und Positionen wieder, wie sie für die Gorbatschow-Perestroika kennzeichnend waren: Positionen eines »demokratischen, humanen Sozialismus«, der sich im Allgemeinen verliert und als »soziale Marktwirtschaft« wieder auftaucht. Die SPT gibt sich »europäischer« als die KP, weniger verhaftet im russischen »Tausendjährigen Reich« samt Staatssozialismus. Sie hat sich mit dem kapitalistischen Umsturz weder identifiziert noch verteidigt sie besonders engagiert das Andenken Lenins. Ihre Kader sind vom Typ jener »aufgeklärten« KPdSU-Funktionäre, welche den Übergang vom »Totalitarismus« zu einer »zivilen Gesellschaft westlichen Typs« nicht den antikommunistischen Systemgegnern überlassen wollten. Peinlich darauf bedacht, nicht den rabiaten Verlierern zugerechnet zu werden, ging sie deutlich auf Distanz zur »unversöhnlichen Opposition« und gleicht somit am ehesten den sozialdemokratisch gewendeten ehemaligen Staatsparteien in Osteuropa.

Historisch am wenigsten belastet ist die »Partei der Arbeit« (PT), ein Zusammenschluß von Linkssozialisten, Anarchosyndikalisten und eines Teils der ehemaligen »Marxistischen Plattform in der KPdSU«. Sie entspricht ziemlich genau westlichen Vorstellungen über eine »moderne Linke« und ist die einzige politische Bewegung, für die die Gewerkschaften überhaupt ein Thema sind. Dem ideologisch heterogenen Lager der »Gosudarstweniki« (Staatler) steht Rußlands »Neue Linke«, die in Boris Kagarlitzky einen eloquenten Sprecher gefunden hat, eher reserviert gegenüber. Ihr diesbezügliches Kurzplädoyer lautet: Weder mehr noch weniger Staat. Den Hauptunterschied zu den Etatisten sieht Kagarlitzky in der künftigen Organisation des staatlichen Sektors, nicht zentralistisch und bürokratisch, sondern auf Mitbestimmung und Selbstverwaltung beruhend. Sicher, der Sozialismus sei ohne Staat nicht zu bekommen, ebenso illusionär wäre aber auch, zum Staatssozialismus zurückkehren zu wollen. Nicht nur technisch, sondern auch »philosophisch«. Denn das jetzige Regime entstamme dem Breschnewschen »entwickelten Sozialismus« als dessen drastischere Variante. Kagarlitzky und einige seiner Mitstreiter haben einst führende Positionen in der »Moskauer Volksfront« und in der Bewegung »Demokratisches Rußland« eingenommen. Doch der linke Flügel, den sie dort bildeten, wurde sehr bald gestutzt und noch vor den August-Ereignissen vollständig amputiert. Denn nichts widersprach mehr der Logik des sich nun vollziehenden konterrevolutionären Umsturzes der Eigentumsverhältnisse als die von den linken Demokraten proklamierte »Basisbezogenheit«.

Basisbezogen agierte auch die »Vereinigte Front der Werktätigen«, allerdings auf der anderen Seite der Barrikade. Sie bildete die äußerste Opposition zur marktwirtschaftlichen Kehrtwendung der Perestroika, nachdem gerade sie die egalitären, die Macht den Arbeitskollektiven verheißenden Impulse der frühen Perestroika auf radikale Weise aufgegriffen hatte. Die daraus hervorgegangene »Russische Kommunistische Arbeiterpartei« (RKRP), obwohl dem Generalissimus auf ewig verbunden, ist deshalb auch eher rätekommunistisch als »stalinistisch«, Überbleibsel eines genuinen Arbeiterbewegungssozialismus, vor allem aber Auffangbecken der Verelendeten und Deklassierten. Die nun verbotene RKRP wollte wirklich alle Macht den Sowjets überantworten, die nicht nur die Staatsmacht, sondern die Grundstruktur der Gesellschaft zu bilden hätten. Am 3./4. Oktober stellten Anpilows Leute die »bewaffnete Vorhut der Arbeiterklasse«, Schulter an Schulter mit den Barkaschow-Einheiten, dem militanten Flügel des russischen Faschismus.

Boris Kagarlitzky gibt übrigens der vereinigten Links-Rechts-Opposition keine Zukunft, zumindest keine linke. Denn die rückwärtsgerichteten Elemente im russischen Denken, wie Staatskult, Nationalismus und Wertkonservativismus, die der bürokratische Sozialismus jahrzehntelang mitgeschleppt hatte, würden in einer solchen Vereinigung erst recht dominant sein. Die blutige Zäsur, die Jelzins zweiter Staatsstreich darstellte, könnte allerdings die bisherigen Konstellationen gründlich verändern.

Im Prozeß der Entmachtung des partokratischen Systems hatte der Jelzinismus die populistische Klammer zwischen den demokratischen Bestrebungen in der Gesellschaft und dem die politische Herrschaft anstrebenden neuen Unternehmertum gebildet. Dieser dem »demokratischen Block« immanente Widerspruch gelangte unmittelbar nach dem August 91 zur offenen Austragung. Die Privatisierung duldete keine demokratischen Spielregeln und schon gar keine Sowjets. In der Bildung der politischen Blöcke fand dies allerdings eine äußerst verzerrte Widerspiegelung: hier das demokratische, westlerische, prokapitalistische Lager, dort die »rot-braune Allianz«, der »Kommunofaschismus«, der freilich keinen überzeugenderen Hauptdarsteller haben könnte als Jelzin selbst. Spontaner Antikapitalismus verband sich mit dem Wunsch nach einer starken Staatsmacht und der Wiederherstellung des Imperiums. Der Präsident erschien umgekehrt als der Zerstörer Rußlands, als Betreiber aller nur denkbaren Desintegrationsprozesse.

Nachdem der Kreml aber nun das »sinnlose parlamentarische Geschwätz« abgestellt hat, womit er nicht zuletzt auch den Jelzinismus von unten bediente – auf »vielfachen Wunsch der Arbeitskollektive«, darunter der Schokoladenfabrik »Rot Front«, wurde deshalb auch der Ausnahmezustand um eine Woche verlängert – , kommt es zu einer sichtbaren Erosion in beiden Lagern. Demokratische Gruppierungen, die sich früher antikommunistisch artikulierten, rücken nach links. So ist die von Sacharow gegründete Menschenrechtsorganisation »Memorial« nun an der Seite der »besiegten Demokratie« zu finden. Instinktsicher hat auch ein Teil der braunen Bataillone den Frontwechsel zu einem autoritären Rußland vollzogen, das seine territoriale Integrität durch die Zerschlagung der örtlichen Selbstverwaltung herstellen und auch die Restsowjetunion heim ins russische Reich holen will.

Schirinowskis Partei »des äußersten Protests gegen das kosmopolitsch-liberale Modell« will künftig die Rolle einer »loyalen Opposition« spielen, und Pamjat-Chef Wassiljew hat dem Herrscher aller Reussen bereits seine uneingeschränkte Unterstützung zugesichert. Er und seine Schwarzhemden riechen förmlich den Braten: Neue Sündenböcke braucht die Macht. Chasbulatows »Tschetschenen-Mafia« zum Beispiel.

So sehr sich die russische Gesellschaft in den letzten Jahren auch verändert hat, die Nomenklatura ist ihr treu geblieben. Das eröffnet aber auch die Chance, daß sich der demokratische Widerstand von damals mit dem sozialen Widerstand von heute verständigt. Die Verbindung von Kapitalismus und autoritärem Staat, schrieb der liberale Publizist Dmitri Forman in der »Njesawisimaja Gazeta«, mache die Schaffung eines neuen »antiautoritären Blocks« unumgänglich. Die Sozialisten, fuhr er fort, die am deutlichsten die Protesthaltung gegen das Nomenklatura- und Spekulationskapital artikulieren, könnten so zu einer der Hauptstützen der allgemein-demokratischen Bewegung werden.

Werner Pirker schrieb in KONKRET 11/93 über Jelzins Staatsstreich

Konkret 12/93, S. 36

Gerhard Scheit

Faschismus verweht

Das Geheimnis seines Erfolges ist keines der vermeintlichen Qualität seiner Literatur. Er hat nämlich nur Schund produziert. Der aber entsorgt die deutsche Geschichte womöglich noch wirkungsvoller als die Historikerdebatte: Er macht sie genießbar. Ein Ausflug ins hundertjährige Reich Ernst Jüngers

Hat Deutschland in Ernst Jünger seinen kleinsten gemeinsamen Nenner gefunden? Wer sonst eignete sich so gut zur Allegorie des »ewigen Deutschen«, der das Jahrhundert verheerte und aus jedem Weltkrieg wie ein Phönix aus der Asche stieg; wer sonst kann sich rühmen, von Helmut Kohl und Heiner Müller gleichermaßen geschätzt, als Ziel ihrer Pilgerschaft auserkoren zu sein? Während der Kanzler, auf den Spuren Goebbels', Adenauers und Lübkes wandelnd, mit Jünger gerne in gemütlicher Atmosphäre über das Sammeln von Käfern plaudert – die »FAZ« wird davon regelmäßig zu einem Feuilleton inspiriert – , findet der Dramatiker, der immerhin an Brechts Beziehungen zu den »linken Leuten von rechts« anknüpfen kann, Zugang über eine andere Liebhaberei des Dichters: »Wir hatten einen echten Kontakt als Katastrophenliebhaber, auch später beim Essen.« Rudolf Augstein schließlich sorgte jüngst im »Spiegel« – anläßlich der Publikation von Jüngers drittem Tagebuchband – für eine geradezu mathematisch ausgewogene Sicht des neuesten und aller vergangenen Werke des Achtundneunzigjährigen: »Schon seine Kriegstagebücher zeichneten sich positiv und negativ dadurch aus, daß die Ästhetik das Grauen des Krieges bei weitem zunichte machte.«

Doch Ernst Jünger gilt merkwürdigerweise noch immer als »umstrittener Autor« – und besonders in diesem Jahr: Als Kanzler Kohl und Präsident Mitterrand ihn am 20. Juli besuchten, meldete die »Zeit« Bedenken an; als »Sinn und Form« einen Text von ihm veröffentlichte, protestierte schärfstens Walter Jens; als er die Biennale in Venedig eröffnete, sprach Pierre Bourdieu es aus, wie das Kind im Märchen von des Kaisers neuen Kleidern: »ein großes intellektuelles Ereignis« mit einem »faschistischen Text«!

Es sind vor allem Moralisten, die sich zu Wort melden und gegen den amoralischen Käfersammler und Wehrmachtshauptmann i.R. zu Felde ziehen. Eben ihr Kategoriensystem bringt er durcheinander oder stellt es zumindest in Frage – was ist links, was ist rechts, was gut, was böse? Ernst Jünger verlangt von seinen Gegnern mehr als den bloßen Protest, und wer – außer Walter Jens – kann es sich heute leisten, seine Herausforderung nicht anzunehmen?

»Nur als ästhetisches Phänomen ist das Dasein und die Welt ewig gerechtfertigt«: Ernst Jüngers gesamtes, in über siebzig Jahren produziertes literarisches Werk folgt dieser Maxime Nietzsches wie keiner anderen. Von den Tagebüchern aus dem Ersten Weltkrieg, von der »philosophischen« Konzeption des »Arbeiters« als dem Überwinder der Bürgerwelt, vom antisemitischen Essay *Nationalismus und Judenfrage* bis zu dem als Werk des Widerstandes rezipierten Text *Auf den Marmorklippen* und zu den Eindrücken aus der Welt der Insekten und des Reisens in den späten Tagebüchern: Stets ist es ihm darum zu tun, ein Phänomen zu ästhetisieren, um sich der Erkenntnis möglicher Kausalitäten ebenso zu entziehen wie den Anforderungen etwelcher moralischer Maßstäbe. Was bei den Käfern von verschwindend geringer Bedeutung ist und nur den naturwissenschaftlichen Wert von Jüngers Studien trübt, erhält politische Brisanz, sobald das Auge des Ästheten sich gesellschaftlichen Vorgängen zuwendet – und dort ruhte es beharrlich: »Im März 1921 wohnte ich dem Zusammenstoße einer dreiköpfigen Maschinengewehrbedienung und einem Demonstrationszuge von vielleicht fünftausend Teilnehmern bei, der eine Minute nach dem Feuerbefehl spurlos von der Bildfläche verschwunden war. Dieser Anblick hatte etwas Zauberhaftes. Er rief jenes tiefe Gefühl der Heiterkeit hervor, von dem man bei der Entlarvung eines niederen Dämons unwiderstehlich ergriffen wird.«

Die Ästhetisierung der Gewalt, die Jünger betreibt, hat einen geschlechtlichen Kern: Der »Kampf« wird als »männliche Form der Zeugung« begriffen und beschrieben, er entfesselt die »Wollust des Blutes..., an grenzenlosem Schwunge nur der Liebe verwandt«. »Der Krieg ist ebensowenig eine menschliche Einrichtung wie der Geschlechtstrieb... Wir dürfen ihn nicht leugnen, sonst wird er uns verschlingen.« Der große Vorteil aber des Krieges gegenüber der Liebe, wie Jünger sie versteht und zuläßt, ist der, daß er ohne Frauen vonstatten gehen kann. »Jünger hat vor nichts Angst als vor Frauen«, berichtet Heiner Müller vom Rendezvous in Wilflingen.

In den zwanziger Jahren entwickelte Jünger aus solcher Ästhetisierung der Politik ein nationalistisches oder, wie man es damals nannte und heute vielfach wieder nennt, nationalrevolutionäres Programm. Mit dem Buch *Der Arbeiter. Herrschaft und Gestalt* (1932) und dem Essay *Die totale Mobilmachung* (1930) hat Jünger nicht wenig zur geistigen Mobilisierung des deutschen Faschismus beigetragen, auch er selbst hat es später nicht geleugnet. Totale Mobilmachung bedeutet, daß alle Kräfte »von einem dämonisch aus allen Schichten auflodernden Glauben an Volk und Vaterland verschlungen« werden, und »jeder anders Fühlende muß mit dem Brandmal des Ketzers behaftet und ausgerottet werden«. Oberstes Prinzip ist das Blut, es »hat seine eigenen Gesetze, und es verschafft sich ein besonderes Recht, das allen denkbaren Arten des Rechts überlegen ist«.

Noch der Antisemitismus Jüngers, der vor 1933 deutlich zutage trat und dann verschwand, verdankte sich ursprünglich jenem »heroischen Pathos der Distanz«, mit dem die Welt ästhetisiert wird: Jünger erschuf sich im »Juden« das Gegenteil, welches er benötigte, um sich selbst definieren zu können: Der Jude »bedarf für seine Rhetorik, die schon deshalb immer ethische Struktur besitzt, weil sie keine heroische besitzen kann, einer Grundstimmung, die als das umgekehrte Pathos der Distanz bezeichnet werden kann. Daher ist er auf Verfolgung, auf Antisemitismus angewiesen, ebenso, wie nach einer richtigen Bemerkung das Ghetto eine jüdische Erfindung ist.«

In seinem Aufsatz *Nationalismus und Judenfrage* von 1930 kritisiert Jünger von solchen Voraussetzungen aus »den Mangel an Folgerichtigkeit ..., die dem Antisemitismus der nationalen Bewegungen, die sich als revolutionär bezeichnen, eigentümlich ist. Auch wenn man von jenen Sekten absieht, die aus der Negation eine Weltanschauung machen, wird man durch den Mangel an Instinktsicherheit überrascht, aus dem heraus der Stoß gegen den Juden zwar oft unter großem Aufwand, aber immer viel zu flach angesetzt wird, um wirksam zu sein.« Jünger geht es darum, den Kampf gegen den Liberalismus mit dem gegen die Juden untrennbar zu verbinden, und er liegt hierin ganz auf der Linie, die von Ritter von Schönerer und Hofprediger Stöcker zu Hitler führt; er grenzt sich sogar vom italienischen Faschismus ab, weil dieser nach seinen Begriffen zu wenig antisemitisch war. Man kann also gut verstehen, daß die Nationalsozialisten ihm 1927 einen ihrer Reichstagssitze anboten: »Um gefährlich, ansteckend, zerstörend« werden zu können, war für »den Juden« ein Zustand nötig, »der ihn in seiner neuen Gestalt, in der Gestalt des Zivilisationsjuden überhaupt möglich machte. Dieser Zustand war durch den Liberalismus, durch die große Unabhängigkeitserklärung des Geistes geschaffen, und er wird auch durch kein anderes Ereignis als durch den völligen Bankrott des Liberalismus wieder zu beenden sein. Jeder Angriff auf den Zivilisationsjuden aber aus dem liberalistischen Raume heraus ist verfehlt, denn selbst dort, wo er Erfolg haben wird, gliche seine Bedeutung lediglich einer äußerlichen Desinfektion... So ist es kein Zufall, daß der italienische Faschismus mit dem Zivilisationsjuden auf gutem Fuße steht, denn der Faschismus ist unzweifelhaft nichts als ein später Zustand des Liberalismus... Für Deutschland aber ist der Faschismus ebensowenig wie der Bolschewismus gemacht, sie reizen an, ohne daß sie befriedigen werden, und man darf von diesem Lande schon hoffen, daß es einer eigenen und strengeren Lösung fähig ist.«

Als diese Lösung sich schließlich anbahnte, zeigte es sich, daß Jüngers Ästhetizismus gewissermaßen noch über den »Gesetzen des Blutes« stand. Die Nazis fanden in ihm einen windigen Anhänger: einen distanzierten Mitläufer. Und seine Distanz war größer als die manch anderen Vertreters dieses Typus, etwa Martin Heidegger. Schon jenes nationalsozialistische Reichstagsmandat hatte er abgelehnt, und 1933 verzichtete er auf die Wahl in die nazifizierte Deutsche Akademie. Jünger verkörperte bald die einzig mögliche Form von öffentlichem Widerstand im Dritten Reich: Er durfte publizieren und er publizierte. Seine symbolische Ausdrucksweise war vieldeutig genug, um von einigen, nicht wenigen, als Widerstandsgestus gedeutet zu werden und andererseits sich nicht festzulegen. Der Oberförster in den *Marmorklippen* (1939) galt vielen als Hitler, doch er ließ sich zur Not auch als Stalin deuten: Er besitzt einen »Hauch von alter Macht«, »fürchterliche Jovialität«, »Ausdruck von List und unerschütterlicher Kraft – ja zuweilen von Souveränität«.

Kritiker und Verehrer nannten Jünger einen Dandy und haben damit vielen Dandys Unrecht getan, kommt es doch wesentlich darauf an, in welcher Gesellschaft einer ein Dandy ist. Jünger war vielleicht der einzige Schriftsteller, der dem Nationalsozialismus gegenüber sich als Dandy verhielt. (Arnolt Bronnen, der eine ähnliche Haltung anstrebte, scheiterte – vermutlich weil er seine »arische« Abstammung nicht überzeugend nachweisen konnte und für Rosenberg eine gefährliche Handhabe im Kampf gegen Goebbels bot.) So werden auch die Wandlungen Ernst Jüngers verständlich: Es waren keine »moralischen Läuterungen« oder »politischen Besserungen«. Ästhetisierung war ihm von Anfang an wichtiger als jede Weltanschauung, jede Moral und jede Politik; der Nationalismus und der Antisemitismus, die Treue zum starken Staat und der Kampf gegen die Demokratie wurden ihr untergeordnet. Für die Wirksamkeit eines sprachlichen Bildes war er bereit, eine Weltanschauung aufzugeben oder zu wechseln: Neben dem Soldaten fand der Arbeiter Platz, bald aber auch der Widerstandskämpfer.

In Deutschland und außerhalb Deutschlands wurden die *Marmorklippen,* die 2. Fassung des *Abenteuerlichen Herzens* und die neuen Kriegstagebücher als Versuch einer »inneren Emigration« gelesen und als Gegengift gegen die offizielle Literatur im Dritten Reich begriffen. So läßt sich erklären, warum Alfred Andersch und Erich Fried, Alexander Mitscherlich und Rolf Hochhuth, Helmut Heissenbüttel und Jean Améry dem Autor mit Anerkennung oder zumindest wohlwollend gegenübertraten. Heissenbüttel hat später die Widerstandshaltung Jüngers als Pose empfunden: Die Berichte von der Ostfront ließen ihn an einigen Stellen skeptisch werden, sie schienen ihm »angesichts der Realität im besetzten Rußland 1942 zuviel an stilistischer Distanz, ja fast ein Umschlag in Kitsch... Schon indem ich meine einstige Identifikation mit der heroischen Geste Ernst Jüngers zu befragen beginne, muß ich zugeben, daß bereits in der Einnahme dieser Geste die Attitüde lag und daß bereits diese das stillschweigende Einverständnis mit Taktik und Strategie des Nationalsozialismus bedeutete. Ernst Jünger ist so eher auf einer Linie zu sehen mit Albert Speer oder dem Großadmiral Dönitz als mit irgendeinem vergleichbaren Schriftsteller.«

Das Ziel, eine Herrenrasse zu züchten, oder im postfaschistischen Jargon: eine Elite, das Jünger in verschiedenen und nicht nur deutschnationalen Variationen vorschwebte, ist selbst aus jener Haltung abgeleitet, die sich alles zum ästhetischen

Genuß zurichtet, wie ja auch für Nietzsche die Zuschauerrolle ihrem Ursprung und eigentlichen Wesen nach Herrenrolle ist, namentlich im Falle der Grausamkeit, die als »Herrenrecht« und zugleich stärkstes Motiv der Schaulust gilt: »Jedes Übel ist gerechtfertigt, an dessen Anblick ein Gott sich erbaut.« Der Gott ist natürlich das Subjekt des Autors, und seiner maßlosen Egozentrik haben sich auch die politischen Führer unterzuordnen. Sie mögen ihre Grausamkeiten veranstalten, für den faschistischen Dandy sind sie doch nur Werkzeuge seiner Schaulust.

Auch die Passagen, die in den *Marmorklippen* über die Gewalttaten im Reiche des Oberförsters geschrieben wurden und die vielfach auf die Wirklichkeit nationalsozialistischer Verfolgung bezogen wurden und werden, sind weniger auf eine Widerstandshaltung als auf den Genuß des Schreckens aus: Als der Erzähler sich der Marterstätte »Köppelsbleek« nähert, wo das »Waldgelichter« unter der Leitung des Oberförsters den Brauch des Kannibalismus praktiziert, hört er, »wie zur Begleitung, im Tannicht den Wind sich wiegen, so daß die bleichen Schädel an den Bäumen im Chore klapperten. Auch mischten sich in sein Weben das Schwingen der Haken und das Kraspeln der dürren Hände an der Scheuerwand. Das klang so hölzern und beinern wie im Reich des Todes ein Marionettenspiel. Zugleich trieb mit dem Winde ein zäher, schwerer und süßer Hauch von Verwesung an, der uns bis in das Mark der Knochen erzittern ließ. Wir fühlten, wie in unserem Innern die Lebensmelodie auf ihre dunkelste, auf ihre tiefste Saite übergriff.« Sie mitsingend, findet der Erzähler zurück zum Kult seines eigenen Subjekts: »Nur die Höchsten, die mit uns leben, dringen bis in den Sitz des Schreckens ein. Sie wissen, daß alle diese Bilder ja nur in unserem Herzen leben, und schreiten als durch vorgestellte Spiegelungen durch sie in stolze Siegestore ein. Dann werden sie durch die Larven gar herrlich in ihrer Wirklichkeit erhöht.«

Die nach 1945 publizierte politisch-programmatische Schrift *Der Friede*, die Jünger 1941 »in ihren Grundzügen entworfen« und 1943 fertiggestellt haben will, erscheint wie eine Extrapolation der *Marmorklippen*: Die Beschreibung der Grausamkeiten dieses Krieges läßt dahingestellt, ob es sich um solche der Deutschen oder ihrer Feinde handelt: »Wenn wir den Blick auf diese Marterstätten wenden, so sei er offen und voll gerechter Kraft. Dort war das Lemurengesindel tätig, das seine grauenhaften Künste im Dunkeln treibt. Und wir erlebten die künstliche Entrüstung anderer Lemuren, die an die Luderplätze kamen, um das Verscharrte auszugraben... Die spielten die Kläger nur, um daraus für sich das Recht zu niederer Rache abzuleiten...« Einerseits spricht Jünger Deutschland von der Kriegsschuld frei – mit ähnlichen Argumenten übrigens wie heute Ernst Nolte – , andererseits hält er an der Auffassung fest, der Krieg sei »die große Schmiede der Völker, wie er die der Herzen ist«, und behauptet die absolute Notwendigkeit des Weltkrieges, damit der Weltfriede einkehren könne. Nichts muß darum zurückgenommen werden, nicht der Begriff der »totalen Mobilmachung«, nicht die Verherrlichung des Krieges, die Mythisierung des Arbeiters als Soldaten, nicht einmal der Antisemitismus, denn Juden gibt es keine mehr: Sie werden in Jüngers Friedenstext mit keinem Wort erwähnt. Rechnet er etwa damit, daß auf den »Marterstätten« die Endlösung erfolgreich abgeschlossen wurde?

Im »Spiegel«-Gespräch von 1982 fragt Jünger schließlich: »Zu wieviel Prozent haben die Nationalsozialisten auch recht gehabt?« Und über die Judenverfolgung meint er, sie war »absolut schädlich – auch im volkswirtschaftlichen Sinn. Wenn ich an die ungeheuren Mengen von Wagen, von Güterzügen, Truppen und so weiter denke, die dafür benötigt wurden, das war doch irrsinnig.« Der Begriff des Massenmörders hingegen fällt in anderem Zusammenhang: »Mir wäre es lieb, wenn es keine Atommeiler gäbe, schon der Insekten wegen. Sehen Sie, ich kam hierher nach Wilflingen, was war da für ein Reichtum auf der Flur. Meine Käfersammlung ist beinahe paläontologisch geworden. Aber die Massenmörder haben Vorrang; denn über Insekten befindet das Landwirtschaftsministerium.«

Jünger selbst bezeichnet sich im Alter als »Anarch« – und gibt damit zugleich ein treffliches Selbstporträt des gealterten deutschen Dandys: »Ein Anarch kann alles sein, zum Beispiel der größte Spießbürger, der an seinem Schreibtisch sitzt und sagt: ich mache alle diese Sachen mit, weil es für mich am bequemsten ist. Oder einer, der sich über alles mokiert. Aber er ist kein Anarchist, der die Welt verbessern will und Attentate macht.«

Diese Unterscheidung war und ist manchmal allerdings schwer zu treffen – für die einen wie für die anderen. Bekanntlich verkehrte Ernst Jünger in der Weimarer Republik nicht nur mit Josef Goebbels und Carl Schmitt, sondern auch mit Bertolt Brecht und Erich Mühsam. Er gehörte wie sein Bruder Friedrich Georg, wie Otto Strasser und Ernst von Salomon, Gottfried Benn und Ernst Niekisch zu jenem schillernden Kreis von Intellektuellen, der wie die geistige Parallelaktion eines von KPD und NSDAP gemeinsam organisierten Streiks anmutet. Das Epitheton ›schillernd‹ ist hier nicht, wie so oft, eine politische Verlegenheitslösung, sondern der präzise Terminus. Denn es war eben jene Ästhetisierung der Politik, die als gemeinsame Plattform diente. Die klare Trennung, die Walter Benjamin 1934 zog, als er den Begriff prägte, hat leider nie existiert – sie selber ist vielmehr bereits eine politische Korrektur, die Benjamin unter dem Eindruck von Hitlers Erfolgen vornahm: »Der Faschismus läuft folgerecht auf eine Ästhetisierung des politischen Lebens hinaus... Alle Bemühungen um die Ästhetisierung der Politik gipfeln in einem Punkt. Dieser eine Punkt ist der Krieg... ›Fiat ars – pereat mundus‹ sagt der Faschismus und erwartet die künstlerische Befriedigung der von der Technik veränderten Sinneswahrnehmung, wie Marinetti bekennt, vom Kriege. Das ist offenbar die Vollendung des l'art pour l'art... So steht es um die Ästhetisierung der Politik, welche der Faschismus betreibt. Der Kommunismus antwortet ihm mit der Politisierung der Kunst.«

Die Antwort blieb aus. Innerhalb der kommunistischen Bewegung folgte man eher dem Konzept von Jüngers *Arbeiter*, das schon Karl Radek für den Leninismus entdeckt zu haben glaubte. Während nach außen hin die Volksfrontparole ausgegeben wurde, um bürgerliche Bündnispartner zu gewinnen, betrieben der dem Proletkult nachfolgende Sozialistische Realismus und die interne politische Propaganda ungebrochen die Ästhetisierung; der Arbeiter als mythische Figur wurde nur mit neuen, naturalistischen Mitteln dargeboten: als sozialistischer Held. Und in den Massenorganisationen wurde dafür gesorgt, daß die Arbeiterklasse durchweg ein soldatisches Aussehen erhielt.

Die Ästhetisierung der Politik fungierte auf beiden politischen Seiten als emphatisches Einverständnis mit der Modernisierung – einerlei unter welchen ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen sie auch stattfindet; gerade die Gleichgültigkeit diesen Bedingungen gegenüber erforderte die Ästhetisierung. Im genauen Gegensatz zur präfaschistischen Heimatliteratur mit ihren romantisch-konservativen, der Industrialisierung feindlich gesinnten Zügen feierte man damit die Durchsetzung der technischen Modernisierung, die Zuspitzung der Krise, die Zerstörung vormoderner Lebensweisen – das Einverständis wurde als Pose kultiviert. »Was fällt, das soll man auch noch stoßen« – so lautete die Devise. Das Bürgertum wie die Arbeiter, die Technik wie der Krieg oder die Revolution wurden dabei als ästhetische Kategorien fetischisiert: »Bürgertum« bezeichnete viel eher einen bestimmten Geschmack und ein Gefühl der Sekurität denn die Eigentümer von Produktionsmitteln oder die Aneigner des Mehrwerts; »Arbeiter« und »Soldat« konnten nur darum ineinander aufgehen, weil beide als Gegenpart eines solchermaßen verstandenen Bürgertums inthronisiert wurden: Nicht die Lohnarbeit und nicht die Produktion von Gebrauchswerten galt als Bestimmung, sondern ein abstraktes, mehr gefühltes als gedachtes Telos der Kollektivität. Fanden gesellschaftliche oder ökonomische Begriffe dennoch Beachtung, so nur an untergeordneter Stelle: »Denn ich sehe mit andern Augen als Marx, der in allem ein Spiel ökonomischer Kräfte erblickt, während ich glaube, daß schon etwas mehr als Ökonomie dahinter steht.«

Dieses mythische Surplus, das Jünger 1930 produzierte, verband die linken Leute von rechts mit den Ästheten von links. Ungefähr in der Mitte dieser außerparlamentarischen Sitzordnung befand sich Ernst Niekisch, der Jüngers *Arbeiter* als bedeutendste Erscheinung des Jahres 1932 pries, da sie »eine von allem Marxismus freie Philosophie einer Art von deutschem Bolschewismus« vertrete – zur gleichen Zeit veröffentlichte er sein Buch *Adolf Hitler. Ein deutsches Verhängnis.* Im Unterschied zu Jünger suchte er die offene Konfrontation mit den Nazis; und angeblich half ihm Jünger dabei, den Verfolgern zu entkommen. Später wurde Niekisch Mitglied des Zentralkomitees der SED, wobei er weiterhin Ernst Jünger als geschworenen Feind des Bürgertums schätzte und seinen Genossen klarzumachen versuchte, wie nahe sie ihm doch stünden, ohne es zu wissen.

Arnolt Bronnen exhibierte mit besonderer Leidenschaft den sexuellen Kern dieses mythischen Surplus. Sein linker Nationalismus tobte sich noch mehr als der Jüngers in Männerphantasien aus. In den *Rheinischen Rebellen*, die nicht lange nach der Wiedervereinigung auf Frank Castorfs Volksbühne erneut in Szene gingen, erlebt die weibliche Hauptfigur buchstäblich einen nationalen Orgasmus: »Sehnsucht hat mich besessen gemacht, Sehnsucht nach Deutschland, ich fuhr durch Deutschland, habe Deutschland gesehen, ich trank das Land, Dörfer betäubten mich, Städte kamen über mich wie rote Stiere, Berge drängten in meinen Leib... alles war eins, alles war Deutschland, Sehnsucht, Größe und Süßigkeit... Ich verstehe nichts von Politik... aber als ich hörte, daß Deutschland untergehen soll, als ich von Verrat hörte, von Abfall, von Verhöhnung und Tritten, da wurde ich rasend... man soll uns nicht zerreißen. Wir lieben uns doch. Man soll uns nicht trennen... ich möchte siegen. Es drängt mich vorwärts, es schlägt in mir unaufhörlich Musik. Schon höre ich den Tritt der deutschen Regimenter heran. Schon höre ich die Signale des deutschen Sturms. Ich sehe weithin das Reich von Kolonnen voll Rauch voll Erhebung.« (Inwieweit die Inszenierung der Volksbühne Skins zu neuen Taten inspiriert haben mag, kann ich nicht beurteilen.) Arnolt Bronnen fand nach 1945 – wie Niekisch – den Weg in die kommunistische Bewegung. Auch seine Einschätzung der frühen »nationalrevolutionären« Bestrebungen bleibt schillernd. »Ich war Faschist, mehr noch war ich Anarchist.«

Bertolt Brecht hat mit Arnolt Bronnen, der sein früher Weggefährte und enger Freund gewesen war, öffentlich nicht gebrochen – auch nicht, als dieser Goebbels näher stand als ihm. Auch ist Brechts eigene Darstellung des Krieges und des Kampfes in manchen seiner Stücke aus den zwanziger und frühen dreißiger Jahren von Jüngers *Arbeiter* nicht so weit entfernt, wie man meinen möchte. Die Zerstörung des bürgerlichen Individuums als ästhetische Demonstration scheint ihm noch in den Lehrstücken wichtiger gewesen zu sein als die Politik selbst. Doch war Brecht immer unempfänglich für den Nationalismus – und angesichts des etablierten nationalsozialistischen Systems hat er begonnen, sein episches Theater zur Entästhetisierung der Politik zu nutzen; man vergleiche nur die Perspektive des Krieges in *Mann ist Mann* mit jener in der *Mutter Courage*. So ist Brecht auch hier eine Ausnahme, Benjamin nannte ihn den »Spezialisten des Von-vorn-Anfangens«. Seine Bedeutung liegt nicht zuletzt darin, daß er sich beim Von-vorne-Anfangen – wenn auch stillschweigend – von den linken Leuten von rechts entfernt hat.

Jenes Bürgertum, gegen das Ernst Jünger und Gottfried Benn, Bertolt Brecht und Arnolt Bronnen, Walter Benjamin und Carl Schmitt einstmals gemeinsam antraten, und dessen ausgeprägteste Gestalt sie in Thomas Mann zu erkennen glaubten, ist längst verschwunden. So wäre denn die alte wie die eben erschienene Literatur von Ernst Jünger, des Spezialisten des Nicht-mehr-Aufhörens, ein Leitfossil der zwanziger Jahre. In der Geschichte der Ideologien aber lassen sich Fossile zum

Leben erwecken, wenn sie dringend gebraucht werden. Und Deutschland hat Jünger offenbar nötig (wie übrigens Österreich Karl-Heinrich Waggerl). Jüngers Literatur entsorgt die deutsche Geschichte auf andere, womöglich sogar wirkungsvollere Weise als die Historikerdebatte: Sie macht sie genießbar. Und sie erlaubt es sogar – mit dem Pathos der Distanz – die deutsche Vergangenheit mit der deutschen Zukunft zu verbinden: Wer erkennt nicht in den Anschlägen auf Flüchtlingsheime eine gewisse Ästhetik, die den Anschlägern wichtiger ist als die Treue zu irgendeinem Staat? »Abfackeln« paßt nicht schlecht ins Jüngersche Vokabular.

Gerhard Scheit schrieb in KONKRET 10/93 über linke Untergangstheorien

Konkret 12/93, S. 38

Pierre Bourdieu

Allzu fein

»Das ist fein, was? Es hat etwas von prophetischer Vision an sich. Fuit Ilium! Die Zerstörung des windigen Troja. Königreiche dieser Welt. Die Herren des Mittelmeeres sind heute Fellachen.
«James Joyces, Ulysses

Das ist allzu fein. Man glaubt zu träumen. Der Katalog der 45. internationalen Kunstausstellung in Venedig beginnt mit einer Vorrede Ernst Jüngers, in der der alte Ästhet – der alles hinter sich hat, nur nicht sein Verständnis für Nazitum und Antisemitismus – seinen politisch-metaphysischen Plunder ablädt, der schönsten Tage aus den dreißiger Jahren würdig: mythische Figuren auf Antik, Götter und Titanen, obligate Referenzen des konservativ-revolutionären Kultus, Nietzsche und Heidegger, Tolstoj und Hölderlin, Schopenhauer und Spengler, Götterdämmerung und Untergang der Titanic, aber auch kritische Einteilungen, Cuviersche Konstanz versus Darwinsche Evolution, Zeitlosigkeit der vorindustriellen Symbole (und der Nation, mit ihrer Tradition und ihren »Landschaften«) versus Zeit der Technik, deren Neuerungen »Kriege und Wanderungen hervorrufen«. Diese Ästhetik der Politik, die umstandslos der Esoterik eines »magischen Realismus« verfällt, wie es heißt, darauf verpflichtet, die tiefe Wirklichkeit der nationalen Mystik unter den unbeständigen Erscheinungen des Augenblicks zu fassen – diese Ästhetik der Politik vollendet sich naturgemäß in einer Politisierung des Ästhetischen: Der Kult des Kunstwerks ist die Vollendung des »Gestaltwandels«, der am Ende einer »Entstellung des Scheins, durch den hindurch die Götter verehrt werden«, zur Gründung neuer Heiligtümer geführt hat. Wie die alten Tempel, deren Platz sie eingenommen haben, sind die hehren Orte des Kults um die Kunst »Wallfahrtsziele, Gelegenheiten für Feste, Opfer und Sammlung«. Man könnte es nicht besser sagen, und Achille Bonito Oliva mag zufrieden sein!

Gäbe es Jünger nicht, so hätte Hans Haacke ihn ganz ohne Zweifel erfunden ... Denn was wäre außergewöhnlicher und zugleich notwendiger, wenn nicht jene »totale Begegnung« (die auch nach Jüngers Definition »Leib und Leben« aufs Spiel setzt) zwischen der Vergangenheit, die der militaristische Vorsänger eines revolutionären Nationalismus wie gegen seinen Willen heraufbeschwört, und jener anderen, die der kritische Künstler in ihrer exemplarischen Aktualität von Neuem an den Tag holt. Indem er der zwanghaften Wiederholung abgedroschenster Themen aus dem gängigen Kreis des Elitären mit heroischen Ambitionen erliegt, dem sich ein gewisser Kult um die Kunst ganz selbstverständlich einschreibt, ruft der Autor des *Arbeiters* (Lieblingstext von Heidegger und zweimal im Vorwort des Katalogs erwähnt) für alle, die lesen können*, nicht bloß die Vergangenheit in Erinnerung, wie es heutzutage alle Kommentatoren tun, sondern die aktuelle Gegenwart der Vergangenheit, die Präsenz des Vergangenen in der lebendigen Gegenwart.

Damit trifft er ganz genau die Intention Hans Haackes, der die Zurückstellung des Vergangenen in die Erinnerung zur kritischen Infragestellung der Gegenwart umwandelt, indem er dem alten Dekor einige winzige, aber entschiedene Veränderungen zufügt: Einerseits schlägt er Kapital aus der ultra-realistischen Suggestivkraft der Photografie und installiert so am Eingang des Stands, der ihm für seine Ausstellung zugewiesen war und den er in seinem ursprünglichen Zustand als Bauwerk der dreißiger Jahre belassen hatte, die lebensgroße Photographie von Hitler bei dessen Besuch der Biennale von 1934, errichtet also den damit zum Ausstellungsobjekt gewendeten Ausstellungsort wieder in seiner ersten Bedeutung und Funktion; andererseits ersetzt er – stets mit derselben Ökonomie der Mittel, der sich die künstlerische Wirkung zu so großem Anteil verdankt – den Reichsadler, der den Eingang krönte, durch eine vergrößerte Reproduktion der alleinherrschenden Mark, deren Gesetz bis in die Welt der Kunst hineinreicht, und ruft damit die Hegemonie der wiedervereinigten großen Nation ins Gedächtnis, die auch von Hitler behauptet wurde (von demselben Hitler, der, wenn man dem trefflichen Jünger Glauben schenken darf, sein endgültiges und heute ausgelöschtes Scheitern nur »seinem Charakter« zu verdanken hätte).

Diese befreiende Beschwörung löst die Fesseln der Gegenwart, die in der Vergangenheit eingeschlossen ist – und die das bloße Gedenken darin gefangen läßt. Sie zwingt zur Auseinandersetzung mit all dem, was die scheinbar tote und begrabene Vergangenheit über die Gegenwart mitteilt; mit all dem, was sich zuweilen auch – wenn man nur richtig hinhört – in den gegenwärtigen Worten und Handlungen derjenigen mitteilt, die um den Preis einiger opportunistischer »Gestaltwandel« (wobei die nunmehr zensierten Juden oder Israel mit einigen seltsamen Lapsus den Fellachen oder dem Islam ihren Platz überlassen) immer und immer und mit demselben Erfolg bei den Gläubigen die alten Litaneien wiederholen können – jene alten unverwüstlichen Litaneien des Kults, den die (abendländische) »Elite« stets mit sich selbst betrieb, nicht zuletzt im Kultus des Künstlers und des Kunstwerks.

Pierre Bourdieu ist Professor für Soziologie am Collège de France

Aus dem Französischen von Joseph Vogl

* Sie sind zweifellos sehr rar, ebenso diejenigen, die verblüfft waren über all die Ehren, mit denen die höchsten – sozialistischen – Autoritäten der Französischen Republik Ernst Jünger überschüttet haben; siehe die Auflistung bei Lionel Richard (»Un timbre à l'effigie de Jünger?...«, in »Le Jour«, Nr. 58, 5./6. Juni 1993).

Konkret 12/93, S. 42

Karl Heinz Roth

Ein Stifter als Brandstifter

Die Hamburger Machtelite nahm Abschied von Alfred C. Toepfer, einem einflußreichen völkischen Großkapitalisten

Am 8. Oktober starb der Hamburger Großkaufmann und Großstifter Alfred C. Toepfer im Alter von 99 Jahren. Schon einen Tag später publizierte die Regionalpresse in ganzseitigen Artikeln die Nachrufe der hanseatischen Politiker, Wirtschaftsverbände und Wissenschaftsbürokraten. Ex-Kanzler Helmut Schmidt verneigte sich vor Toepfer als einem »Patrioten«, der »aber immer zugleich – auch in der Nazizeit – von klarer europäischer Gesinnung« gewesen sei.1 Die Handelskammer feierte Toepfer als eine Persönlichkeit, bei der erfolgreiches »Unternehmertum« auf hervorragende Weise mit der »Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwohl« harmoniert habe. Der ehemalige Universitätspräsident Peter Fischer-Apelt sah in ihm einen europäischen Visionär, der aufgrund von zwei Weltkriegserfahrungen »unbeirrbar den Weg der Aussöhnung zwischen West und Ost« gegangen sei, und der derzeit amtierende Universitätspräsident Jürgen Lüthje berichtete über die Trauer seiner Institution um ihren »langjährigen Ehrensenator«, der Maßstäbe »für kulturelles, soziales und umweltbewußtes Handeln« gesetzt habe. Bürgermeister Henning Voscherau wiederum gab den Verlust eines »der bedeutendsten Söhne« Hamburgs zu Protokoll, der nicht so sehr als Mäzen, »sondern als Diener am Volk, an Europa« habe verstanden werden wollen.2 In seinem Schlepptau schwärmten die Chefs der zwei größten Bürgerschaftsfraktionen vom vorgelebten »Dreiklang« von »Vaterstadt«, »Vaterland« und »dem sich einigenden Europa« (Ole von Beust, CDU) und verherrlichten Toepfer als typischen Vertreter »eines hanseatischen Kaufherrn mit preußischen Tugenden« (Günter Elste, SPD). Die Veteranen des Hanseatischen Infanterieregiments 76 schließlich verneigten sich »ehrfurchtsvoll« vor dem mächtigen Mitstreiter für die Erhaltung des militaristischen Ehrenmals am Hamburger Dammtor.

Niemand erwartet, daß Nachrufe zur historischen Wahrheit beitragen. Jedoch ging die Uniformität der Sprachhülsen über das bei solchen Anlässen übliche Maß weit hinaus. Sollten sich die Nachrufenden diesmal besonders arg verrenkt haben? Ungewöhnlich war auch die Eile, in der sich die Trauernden zu Wort meldeten, auch wenn man in Rechnung stellt, daß sie angesichts des biblischen Alters des Verblichenen wohl vorbereitet waren. Genau eine Woche nach der Todesnachricht folgte der Staatsakt für den Ehrensenator der Universität und den erst 1991 ernannten Ehrenbürger der Freien und Hansestadt im Rathaus. Helmut Schmidt würdigte in seiner Trauerrede einen großbürgerlichen Antifaschisten: Verweigerung des Beitritts zur NSDAP, im Jahr 1937 Inhaftierung wegen angeblicher Devisenvergehen, bei Kriegsbeginn Flucht in die Wehrmacht-Abwehr und deshalb paradoxerweise zweijährige Internierung durch die britische Besatzungsmacht nach 1945. Vor dieser biographischen Kulisse konnten dann die übrigen Redner, darunter der ehemalige britische Premierminister Edward Heath3, zusammen mit mehr als 600 prominenten Trauergästen Abschied nehmen.

Der Fall Toepfer ist abgründig. Die Nachrufe, das Trauerritual und die dabei von Alt-Bundeskanzler Schmidt betriebene biographische Entsorgung galten einem Exponenten der hamburgischen Kaufmannschaft, der nicht nur als Tycoon des internationalen Getreidehandels enorme Reichtümer angehäuft, sondern zeit seines Lebens erhebliche Teile seiner Gewinne für brisante »völkische« Unternehmungen steuerbegünstigt abgeschrieben hat.

Alfred C. Toepfer wurde am 13. Juli 1894 in Altona in eine wohlhabende Kaufmannsfamilie hineingeboren. Im ersten Weltkrieg wurde er mehrfach verwundet. Auf den Untergang des Wilhelminismus und den Kriegsausgang reagierte er mit den Mentalitätsmustern der »konservativen Revolution«. Da ihm der Vater das Familienvermögen zunächst vorenthielt, mußte Toepfer sich seit 1919 als Gründer eines Futtermittelgeschäfts auf eigene Faust hocharbeiten. Dabei eignete er sich die dazugehörige Portion unternehmerischer Härte an. Wie viele Hamburger Kaufleute der Nachkriegsgeneration ging Toepfer aus den Wirren der Weltwirtschaftskrise und der anschließenden nazistischen Staatskonjunktur gestärkt hervor, indem er seinen Geschäftsradius, ausgehend vom Getreidehandel und der Schiffahrt, rechtzeitig in Großgrundbesitz, Landwirtschaft und agrarische Verarbeitungsgewerbe ausweitete. Gleichzeitig engagierte Toepfer sich zunehmend in jener völkischen und jugendbündischen Irredenta, die sich auf das »Grenz- und Auslandsdeutschtum« als politische Basis zur Revision von Versailles und zur Wiedergewinnung machtstaatlicher Größe konzentriert hatte. Seit Ende der zwanziger Jahre finanzierte er den Bau von Jugendherbergen in den Schleswiger »Grenzlanden« und den Erwerb von Gutshöfen in der Lüneburger Heide, um die jugendlichen Anhänger der »konservativen Revolution« für den völkischen Expansionismus zu begeistern. Im Jahr 1931 faßte er seine diesbezüglichen Aktivitäten in einer seinem Unternehmen angegliederten Stiftung zusammen (Stiftung F.V.S.).

Nach der »Machtergreifung« der Nazis konzentrierte sich Toepfer zunehmend auf die Indoktrination der akademischen Jugend. Im Herbst 1933 stattete der seit längerem von ihm engagierte völkisch-antisemitische Maler und Grafiker A. Paul Weber den Festsaal des Hamburger Studentenhauses mit drei Gemälden aus, die die »Dreifalt studentischer Pflichten... – die Pflicht zum Arbeitsdienst, zum Wissenschaftsdienst und zum Wehrdienst« als »Grundlage für die Erziehung der deutschen Studenten der Gegenwart« zum Ausdruck bringen sollten.4 Zuvor waren die Bilder der jüdischen expressionistischen Malerin Anita Rée entfernt worden.5 Für diverse »Wissenschaftslager« der im Juli 1933 an die Stelle des Allgemeinen Vorlesungswesens getretenen »Politischen Fachschaft« stellte Toepfer seine Jugendherbergen, Schlösser

und Bauernhöfe zur Verfügung, in denen sich Studenten und Dozenten gemeinsam auf ihre politischen Führungsfunktionen im Dienst der »Volksgemeinschaft« vorbereiteten.6 Besondere Bedeutung erlangten dabei die »Niederdeutschen Studienlager« des Germanischen Seminars, die bis zum Sommer 1939 auf Toepfers Gutshof Thansen in der Lüneburger Heide stattfanden. Sie waren straff durchorganisiert: Flaggenparaden, politische Tagesberichte und Schulungsvorträge über »Volk, Staat und Stamm im Dritten Reich« gehörten zum Repertoire. Später wurden auch kollaborationswillige Niederländer und Flamen »hinzugezogen«, um »wieder wie zu Zeiten der Hanse unseren niederdeutschen Eichbaum von der Flandernküste bis hinauf an die Ostseeprovinzen seine knorrigen Äste recken (zu) se-hen.«7

Seit 1935 wollte Toepfer höher hinaus. Zur faschistischen »Gleichrichtung« der Studentenschaft kamen nun Eingriffe in den Forschungs- und Lehrbetrieb hinzu, um die Geisteswissenschaften für den völkisch legitimierten Expansionsdrang zu nutzen. Bestärkt wurde Toepfer dabei durch den mit ihm befreundeten Historiker Gustav Adolf Rein, der wie Toepfer dem Hamburger Nationalklub angehörte, jener Machtgruppe des reaktionären Großbürgertums, die bei der Übergabe der politischen Macht an die Nazis eine gewichtige Rolle gespielt hatte. Rein war 1934 zum Rektor der Universität gewählt und im gleichen Jahr von Toepfer in den Stiftungsrat der F.V.S.-Stiftung kooptiert worden. Im März 1935 gründete Toepfer als Unterstiftung seiner Stiftungsholding die »Hansische Stiftung für geistiges Schaffen« an der Hamburger Universität (später: »für Literatur und Kunst«), die jedes Jahr drei mit je 10.000.- RM dotierte Preise vergeben sollte, um zur kultur- und »volkstumspolitischen« Wiedergewinnung des »alten hansischen Raums« beizutragen.8

Rein erfüllte dabei für Toepfer zweierlei Funktionen. Erstens sorgte er dafür, daß in den durch die Dotationsvergabe aufgewerteten geisteswissenschaftlichen Universitätsinstituten die »richtigen« Karrieren vorankamen, um die »innere Ausrichtung« von Forschung und Ausbildung auf den »niederdeutschen« und den »nordischen« Expansionismus zu sichern. Zum zweiten hatte Rein zusammen mit den kooptierten Institutsvertretern und den zuständigen Experten aus Reichspropagandaministerium und Außenpolitischem Amt der NSDAP für die Auswahl geeigneter Preisträger aus den anvisierten Ländergruppen zu sorgen. Die zwischen 1936 und 1943 Gekürten entsprachen diesen Intentionen. Während der Shakespeare-Preis für den »englischen Raum« nur in den Vorkriegsjahren vergeben wurde, kamen in den Genuß des Rembrandt-Preises für den »niederländisch-flämischen« sowie des Henrik-Steffens-Preises für den »nordischen Kulturraum« west- bzw. nordeuropäische Persönlichkeiten, die sich auch nach der Okkupation ihrer Länder im April/Mai 1940 für ein »Großgermanisches Reich« aussprachen und als Kollaborateure von Propagandastaffeln und Waffen-SS für die Deutschen die Kartoffeln aus dem Feuer holten. So setzte Rein mit den Stiftungsdotationen Toepfers ein Hochschulkonzept durch, das die geisteswissenschaftlichen Ressourcen der Hamburger Universität in den Dienst »grenz- und auslandsdeutscher« Machtansprüche gegenüber dem niederländischsprachigen Westeuropa und Skandinavien stellte, womit er zugleich seine Karriere in den »großgermanischen« und »überseeischen« Planungszentren der NS-Diktatur vorbereitete. Alfred C. Toepfer dagegen verbuchte als prinzipiell »ungenannter hansischer Kaufmann« mit Hilfe dieser volkstums- und kulturpolitischen Aktivitäten einen enormen Terraingewinn bei der Rückeroberung der west- und nordeuropäischen Getreidemärkte und beim Ausbau landwirtschaftlicher Veredelungsindustrien. Zugleich erleichterte es ihm der wahrhaft »hochherzige« Habitus des Stifters, die Restriktionen der Devisen- und Außenhandelsbehörden gegen seinen Expansionskurs zu unterlaufen und seine von einigen NS-Institutionen befehdete Klientel aus dem Lager der »konservativen Revolution« zu schützen.

1937/38 wurde zwischen der politisch-sicherheitspolizeilichen Führungsspitze der NS-Bewegung und verschiedenen Gruppen der »konservativen Revolution« ein Machtkampf ausgetragen. Da die Exponenten des »preußischen Sozialismus« im Großbürgertum, bei der Wehrmacht und im Wirtschaftsflügel der NSDAP verankert waren, ging es dabei auch um die Frage, inwieweit die traditionellen Machtpfeiler der NS-Diktatur auf ihre bisherigen Handlungsspielräume verzichten und sich den politischen Juniorpartnern unterordnen sollten. In der Umgebung des Toepferschen Stiftungsimperiums gab es einige Festnahmen (z.B. von A. Paul Weber), und auch Toepfer wurde inhaftiert. Während dieser Konflikt auf Reichsebene zugunsten eines von allen Machtsäulen der NS-Diktatur getragenen verschärften Expansionskurses vertagt wurde, konnte das Hamburger Großbürgertum seine Eigenständigkeit bewahren. Toepfer, dem zusätzlich zu seinen »jungkonservativen« Optionen schwere Verstöße gegen die Devisenbestimmungen vorgeworfen worden waren, zog sich aus der Affäre, indem er sein Unternehmen umstrukturierte und sein persönliches Vermögen in die F.V.S.-Stiftung einbrachte. Zusammen mit den Blohm- und Reemtsma-Brüdern stieg er zur grauen Eminenz der regionalen politischen Machtgruppe um Reichsstatthalter Karl Kaufmann und Bürgermeister Carl Vincent Krogmann auf. Als einer der wichtigsten betuchten Hintermänner des Machtkartells des »Mustergaus Hamburg« griff er seit 1938 in die Planung der künftigen »Führerstadt« ein und bereicherte den NS-Imperialismus um besonders aggressive handelspolitische Weltmachtambitionen.

Dessenungeachtet dienten die voraufgegangenen Machtkämpfe im Innern der Diktatur nach 1945 zur Konstruktion eines Widerstandsmythos, der nun nochmals durch Ex-Kanzler Helmut Schmidt aufgerührt wurde. Die von Schmidt behauptete »Flucht« Toepfers in die Hauptmannsuniform der Wehrmacht-Abwehr war vor allem ein wohlüberlegter Schritt zur geheimdienstlichen Absicherung radikalisierter Expansionsinteressen gegenüber den Regulierungsabsichten der Außenwirtschaftsbehörden.

Schon im Jahr 1935 hatte Toepfer neben der »Hansischen Stiftung« eine zweite Unterorganisation seiner Stiftungsholding gegründet, die er »Johann-Wolfgang-Goethe-Stiftung« nannte. Sie vergab seither an der Universität Innsbruck einen »Wolfgang-Amadeus-Mozart-Preis«, um den Anschluß Österreichs zu fördern. Im Jahr der Annexion der »Ostmark« und der Sudetengebiete sowie der Proklamation des »Großdeutschen Reichs« überschritt Toepfer endgültig die »hansischen« Grenzen seines bisherigen ökonomisch-volkstumspolitischen Expansionskonzepts. Da jetzt auch weitaus umfangreichere Mittel zu vergeben waren, sollte nichts weniger bezweckt werden als die »Abdeckung« jener Territorien des »europäischen Großraums«, die Toepfer mit den bisherigen Preisvergaben nicht erreichte. Der Großunternehmer des europäischen Getreide- und Futtermittelhandels avancierte zu einem der größten privaten Stifter der NS-Diktatur, wobei er sich zugleich an die »volkstumspolitischen« Aktivitätsschwerpunkte der Reichsschrifttumskammer und der Wehrmacht-Abwehr anlehnte.

Auch bei dieser Arrondierung von Handelsausweitung und volkstumspolitischer Strategie sorgte Toepfer dafür, daß die persönliche Anonymität gewahrt blieb. Alle »Grenzlanduniversitäten« bekamen es jetzt mit dem Stifter Toepfer zu tun, wobei ihm neben den Spezialisten des Reichspropagandaministeriums vor allem Werner Hasselblatt, der »ständige Beauftragte der deutschen Volksgruppen in Europa«, Experten der seit Beginn der dreißiger Jahre gegründeten »Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften« und die Volkstumsreferenten der Wehrmacht-Abwehr zur Hand gingen. Sie wählten zusammen mit Toepfer aus der Professorenschaft von sechs Hochschulen sowie den Führungen der jeweiligen »auslandsdeutschen Verbände« die Kuratoriumsvorsitzenden und -mitglieder aus, um je nach dem territorialen Schwerpunkt »die geistig-kulturellen Zusammenhänge des Volks- und Grenzlandsdeutschtums mit der Reichsmitte durch Verleihung von Kulturpreisen« zu bekräfti-gen.9 Noch im Jahr 1938 erfolgten vier Gründungen. An der Universität Königsberg nahm ein Kuratorium für die Verleihung eines »Johann-Gottfried-Herder-Preises« für das Gebiet Danzig, Ostpreußen und das »Deutschtum« in den Baltischen Staaten und der Sowjetunion seine Tätigkeit auf. Ein Prager Kuratorium zeichnete noch vor der Annexion der Sudetengebiete im Oktober 1938 mit einem »Joseph-Freiherr-von-Eichendorff-Preis« für das »Deutschtum« der Tschechoslowakei verantwortlich. An der Universität Wien wurde ein Kuratorium für einen »Prinz-Eugen-von-Savoyen-Preis« mit Blick auf die in Südosteuropa lebenden »Auslandsdeutschen« eingerichtet. In Breslau konstituierte sich unter der Leitung von Hans Koch, Direktor des Osteuropa-Instituts der Universität und hoher Offizier der Wehrmacht-Abwehr, ein Kuratorium für die Verleihung eines »Nikolaus-Coppernicus-Preises«. Die ebenfalls mit 10.000.- RM dotierten Preise wurden alle zwei Jahre vergeben. Sie waren alle »den Grenzlanden gewidmet ... und ihren fürs Volkstum schöpferischen Menschen«, um »einen Kranz oder Wall ums Binnendeutschtum« zu ziehen.10

Aus den kulturimperialistischen Parolen der Preisträger – Volkstumswissenschaftler und »auslandsdeutsche« Schriftsteller – wurde bald blutiger Ernst. Vor allem die wissenschaftlich qualifizierten Ideologen der »ethnischen Flurbereinigungen« wandelten sich nach der Entfesselung des zweiten Weltkriegs zu Vordenkern von Massenvertreibungen und Völkermord. Unter den Repräsentanten und Preisträgern des Toepferschen Stiftungsarchipels befanden sich mehrere, die Ende 1939/Anfang 1940in die volkstumspolitischen Selektionsstä-be der Wehrmacht-Abwehr und des Sicherheitsdienstes der SS aufrückten. Walter Kuhn beispielsweise, der erste Preisträger des Breslauer Nikolaus-Coppernicus-Preises von 1939, bediente wenig später die »Ansiedlungsstäbe« des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums in den annektierten polnischen Westprovinzen mit seinen Gutachten. Hans Koch war im Juni/Juli 1941 als Ukraine-Repräsentant des Oberkommandos der Wehrmacht an der Auslösung der Judenpogrome durch ukrainische Milizen in Lwow/Lemberg mitbeteiligt.11

Mit seinen Stiftungsaktivitäten reihte sich Alfred C. Toepfer in eine hanseatische Expansionspolitik ein, die von wirtschaftswissenschaftlichen Studien zur »Produktivierung« der jüdischen Großgettos auf polnischem Boden über die Teilnahme Hamburger Großunternehmer an den baltischen Wirtschaftsstäben der SS bis zur Reprivatisierung der Treuhandbetriebe des Wirtschaftsstabs Ost in der Ukraine reichte. Als die »besetzten Ostgebiete« ab Herbst 1943 verlorengingen, sorgte Toepfer für einen rechtzeitigen Kurswechsel. Der Hauptmann der Wehrmacht-Abwehr profilierte sich binnen weniger Monate als Spezialist für spanisch-portugiesische und lateinamerikanische Wirtschaftsbeziehungen und vertrat ab Frühjahr 1944 zusammen mit dem Tabakindustriellen Philipp F. Reemtsma die Hamburger Interessen im »Europakreis« des Speerschen Rüstungsministeriums, in dem ein exklusiver Zirkel von Wirtschaftskapitänen auf einen »atlantischen« Separatfrieden mit den Westalliierten zuarbeitete.12 Wer im Fall Toepfer nach der historischen Wahrheit sucht, gerät am Beispiel der Hamburger Großunternehmer und Großstifter rasch in einen Zusammenhang, den die Geschichtswissenschaft bislang weitgehend ausgeblendet hat. Die »volkstumspolitischen Flurbereinigungen« waren nicht nur ein Anliegen der Auslandsorganisationen der NSDAP und der SS, sondern gerade im Fall Hamburg auch vieler Großunternehmer und der von ihnen »großherzig« geförderten Militärs, Publizisten und Wissenschaftler.

Nach 1945 befand sich Toepfer zusammen mit einigen anderen Repräsentanten der Hamburger Wirtschaftselite in britischer Internierungshaft. Dieses Trauma veranlaßte ihn jedoch keineswegs zur selbstkritischen Überprüfung seines bisherigen Handelns. Toepfer gehörte nicht zu denjenigen, denen der Universitätssenat im Jahr 1946 die – ihm 1942 verliehene – Ehrensenatorwürde aberkannte. Als sich die Restauration Ende der vierziger Jahre offen durchsetzte, zeigte

auch er wieder Flagge. Mit viel Energie reorganisierte er sein Stiftungsimperium und ernannte seinen ebenso ungebrochenen Gesinnungsgenossen Gustav Adolf Rein zum Vorsitzenden des siebenköpfigen F.V.S.- Stiftungsrats.13 Als Rein Anfang der fünfziger Jahre mit der »Ranke-Gesellschaft – Vereinigung für Geschichte im öffentlichen Leben« die wichtigste Institution des historischen Revisionismus der Adenauer-Ära begründete, wurde Toepfer nicht nur Mitglied, sondern steuerte über die F.V.S.- Stiftung auch eine »Ranke-Gedenkmünze« bei.14 An der auffällig dichten Besetzung des Historischen Seminars der Hamburger Universität mit einschlägigen Volkstums- und Volkskundehistorikern seit Ende der vierziger Jahre – neben Hermann Aubin und Otto Brunner lehrte auch Coppernicus-Preisträger Walter Kuhn seit den fünfziger Jahren in Hamburg – war Toepfer initiativ mitbeteiligt. Noch im Jahr 1965 versammelte er seine Preisträger um sich – sie füllten »einen kleinen Saal« – 15, um sich mit ihnen über die Zeitenwende zu beraten. Aber auch während des basisdemokratischen Aufbegehrens der späten sechziger Jahre blieb der Autokrat Toepfer unbeugsam. Als sein Handelsimperium in der globalen Strukturkrise der achtziger Jahre in ein transnationales Konzernkonglomerat umgewandelt wurde und er dabei seinen prägenden Einfluß verlor, kehrte Toepfer zu jenen Stätten jungvölkischer Sozialisation zurück, deren »echter Naturhaftigkeit« seine ersten Stifteraktivitäten gewidmet gewesen waren. Der »Verein Naturschutzpark«, dem Toepfer bis zu seinem Tod vorstand, »macht es sich zur Aufgabe, ursprüngliche und eindrucksvolle Landschaften ... gegen die verhängnisvollen Eingriffe der fortschreitenden Zivilisation zu bewahren« und vor den »volksbiologisch bedrohlichen Folgen« zu warnen.16

Als Großkapitalist und als völkischer Großstifter wirkte Toepfer immer aus dem Hintergrund. Er schmierte die politischen, publizistischen und wissenschaftlichen Eliten der Präsidialära, der NS-Diktatur und der zweiten Republik, lehnte es aber strikt ab, sich mit ihnen übers Parteibuch gemein zu machen. Bei seinen wirtschaftlichen und volkstumspolitischen Operationen scheute er wie kein anderer die Öffentlichkeit, zugleich war er aber süchtig nach öffentlicher Anerkennung. Sie wurde ihm vor allem in den achtziger Jahren reichlich zuteil. Die Nachrufe sind ein letztes Beispiel dafür, in welchem Ausmaß Toepfer die Spitzen der politischen Klasse, der Wissenschaftsbürokratie und der Kulturpolitik in seiner Hand hatte.

Anmerkungen:

1 Zit. nach Günter Stiller, Ein mutiger Stifter und Anstifter. Hamburg trauert um Alfred C. Toepfer, in: »Hamburger Abendblatt«, Nr. 236 vom 9./10.1993, S. 9. Die folgenden Zitate ebenda.

2 Zit. nach: Der »zähe Mister« ist tot. Alfred C. Toepfer starb mit 99 Jahren. Ein Vermögen für Kultur und Umwelt, in: »Hamburger Morgenpost«, 9.10.1993, S. 18. Die folgenden Zitate ebenda sowie nach den Traueranzeigen der folgenden Tage.

3 Heath war 1973 der erste Preisträger des von der Toepferschen F.V.S.-Stiftung vergebenen »Europapreises für Staatskunst«.

4 »Hamburger Fremdenblatt« vom 19.11.1933.

5 Vgl. Hermann Hipp, Das Haus der Studentenhilfe, Neue Rabenstraße 13 in Hamburg-Rotherbaum, in: Eckart Krause/Ludwig Huber/Holger Fischer (Hg.), Hochschulalltag im »Dritten Reich«. Die Hamburger Universität 1933-1945 (künftig = Hochschulalltag), Teil I, Berlin/Hamburg 1991, S.306-326, hier S. 315 ff.; Peter Hopp, Alfred Toepfer, A. Paul Weber und Schmidt-Wodder in den Jahren 1930 bis 1938, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 109 (1984), S. 243-285.

6 Staatsarchiv Hamburg (künftig = StA HH), Uni I, M.1.6 (Lagergemeinschaften der Universität); Phil. Fak., Sitzungsprotokolle, Sitzung vom 29.7.1933, Anhang; Wolfgang Beck/Johannes Krogoll, Literaturwissenschaft im »Dritten Reich«. Das Literaturwissenschaftliche Seminar zwischen 1933 und 1945, in: Hochschulalltag, Teil II, S. 718 f.

7 Bericht des Germanischen Seminars über das auf Hof Thansen abgehaltene niederdeutsche Lager vom 1. bis 10. September 1934, Bl. 30. StA HH, Uni I, M.10.7 (Niederdeutsche Arbeit der Universität).

8 Zum folgenden StA HH, Uni I, P.70.3.6a-h ; erste Hinweise auch bei Hans Wilhelm Eckart, Akademische Feiern der Hamburger Universität im »Dritten Reich«, in: Hochschulalltag, Teil I, S. 193 ff.

9 Der Nikolaus-Coppernicus-Preis, in: Jomsburg 2 (1938), S. 252-254, Zitat S. 252.

10 Kurt Polheim, Ansprache bei der Verleihung des Mozart-Preises 1939, zit. nach Johann Strutz, Neugermanistik und Deutsche Volkskunde an der Universität Graz in den dreißiger Jahren, in: Klaus Ammann/Albert Berger (Hg.), Österreichische Literatur der dreißiger Jahre, Köln/Graz 1985, S. 109-129, Zit. S. 124.

11 Vgl. Karl Heinz Roth, Generalplan Ost – Gesamtplan Ost, in: Mechtild Rössler/Sabine Schleiermacher unter Mitarbeit von Cordula Tollmien (Hg.), Der »Generalplan Ost«, Berlin 1993, S. 55 f., 89f., 347.

12 Vgl. Bundesarchiv Koblenz, R 3 / 1941.

13 Rein war seit 1940 Präsident der »Hansischen Stiftung«. Als Vorstand des F.V.S.-Stiftungsrats wurde er noch Ende der sechziger Jahre ausgewiesen. Vgl. Stiftung F.V.S. zu Hamburg, in: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hg.), Deutsche Stiftungen für Wissenschaft, Bildung und Kultur, Baden-Baden 1969, S. 166.

14 Manfred Asendorf, Was weiter wirkt. Die »Ranke-Gesellschaft – Vereinigung für Geschichte im öffentlichen Leben«, in: 1999, 4 (1989), H.4, S. 57.

15 Walter Kuhn, Eine Jugend für die Sprachinselforschung. Erinnerungen, in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau, XXIII (1982), S. 225-278, Zit. S. 268.

16 Paragraph 2 der Satzung des Vereins Naturschutzpark, zit. nach Friedrich Domay (Bearb. und Hg.), Handbuch der deutschen wissenschaftlichen Gesellschaften einschließlich zahlreicher Forschungsinstitute und Arbeitsgemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 1964, S. 300.

Karl Heinz Roth ist Mitarbeiter der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts

Konkret 12/93, S. 46

Michael Loebig

ex libris

Gerhard Schweppenhäuser: Ethik nach Auschwitz. Adornos negative Moralphilosophie. Argument 1993, 200 Seiten, 25 Mark

Im Gegensatz zu den in Abhängigkeit von der Konjunktur auf dem Buchmarkt zelebrierten Neuerscheinungen zum Thema Ethik und Moral versucht Gerhard Schweppenhäuser in seiner Untersuchung zur »negativen Moralphilosophie Adornos«, die historischen und systematischen Gesichtspunkte darzustellen, die dazu führen, daß es einer kritischen Gesellschaftstheorie nicht möglich ist, eine positive Moralphilosophie zu formulieren, sie jedoch zugleich an der mit der Moralphilosophie genuin verknüpften Vorstellung eines »richtigen Lebens« festhält. Bereits in der Antike wurde mit der Moralphilosophie die Vorstellung vom »richtigen Leben« verbunden. Daher erfordert die Rekonstruktion der in Adornos kritischer Gesellschaftstheorie implizit enthaltenen Moralphilosophie eine Reflexion der von der antiken bis zur gegenwärtigen Moralphilosophie formulierten Aporien und der in sie unreflektiert eingegangenen gesellschaftstheoretischen Gehalte. Dies führt zu dem Nachweis, daß jede positiv formulierte Moralphilosophie implizit stets die Werte und Normen der sich in einer bestimmten Weise reproduzierenden Gesellschaft hypostasiert und damit das durch diese Form der Reproduktion der Gesellschaft verbundene Unrecht sowie das den Menschen durch die Gesellschaft aufgezwungene Leiden perpetuiert. Wenn vermeintlich unabhängig vom gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß positiv formulierte moralische Prinzipien und ethische Postulate nachweislich das bestehende Leiden der Menschen verklären, dann führt der Nachweis ihrer gesellschaftlichen Bedingtheit zu der Einsicht in die Unmöglichkeit, unter den gegenwärtigen Bedingungen allgemeingültig anzugeben, nach welchen positiven moralphilosophischen Prinzipien und ethischen Normen ein »richtiges Leben« zu führen wäre.

Gerhard Schweppenhäuser gelingt es, wenn auch mitunter nur kursorisch, die zentralen Aspekte einer »negativen Moralphilosophie« durch die Diskussion der Aporien der Kantischen Moralphilosophie, ihrer Kritik durch Hegel, Marx und Nietzsche, wie auch unter Berücksichtigung der für Adorno zentralen Einsichten der Freudschen Psychoanalyse darzustellen. Die Realisierung dessen, was »richtiges Leben« mit Recht heißen könnte, ist danach nicht unabhängig davon, wie und wodurch das Verhältnis des einzelnen zum Allgemeinen konstituiert wird. Weil dieses von der durch die gesellschaftliche Reproduktionsform erzwungenen Hypostase individueller Selbsterhaltung bestimmt wird, bleibt der einzelne in seinem »moralischen Handeln« ohnmächtig. Zwar wurde die gesellschaftliche Ordnung von den Menschen hervorgebracht, aber zugleich folgten sie in ihren Beziehungen zueinander einer in der jeweiligen Gesellschaft waltenden Gesetzmäßigkeit, die bis heute Herrschaft begründet. Dort, wo das allgemein geltende Prinzip jeden zu jedes anderen Mittel werden läßt, herrscht Unfreiheit, weil der Mensch nicht auch als Zweck an sich begriffen wird. »Richtiges Handeln« jedoch ist stets abhängig von dem in der Gesellschaft realisierten Maß an Freiheit und Moralität. Als Konsequenz ergibt sich hieraus eine Aporie, die insbesondere von der gegenwärtig en voguen Diskursethik nicht gelöst wird: Sie verweist auf die unerläßliche Anstrengung, an den in der Tradition formulierten emanzipatorischen Ideen von Freiheit und Selbstbestimmung des Einzelnen kritisch festzuhalten und zugleich für die Veränderung von deren falscher Realisierung in einer antagonistisch verfaßten Gesellschaft einzutreten.

Obgleich Gerhard Schweppenhäusers Versuch der Darstellung von »Adornos negativer Moralphilosophie« einige Schwächen hat (so seine oft programmatischen Ankündigungen von später zu behandelnden Themen, der Darstellung der antiken Moralphilosophie und ihre Rezeption durch Adorno), so liegt hier doch der seltene Versuch vor, zu zeigen, daß die moralphilosophischen Implikationen der kritischen Theorie nicht abgelöst von der Kritik der bürgerlichen Gesellschaft begriffen werden können, sondern sich nur durch sie rekonstruieren lassen.

Konkret 12/93, S. 46

Heipe Weiss

ex libris

Padraig J. Higgins: Ballybawn. Aus dem Englischen übertragen von Marina Hagen. Ars vivendi 1993. 209 Seiten, 29,80 Mark

Erlebt hat die Situation wohl schon jeder Irlandtourist: Im einzigen Pub eines Bauerndorfes irgendwo weitab kurz nach Feierabend, der Wirt hat die letzten Bestellungen entgegengenommen, die Tische und Tresen stehen voll mit vorsorglich bestellten Pints und Whiskeys, der Ruf des Wirtes: »Drink up, please!« verhallt ungehört im fröhlich-aufgeräumten üblichen Lärmpegel, und man wartet nur darauf, daß als Antwort im Chor die Rodgau-Hymne ertönt: »Austrenke, austrenke, einer geht noch rein«, aber man ist ja in der irischen Republik und da wird traditionell irisch gesungen, aber plötzlich wie auf einen Schlag erstirbt der Lärm, die Trinker verstummen, stehen plötzlich auf, ihre Pints unausgetrunken stehen lassend, schieben sich alle so schnell es geht zum Ausgang, denn neben der Tür ist sie aufgetaucht, die dunkle Gestalt, durch die Schirmmütze und die Metallknöpfe an der unauffällig dunklen Uniformjacke ausgewiesen als Obrigkeit, in der rechten, lässig vorm Bauch herabhängenden Hand die Dienstwaffe, ein gezücktes Notizbuch mit Stift – jawoll, die Dorfpolizei, die Gardai ist da und setzt allein durch ihr Erscheinen dem lustigen, hochprozentigen Treiben ein Ende.

Was in einem »ruhigen, recht schönen Dorf« namens Ballybawn geschehen könnte, sollte die Gardai einmal in den Streik treten, schildert Padraig J. Higgins in seinem derben Bauernschwank *Ballybawn*, wo binnen kurzem wegen der aufgrund des Polizistenstreiks aufgehobenen Sperrstunde sozusagen die Anarchie ausbricht, will heißen, die Männer kommen gar nicht mehr aus der Kneipe heraus, und der Frieden und die Ruhe in dem zuvor »ruhigen, recht schönen Dorf« sind dahin. Daß diese bier- und schnapsselige Zeit nicht zur Dauereinrichtung wird wie andernorts, z.B. in Schottland, durchaus üblich, dafür sorgen die ebenso streitsamen wie teilweise arg bigotten Damen des Dorfes, die Marias und Maries und Marys, die ihren Paddys die Lust an der Anarchie nach einer gewissen Karenzzeit tüchtig vermiesen.

Und wenn die irischen Bauern von Ballybawn nicht gar so bitterböse hinterwäldlerisch beschrieben würden in diesem Buch, hätte es mir womöglich sogar gefallen.

Konkret 12/93, S. 47

Georg Fülberth

ex libris

Karl Heinz Jahnke: »... ich bin nie ein Parteifeind gewesen.« Der tragische Weg der Kommunisten Fritz und Lydia Sperling. Pahl-Rugenstein 1993, 208 Seiten, 24,80 Mark

Ein Beispiel dafür, daß es in der DDR eine gute Geschichtswissenschaft gab – nicht nur auf den Höhen von Kossok, Kuczynski, Markov und Mottek, sondern auch in der Breite – , ist der Rostocker Historiker Karl Heinz Jahnke. Spezialisten kennen und schätzen seine quellennahen Arbeiten zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandesvon Jugendlichen. Natürlich ist er inzwischen entlassen.

In den letzten Jahren hat er sich ein neues Arbeitsgebiet erschlossen, auf dem zu DDR-Zeiten nun allerdings nicht hätte geforscht werden können: die (nach der »Großen Säuberung« 1935 ff.) zweite Kommunistenverfolgung der Stalin-Periode, 1948 bis Mitte der fünfziger Jahre.

Er konzentriert sich auf den stellvertretenden KPD-Vorsitzenden Fritz Sperling, der 1951 in der DDR verhaftet und 1954 unter der unzutreffenden Beschuldigung, im zweiten Weltkrieg als »Westemigrant« in der Schweiz Agent des US-amerikanischen Geheimdienstes geworden zu sein, zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.

Jahnke zeichnet den Lebensweg dieses Mannes, die Mißhandlungen, denen er ausgesetzt war, und seinen nur kümmerlich erfolgreichen Kampf um Rehabilitation nach. Es ist eine trübselige Lektüre, nicht etwa, weil die Untersuchung nichts taugte (im Gegenteil), sondern weil das Thema trostlos ist. Bedrückend sind die Belege für die Versuche Sperlings, sich und anderen das, was mit ihm geschehen ist, zu erklären: Er, der vor seiner Verhaftung u.a. durch scharfe Ausfälle gegen »Parteifeinde« hervortrat, dann selber als »Agent« verfolgt war, sieht in seiner Verfolgung das Wirken einer antisozialistischen Fraktion, der »Berija-Bande«.

Das Buch ist als Doppelbiographie angelegt: Die bürokratische Gleichgültigkeit, mit der Sperlings gelähmte Ehefrau von den Behörden sozusagen »mitbehandelt« wurde, läßt vermuten, wie oft Schlamperei in solchen Fällen als andere Form der Brutalität wahrgenommen werden mußte.

Ein umfangreicher Dokumententeil und der Anmerkungsapparat geben u.a. Einblicke in den damaligen desolaten Zustand der KPD-Führung, die zu selbständigem, moralischem Handeln offensichtlich überhaupt nicht mehr in der Lage war, sich in diesem subalternen Sinne also tatsächlich im Zustand der Unschuld befand.

Konkret 12/93, S. 47

Ingrid Strobl

ex libris

Hazel Rosenstrauch: Beim Sichten der Erbschaft. Wiener Bilder für das Museum einer untergehenden Kultur. Persona Verlag 1993, 183 Seiten, 23 Mark

Der Titel diese bemerkenswerten Buches ist so mißverständlich, daß es schon wieder amüsant ist und wie hinterlistige Absicht erscheint: Reiche Erbin beschreibt die Antiquitäten, die ihr hinterlassen wurden? Reich ist die Erbin tatsächlich, nur handelt es sich bei der Hinterlassenschaft nicht um Gegenstände, sondern um die Geschichte und die Geschichten von Menschen, die, wie Hazel Rosenstrauch (die selbst zu den »Stammeskindern« gehört) es nennt, einen seltenen »Stamm« bilden: österreichische, meist jüdische Kommunistinnen und Kommunisten, die gegen Faschismus und Nationalsozialismus gekämpft, Gefängnis und Konzentrationslager überlebt, nach der Niederschlagung des Prager Frühlings ihre, die Kommunistische Partei Österreichs verlassen haben und dennoch weiterhin politisch aktiv und vielen aus der neuen Generation Orientierung waren. Diese Gruppe von Menschen, die das »Wiener Tagebuch« herausgaben, ursprünglich das intellektuelle Organ der KPÖ, dann die politische Heimat für diejenigen, die keine Stalinisten mehr sein, aber auch keine Sozialdemokraten werden wollten, stellt Hazel Rosenstrauch in ihrem Buch vor, mit der Vertrautheit der »Eingeborenen« und der Distanz derer, die lange Zeit fern des Stammes gelebt hat.

Deutsche Leserinnen und Leser erfahren in diesem Buch von einer Welt, die ihnen vielleicht exotisch erscheinen mag, um die sie jedoch die (wenigen) Österreicherinnen und Österreicher beneiden können, die,und sei es nur am Rande, mit dieser »Stammeskultur« (Rosenstrauch) politisch aufgewachsen sind. Österreichische Leserinnen und Leser werden durch Hazel Rosenstrauchs Insiderinnenblick davor bewahrt, in schwärmerische Nostalgie zu verfallen. In jedem Fall erinnert *Beim Sichten der Erbschaft* daran, daß es diese Menschen gibt (oder, da viele von ihnen inzwischen gestorben sind: gegeben hat), denen nicht nur »im Museum der jetzt untergehenden Kultur« (Rosenstrauch) ein »nicht zu kleiner Raum« gebührt: »Ungleichzeitig konservativ in ihrer Auffassung vom Wertvollen, resistent gegen Moden, altmodisch in der Ablehnung von Konsum oder persönlichem Ehrgeiz, wirken sie am Maßstab heutiger Masken gemessen manchmal naiv, schon allein durch die Gestik, mit der sie sich dem Gegenüber zuwenden. Die Anhänglichkeit an ihre gebrochene, mit Zweifeln durchsäte humanistische Utopie bestimmt den Tonus der Gesichtsmuskeln. Sie haben viel Gesicht.«

Konkret 12/93, S. 48

Karlheinz Deschner

Mit Gott und den Faschisten

X

Das römische Papsttum – durch Krieg und Betrug groß geworden, durch Krieg und Betrug groß geblieben – hatte die Heraufkunft des Faschismus entscheidend gefördert, hatte maßgeblich Mussolinis Raubüberfall auf Abessinien 1935 unterstützt, in den folgenden Jahren Francos Spanischen Bürgerkrieg und selbstverständlich auch Hitlers Annexion Österreichs 1938. All dies geschah unter dem wohl einflußreichsten Papst dieses Jahrhunderts, Pius XI., nach dem Zeugnis Kardinal Faulhabers von München »der beste Freund, am Anfang sogar der einzige Freund des neuen Reiches«. Und es geschah mit dem kaum minder gewichtigen Beistand des Kardinalstaatssekretärs Pacelli, der gerade Hitler seit langem in die Hände gearbeitet hatte.

Als Eugenio Pacelli am 2. März 1939 als Pius XII. den Römischen Stuhl bestieg, begrüßte das Auswärtige Amt in Berlin die Wahl ebenso wie die gesamte Nazipresse. Selbstverständlich waren auch die italienischen Faschisten voller Beifall für den neuen Papst. Der zwölfte Pius, stets auf Ausgleich und Vermittlung im Kirchenkampf mit Hitler bedacht, empfing als ersten Botschafter den deutschen und gab auch seine Wahl, wie er selbst betonte, als erstem Staatsoberhaupt dem »Führer« bekannt. Nach dessen bereits siebenjähriger Terrorherrschaft – auch der große Judenpogrom, die »Kristallnacht«, war schon vorüber – erflehte er für den Diktator »mit den besten Wünschen den Schutz des Himmels und den Segen des Allmächtigen Gottes«; ein im Umfang wie in seiner Gefühlsbekundung singuläres päpstliches Schreiben seinerzeit.

Kurz nach Pacellis Thronbesteigung fielen Hitlers Truppen in die Tschechoslowakei ein. Doch selbst »eindringliche Versuche«, den Papst zum Anschluß an die Proteste der demokratischen Staaten zu bewegen, lehnte Pius XII., wie der deutsche Vatikan-Botschafter telegrafierte, »sehr entschieden ab«. Dagegen wünschte er allen kundzutun, »wie sehr er Deutschland schätze, und daß er gewillt sei, für Deutschland viel zu tun«. Ja, er gestand nicht nur, Deutschland »immer geliebt« zu haben, sondern »es jetzt noch viel mehr« zu lieben, sich seiner »Größe«, seines »Aufschwungs« zu freuen und »ein blühendes, großes und starkes Deutschland« zu wollen.

Eben: Nazideutschland; dessen Ausdehnung nach Osten und dessen Zerschlagung der »Hussitenrepublik« dem Papst besonders willkommen waren. Einer seiner Erfüllungsgehilfen, der katholische Geistliche und Ministerpräsident der Slowakei, Tiso, floh im Frühjahr 1939 mit einem von dem Katholiken und Reichsstatthalter in Österreich, Seyß-Inquart, zur Verfügung gestellten Flugzeug nach Berlin. Dort machte er, im Bund mit Hitler und dem Papst, die Slowakei sozusagen selbständig, schloß sich aber, nunmehr Staatspräsident, militärisch und außenpolitisch Nazideutschland an. Tiso wurde päpstlicher Kammerherr, hob sofort Meinungs-, Presse-, Versammlungsfreiheit auf, feierte »viel Gemeinsames« zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus, verfolgte hart Orthodoxe, Protestanten und, als rabiater Antisemit, zumal die Juden. Auch lieferte er Hitler drei Divisionen ans Messer und beteuerte noch im Herbst 1944: »Die Slowakei wird an der Seite der Achsenmächte bis zum Endsieg stehen.«

Vor dem »Anschluß« Danzigs, der den Überfall auf Polen einleitete, kam der Papst Hitler wieder entgegen: vor allem durch Umbesetzung des Danziger Bischofsstuhles, worauf eine enge Zusammenarbeit des neuen Bischofs Maria Splett mit der Partei und der Gestapo begann sowie das Entlassen, Verfolgen und massenweise Ermorden polnischer Priester.

Gewiß sah Pius XII. Polen nur ungern in den Händen der antiklerikalen Nazis. Gewiß hätte er einen Krieg gegen Polen lieber verhindert, hätte er einen gemeinsamen Waffengang von Deutschland und Polen gegen die Sowjetunion überaus begrüßt. Gewiß mißbilligte er schließlich matt die deutschen Religionsverfolgungen im Osten. Doch er hatte die Warschauer Regierung immer weiter zu Konzessionen zu bewegen versucht, sodann die Aggression selbst nie verurteilt. Er verhielt sich wie schon bei der Besetzung der Tschechoslowakei. Er schwieg selbst zur Bombardierung und Zerstörung der polnischen Städte. Er brachte kein Wort über die Lippen, als die polnische Geheimpresse ihn immer häufiger beschuldigte. Dafür erklärte sein Staatssekretär: »Die Tatsachen sprechen für sich; lassen wir sie erst einmal sprechen.« Und als Hitler im April 1940 das schwache protestantische Norwegen heimsuchte, hüllte sich der Heilige Vater, wiewohl von vielen Seiten bedrängt, den neuen Überfall zu verdammen, ebenso in Schweigen wie schon bei ähnlichen Anlässen zuvor. Nur durch sein Hofblatt, den »Osservatore Romano«, deutete er an, in Norwegen lebten 2.619 Katholiken, in Deutschland aber 30 Millionen.

Nach der raschen, im Vatikan ungeduldig erwarteten Niederringung Frankreichs übermittelte der Nuntius in Berlin begeisterte Glückwünsche. Und Pius XII. selbst beauftragte die deutschen Bischöfe, in allen Kirchen Dankgottesdienste für den Führer zu halten. Dem mit Hitler verbündeten Marschall Pétain erteilte er seinen Segen und versicherte, die Kirche werde »das Werk der moralischen Wiedergeburt« in Frankreich warmherzig unterstützen. Die führende katholische Zeitung Frankreichs, »La Croix«, später wegen ihrer Kollaborationspolitik gerichtlich belangt, forderte täglich Zusammenarbeit mit

Pétain und Hitler, drang auf schonungslose Beseitigung der Widerstandsbewegung und lobte, der Kurs Pétains stimme »erstaunlich mit den Weisungen des Heiligen Stuhls überein«.

Freilich, so erstaunlich nicht. Hatte Pacelli doch spätestens seit 1933 auf den antikommunistischen Hitler gesetzt, hatte 1937 die Anwendung »auch äußerer Machtmittel gegen die bolschewistische Gefahr« erlaubt und 1939 betont, daß der »Führer« das legale Oberhaupt der Deutschen sei und jeder sündige, der ihm den Gehorsam verweigere. So fehlte es dem Heiligen Vater im Sommer 1941, eine Woche nach dem deutschen Angriff auf Rußland, »nicht an Lichtblicken«, wie er in einer Rundfunkbotschaft frohlockte, »die das Herz zu großen, heiligen Erwartungen erheben; großmütige Tapferkeit zur Verteidigung (!) der Grundlagen der christlichen Kultur und zuversichtliche Hoffnungen auf ihren Triumph«. Womit der Papst ja kaum die Rote Armee gemeint haben konnte. Zumal schon ein Jahr vor Hitlers Rußlandattacke jesuitische Absolventen des römischen Collegium Russicum in Verkleidung und unter falschem Namen die sowjetische Grenze überschritten, um im vatikanischen Auftrag Spionage zu treiben. Zumal Hitlers Unterstaatssekretär Luther zu dem Schluß kam: »Seit Anfang des Krieges hat der gegenwärtige Papst seine politischen Pläne auf den Sieg der Achsenmächte gegründet.« Zumal der Leiter des Geheimdienstes, SS-Obergruppenführer Schellenberg, nach einem Gespräch mit dem Papst resümierte: »Der Papst wird sein Möglichstes tun, um einen deutschen Sieg zu sichern. Sein Ziel ist die Zerstörung Rußlands.« Und zumal Pius XII. selbst mitten im Krieg »nicht nur wärmste Sympathie für Deutschland, sondern auch Bewunderung großer Eigenschaften des Führers« zum Ausdruck brachte und diesem, gleich durch zwei Nuntien, übermitteln ließ, er wünsche »dem Führer nichts sehnlicher als einen Sieg«!

XI

Das römische Papsttum – durch Krieg und Betrug groß geworden, durch Krieg und Betrug groß geblieben – hatte maßgeblich die Heraufkunft des Faschismus in ganz Europa gefördert und wurde dabei mit aller Intensität von den Bischöfen der verschiedensten Staaten unterstützt, vor allem natürlich von den Bischöfen der Achsenmächte, besonders von den deutschen.

Denn keinesfalls haben diese, wie man seither der Welt weismachen wollte und will, von Hitlers diabolischer Taktik getäuscht, ihm nur anfangs, nur 1933 gehuldigt. Im Gegenteil. In den folgenden Jahren, zumal aber während des Krieges, stärkten und stützten sie den Despoten erst recht.

Zwar log einst, um einen statt vieler zu nennen, der CSU-Mann Richard Jäger, Vizepräsident des Bundestages und Justizminister der Adenauer-Zeit, auf einem Katholikentag (so macht man Karriere!): »Wäre unser Volk 1939 dem Wort der Bischöfe gefolgt, lägen unsere zahllosen Kameraden jetzt nicht im Grab.« Doch was sagten in Wahrheit die Bischöfe dem deutschen Kanonenfutter? »In dieser entscheidenden Stunde«, schrieben sie gemeinsam im September 1939, also zu Kriegsbeginn, »ermutigen und ermahnen wir unsere katholischen Soldaten, aus Gehorsam zum Führer ihre Pflicht zu tun und bereit zu sein, ihre ganze Person zu opfern.«

Schloß der Politlügner *daraus*: »...lägen unsere zahllosen Kameraden jetzt nicht im Grab«?! Oder woraus sonst? Denn: Gehorsam gegenüber Hitler, dem Monsterverbrecher, die Pflicht tun, die ganze Person opfern, dies war ja der Tenor so gut wie all ihrer »Hirtenbriefe« und Bistumsblätter. Und dies alles hatten die Vorgänger der Bischöfe, die heute so viel von Christianisierung schwätzen, von christlichen Werten, dem Schutz des Keimenden Lebens, dies alles hatten sie doch mit den Nazis zusammen vorbereitet und möglich gemacht.

Denn nie protestierten die deutschen Bischöfe unter Hitler gegen ihn und ein System, mit dem er die halbe Welt ins Unglück stürzte. Das störte sie nicht. Das stützten sie. Schon 1934 zum Beispiel schrieben sie wieder in corpore am 7. Juni: »In unserem katholischen Jugendwerk schulen und begeistern wir unsere jungen Männer und Frauen, damit sie zu nützlichen und zuverlässigen Gliedern der Kirche und des Staates heranwachsen... Der Weltkrieg ist Zeuge dafür, wie gerade auch katholische Jugend begeistert und in religiöser Opferbereitschaft ihr Leben für das Glück des Vaterlandes eingesetzt hat!« 1935, als der Freiburger Erzbischof Konrad Gröber, der »braune Konrad«, förderndes Mitglied der SS, in einem eigenen Opus die Staatstreue der Katholiken durch die Jahrhunderte belegte, erinnerte auch der Regensburger Bischof Buchberger wieder einmal an die Heldentaten der Katholiken im Ersten Weltkrieg, die sich »von niemand übertreffen« ließen.

1936, als der Münchner Kardinal Faulhaber, Speichellecker von Kaisern, Königen und Diktatoren, den Heroismus der Faschisten im Spanischen Bürgerkrieg beschwor, feierte auch der große »Widerstandskämpfer« Bischof Graf Galen Hitlers Soldateska »namens der treudeutschen Katholiken« seines Sprengels als »Schutz und Sinnbild deutscher Ehre und deutschen Rechts«. Und derselbe große Widerstandsheld Galen autorisierte dann ja auch 1938, ein Jahr vor Ausbruch des bisher schlimmsten Infernos der Geschichte, den »Fahneneid« auf Hitler, worin der »Wille des Führers« als »Wille des Volkes« und das »Wehrdienstleisten-Müssen zugleich (als) eine religiöse Bindung und Verpflichtung« ausgegeben wurden, und worin es hieß:

»Was Frost und Leid!

Mich brennt ein Eid.

Der glüht wie Feuerbrände

Durch Schwert und Herz und Hände.

Es ende drum wie's ende –

Deutschland, ich bin bereit!«

Kurz, das Verbrechen des Zweiten Weltkrieges haben diese Bischöfe mit ermöglicht. Und wer Jahrhundertverbrecher an führender Stelle unterstützt, ist selbst ein Verbrecher.

Und sie standen Hitler ja auch *im* Krieg bei, eher noch mehr. Sie schürten seine Hölle. Sie pulverten seine Soldaten zum Durchhalten auf. Sie feuerten sie zum Kämpfen an, das heißt zum Töten. Bischof Kaller von Ermland sah sie dabei »durch die heiligen Sakramente gereinigt und gestärkt... Mit der Kraft Gottes werdet ihr euch einsetzen für Führer und Volk, werdet ihr bis zum Letzten eure Pflicht tun...« Bischof Matthias Ehrenfried von Würzburg drang auf Einsatz: für Hitler mit der »ganzen Persönlichkeit gemäß den Mahnungen der Heiligen Schrift«. Bischof Michael Buchberger von Regensburg forderte »jedes Opfer, auch das Opfer des Lebens...« Bischof Sproll von Rottenburg verlangte, »siegreich zu kämpfen oder mutig zu sterben...« Der Oberhirte von Meißen wollte »wahre Helden« sehen; der von Hildesheim bat Gott, daß er Hitlers Heeren »seine Engel schickt«; der Feldbischof Rarkowski beschwor »das leuchtende Bild eines wahrhaften Kämpfers, unsres Führers und obersten Befehlshabers...« Und der stellvertretende katholische Armeebischof Herthmann, anschließend wieder in derselben Funktion lange in der Bundeswehr tätig, schrie noch 1945: »Vorwärts, christliche Soldaten, auf dem Weg zum Sieg...« Erhoben doch sogar noch damals, noch 1945, viele Prälaten ihre Stimmen für Hitler und für seine »Ordnung«, als ungezählte Städte längst in Schutt und Asche lagen. Und ungezählte Menschen längst im Massengrab...

Doch nicht nur einzeln, auch gemeinsam traten die deutschen Bischöfe – selbstverständlich auch die protestantischen – immer wieder für Hitler und seinen Krieg ein, wollten sie diesen, so im September 1939, durch Gott »zu einem gesegneten Erfolg« geführt sehen. Entsprach doch dies bislang grauenhafteste Gemetzel aller Zeiten, so ihr gemeinsames Hirtenschreiben vom 26. Juni 1941, »dem heiligen Willen Gottes«. Und schon am 10. Dezember 1941 bekannte der deutsche katholische Episkopat erneut: »Wir haben immer wieder (!) und noch im Hirtenbrief des Sommers unsere Gläubigen zu treuer Pflichterfüllung, zu tapferem Ausharren, opferbereitem Arbeiten und Kämpfen im Dienst unseres Volkes in schwerster Kriegszeit eindringlichst (!) aufgerufen.« Eindringlichst. Und immer wieder!

In Hunderten von Bischofsblättern aber geschah das gleiche. War doch überhaupt während des Krieges die katholische Presse »ein aktives Instrument« (Gordon Zahn) des Propagandaministeriums von Goebbels, in dessen Reichspressekammer ja auch ein katholischer Geistlicher als Abteilungsleiter saß: Walter Adolph, der Chefredakteur des Berliner Bistumsblattes. Schlechthin alles, was sich an »Christkatholischem« für das große Schlachten ausspielen ließ, wurde ausgespielt. Man zählte die Orden her und renommierte mit seinen »Frontsoldaten«. Man registrierte sorgfältig die eigenen Blutopfer, die der sogenannten Weltpriester; oder der »Steyler Genossenschaft des Göttlichen Wortes« etwa, oder der »Kolpingsöhne«: »Als Helden haben sie sich bewährt. Wir danken ihnen und richten uns auf an ihrem Beispiel.« Ja, alles wurde vorgebracht, von den Lebenden bis zu den Toten, von den Soldaten bis zu den Nonnen, die sie pflegten, von der Kommunion bis zur Caritas, vom germanischen Glauben bis zum christlichen, von der »heiligen Fastenzeit« über eine vom Episkopat empfohlene »Opfer- und Nüchternheitswoche« bis zur Mutter des Herrn. Mit allem mobilisierten sie für Hitlers Krieg.

Und nun lügt man uns schon fast ein halbes Jahrhundert das Gegenteil vor.

Diese Texte hat Karlheinz Deschner am 22. August und am 24. Oktober im Rahmen seiner TV-Sendereihe zur Politik der Päpste im 20. Jahrhundert vorgetragen. Diese Sendereihe wird von Kanal 4 auf der Frequenz von RTL zweimonatlich ausgestrahlt. Nächste Folge: 26. Dezember, 24 Uhr.

–

Konkret 12/93, S. 54

Armin Schreiber

Die Abstrakten – abgeschlafft?

»Seid so gnädig und malt, singt nicht!« – Anmerkungen zur Situation nonfigurativer Malerei

Nach einer Konfrontation mit den Monetschen »Heuschobern« im Jahre 1896, die ihm die juristische Laufbahn verstellt und den Weg zur Kunst gewiesen hatten, kam Kandinsky eines Abends – so die ins Gemüt greifende Kunstgeschichte – , in der »Stunde der einziehenden Dämmerung«, nach Hause. Träumerisch vertieft noch in die erledigte Tagesarbeit, entdeckte er »plötzlich ein unbeschreiblich schönes Bild« und wollte seinen Augen nicht trauen: »Ich stutzte erst, dann ging ich schnell auf dieses rätselhafte Bild zu, auf dem ich nichts als Farben und Formen sah und das inhaltlich unverständlich war.« Schnell jedoch klärte Kandinsky den Fall: Um ein von ihm selbst gemaltes Bild handelte es sich, das an die Wand gelehnt auf der Seite stand ...: »Ich wußte jetzt genau, daß der Gegenstand meinen Bildern schadet.«

Die Folgen und Spätfolgen jener Epiphanie in der Abenddämmerung sind kürzlich in einer umfangreichen Ausstellung mit dem Titel »abstrakt« in Dresden zu besichtigen gewesen: den Bürgern der ehemaligen DDR präsentiert, die der gegenstandslosen Malerei so lange hatten entraten müssen, denn »gerade diese von den Nationalsozialisten verbotene und bekämpfte Kunstrichtung wurde«, wie Helmut Kohl im Grußwort darlegte, »auch in der Zeit der DDR im Zeichen des ›Sozialistischen Realismus‹ unterdrückt und zugunsten von Neoexpressionismus und gegenständlicher Kunst verdrängt«.

Nun endlich konnten die Ossis ihre diesbezüglichen Defizite aufarbeiten. Anhand von 270 Exponaten, über ein Angebot von 175 Künstlern, das von Albers, Arp und Ackermann bis Jerry Zeniuk aus New York alles enthielt, was auf der Szene Rang oder wenigstens Namen hat, sollte ihnen der Sprung vom »Propagandamist« (Penck) der Jubelmaler zur gegenstandslos-reinen Wessi-Kunst beigebracht werden: eine noble, kulturpolitisch verantwortungsvolle, zur Wiedervereinigung nachgereichte Geste des Deutschen Künstlerbundes e.V.? Ein die Gunst der Stunde nutzender Versuch, das in den 50er Jahren installierte, inzwischen längst – durch Andy Warhol und das postmoderne »anything goes« – überwucherte Haftmannsche Wegzeichen (»Die Kunst ist abstrakt geworden«) noch einmal aufzurichten?

Das Vorhaben geht zu einem Zeitpunkt in Szene, da die Kritik am erneuerten, dann erweiterten und schließlich entgrenzten Kunstbegriff, die ja zur Hälfte wenigstens auch die Abstrakten trifft, nicht mehr ohne weiteres abgeschmettert werden kann. Auch nicht mit dem bis dato so überaus wirksamen Verweis auf jene Pariser Bürger, die mit den Spitzen ihrer Stockschirme die Bilder der Impressionisten attackiert und sich damit für alle Zeiten lächerlich gemacht hatten. Artikulationen des Unbehagens am dritten Aufguß des Informell und vierten Aufguß des Konstruktivismus, an fehlenden Inhalten, Qualitäten, Verbindlichkeiten eines verakademisierten Kunstbetriebs etc. (z.B. »Kursbuch« 99), über Jahre hinweg – wenn überhaupt vom Establishment wahrgenommen – als Gemähre der Ewig-Unzeitgemäßen beiseite geschoben, bringt nun der Zeitgeist höchstpersönlich hervor. Auffällig dabei ist die vornehme Zurückhaltung der Reaktionen der Angesprochenen, insbesondere der Medien- und Museumsleute. Auf die »kunstkritische Bußpredigt« von Eduard Beaucamp in der »FAZ« vom 17. Juli 93 hin (»Ausbruch aus der Fortschrittskarawane«) wurde lediglich ein bißchen gezetert; mordio gerufen hat keiner: Zeichen einer nun doch erschöpften Moderne?

Während der legendären Jahre zwischen 1910 und 1920, in denen Kandinsky, Mondrian und Malewitsch ihre grundlegenden Arbeiten und Theorien schufen, hatte man es nur mit der Wut der Kritiker angesichts »toter Quadrate« und dem Wehklagen über den Verlust all dessen, »was wir geliebt hatten«, zu tun. Bereits 1930 aber tauchten die ersten Niedergangsprophezeiungen auf. Anläßlich einer Ausstellung der Gruppe »Cercle et carré« in der Pariser »Galerie 23« wurde deren Malweise als »das Gespenst eines Versuches« bezeichnet, »den man längst für abgetan gehalten hatte«, und konstatiert, daß »all dies nichts Neues zur Entwicklung der Kunst beitragen könne«.

Konnten die Anhänger der Abstraktion derartige Äußerungen noch vergleichsweise lässig wegstecken, ja sogar: zu Trophäen stilisieren, die ihnen, der Avantgarde, im Kampf gegen die überkommenen Vorstellungen der immer wieder aufmuckenden Realisten zugefallen waren, löste die Entscheidung der Kubisten, weiterhin zu abstrahieren, nicht aber abstrakt zu werden, spürbare Irritationen aus. Daß Braque, Picasso, Juan Gris, die »großen Kubisten« und Vorreiter der »absoluten Kunst«, denen Modernität nun wahrlich nicht abzusprechen war, den Gegenstand nicht eliminieren wollten, sondern auf seiner Anwesenheit ausdrücklich bestanden, hat die Legitimation rein geistiger Malerei stark in Zweifel gezogen. Dem oft zitierten und von den Abstrakten für sich reklamierten Satz Paul Klees »Die Kunst gibt nicht das Sichtbare wieder, sondern macht sichtbar« stand von da an Picassos Einlassung gegenüber: »Es gibt keine abstrakte Kunst, man muß immer von etwas ausgehen.«

Als hätten sie auf dieses Signal gewartet, verabschiedete sich in der Folge eine Reihe Künstler, darunter einige auch der ersten Garnitur, von Kandinsky & Co. Unter ihnen Russel und Macdonald-Wright, der Begründer der Abstraktion in den USA, die Holländer van der Leck und Muszar, die eine Zeitlang mit Mondrian zusammengearbeitet hatten, ferner Picabia

und Hélion, die in Paris zu Ehren gekommen waren. Sie alle warfen, wie Michel Seuphor, intimer Kenner der Non-Figurativen und Herausgeber des Knauerschen »Lexikons Abstrakter Malerei«, zerknirscht feststellen mußte, »die Flinte wieder ins Korn«, d.h. sie kehrten zur Gegenständlichkeit zurück. Sahen sie für die Abstraktion keine Zukunft? (Einige von ihnen, Picabia und Macdonald-Wright z.B., sahen sie schon, aber erst 20 Jahre später: Da malten sie – was der Markt alles regelt! – wieder abstrakt.)

Fernand Léger jedenfalls, der sich der neuen Richtung bis auf »Haaresbreite« genähert hatte, tat den entscheidenden Schritt nicht und meinte später, 1945, »daß die Abstraktion heute der Vergangenheit angehöre und ›alles gegeben hat, was sie geben konnte‹«.

Dessenungeachtet begann für die Abstrakten – 1945 waren bereits die »Erben der Erben« im Rennen – ein Siegeszug sondergleichen. Die Vorhaltungen ihrer Kontrahenten, man gehe der Nachkriegsrealität weiträumig aus dem Weg, wurden mittels zweier 1a-Argumente schnell erledigt: Erstens seien sie es gewesen, die als »Entartete« von den Nazis verfolgt worden waren; zweitens habe sich Hitler zu Propagandazwecken der Gegenständlichen bedient und Stalin tue das noch heute!

Dagegen war natürlich fürs erste kein Kraut gewachsen, mehr noch: Mit dieser Sprachregelung enthoben sich die Vertreter der »großen Abstraktion« bis auf weiteres der Notwendigkeit, ihre Beschwörung der reinen Formen und Farben – »die Reflexion der Mittel« – auf Sinn und Verstand zu überprüfen, zumal Ernesto Fabri, dessen »waghalsige Griffe ins bisher Ungesagte« in den 50er Jahren viel bestaunt wurden, bereits 1949 kundgetan hatte, daß die Frage nach dem Sinn der Kunst eine typische Blindenfrage sei, denn Kunst habe keinen Sinn.

Sicher somit auch vor subtileren Einwendungen, wurden die Werke der »Ecole de Paris« und ihrer externen Schü-ler in Deutschland sakrosankt. Zehn Jahre später freilich mußten auch ihre Wort-führer Anzeichen des Verfalls registrieren. Noch einmal Fabri: Das abstrakte Bild entstehe mittlerweile so leichthändig wie wei-land das »Alpenglühen«. »Der Laborcha-rakter, der eine Zeitlang die Atmosphäreder Ateliers bestimmte, hat sich längst wieder verflüchtigt und dem Charakter einer Manufaktur mit gelenkter Produktion Platz gemacht.«

Mitte der 60er Jahre sah es dann tatsächlich so aus, als hätte das letzte Stündlein der »Tachisten«, »Lyrisch-Abstrakten« etc. geschlagen. Die neue Generation der damals 25jährigen, deren Grundsemester noch vom ABC der »Ecole« geprägt waren, verließ laut deklamierend die Gefilde der Gegenstandslosigkeit: »Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts war«, heißt es 1964/65 im Manifest der Gruppe Zebra, »beherrscht durch die Abstraktion, die 2. Hälfte sollte einem neuen Realismus gehören...!« Aber schon während der 5. Documenta (1972), die eigentlich die »Befragung der Realität« befördern wollte, avancierte die Abstraktion erneut – nun im Gewand des »Fotorealismus« – zum Top-Schoßkind der Kunstszene. Als Abstrakte bezeichneten sich die Fotorealisten; wieder wurden Mittel reflektiert, diesmal die der Fotographie. Und den beteiligten Katalogschreibern und Rezensenten ging das Verbalisieren leicht von der Hand, mußten sie doch nur die tradierten Formeln – ergänzt um ein paar soziologische Termini – weiterverwenden.

Die Abstraktion hatte also durchaus noch nicht »alles gegeben, was sie geben könnte«. Daß sie allerdings, um die Légersche Einsicht nachzuvollziehen, auch noch das letzte Viertel des Jahrhunderts benötigen würde, war nicht vorauszusehen. Inzwischen nämlich liefern die Enkel der Enkel jene non-figurativen Werke, die »die Analyse des Sprachspiels ›Malerei‹« oder die »Thematisierung ihrer eigenen Konstitution« vornehmen und dabei »die Apriori ihrer selbst in Frage stellen«. Der Ausstellungsmacher Jan Hoet während der 9. Documenta über den abstrakten Maler Dorner: »Dorners Arbeiten sind brillant gemacht: halbmatt, matt und glänzend sind thematisiert.«

Und die kunstkritische Resonanz? Selbstverständlich taucht wieder »die Erschöpfung« auf, nun aber versehen – in der »FR«-Besprechung des Kasseler Vorhabens z.B. – mit dem Attribut »tiefe«.

Tiefe Erschöpfung also?

Abstrakte Arbeiten mit neuerem Herstellungsdatum bieten nicht mehr Formulierungen, d.h. Bilder einer Erfahrung, sondern sind zu sehen als Objekte, die beim Betrachter Erfahrungen evozieren sollen. Wer sich demgemäß durch Ausstellungen wie die Dresdner »abstrakt« bewegt, kann der o.a. Frage tatsächlich kaum noch ausweichen.

Zuvor, während des obligatorischen Besuchs bei den »Alten Meistern« in der Sempergalerie – bei Mantegna, Dürer, Vermeer, bei Joos de Momper, Ruisdael oder dem selten zu sehenden Christian Seybold – wird die künstlerische Kraftentfaltung leibhaftig spürbar, die erforderlich gewesen ist, diesen Zusammenprall von »inwendiger Figur« (Dürer) und Augenschein in Form zu bringen. Geradezu hektisch wird man vor Aufregung und Konzentration.

In den Gefilden der Abstraktion dagegen, vor senkrecht gestellten Streifen: rot auf schwarz; blauen und roten Rauten auf weißem Fond; vor spiralig angelegten grünen und gelben Quadraten oder hellgrau eingefaßten anthrazitfarbenen Rechtecken; vor orangegelben Tafeln auf hellem Gelb; weißen Kratzspuren auf Schwarz; Schnüren auf dem Boden; Eiern im Regal, gerät der Betrachter in einen Zustand spannungsloser Leichtigkeit. Relativ schnell jedoch schlägt angesichts

derartiger Reduktionen auf jeweils wenige Farb- und Formelemente, die zu vergleichsweise simplen visuellen Gegebenheiten, zu einer auf überschaubaren Verhältnissen basierenden, nahezu idyllisch anmutenden Ordnung führen, die Stimmung um – in Unlust, Langeweile: Indifferenz. Vergleichbar einem Schüler im letzten Drittel der 6. Stunde, der noch der Primzahlen teilhaftig werden soll, befindet man sich zwischen »visuellen Feldern«, Objekten, Aktionsräumen: Offensichtlich vermag, was da über »die Möglichkeiten des Farbseins«, »den bewegten Bildleib«, »das Atmen der Farbformen« usw. thematisiert ist, kaum noch Interesse zu wecken, Empfindungen auszulösen: Aggression ebenso wenig wie Affektion.

Von den zahlreichen Forderungen und Fiktionen, die der Abstraktion zu Perspektiven, allgegenwärtiger Präsenz und dem Prädikat »Weltsprache« verholfen hatten, sind nur noch wenige – als Elemente eines rein akademischen Diskurses – in Umlauf. Das Gros existiert allenfalls noch als kunsthistorisches Phänomen. Selbst Arroganz und Ignoranz, die non-figurativen Spezialmusen der »Weltsprache«, gehen mittlerweile am Stock und ab in den Orkus. Dort wird man ihnen die Schriften Leonardos, Dürers Aufzeichnungen über »Die Speis der Malerknaben« oder die »Geometrie« der Fresken Giottos eintrichtern, damit auch sie begreifen, daß »Über das Geistige in der Kunst« schon vor 1910 debattiert wurde, daß die »Alten Meister« durchaus nicht in »naiver«, vor-künstlerischer Bewußtseinslage nur das »Was«, sondern – hoch reflektiert – auch das »Wie« im Auge hatten. Dort wird man sie auch an das 1757 in London ausgestellte »Farbenklavier« setzen: Wenn dann, auf Tastendruck, die Rots und Grüns und Gelbs als »Dreiklänge im zwölfteiligen Farbkreis Newtons« hinter den fallenden Klappen zum Vorschein kommen und nicht mal den Emotionswert des »Flohwalzers« einspielen, dürfte auch ihnen dämmern, daß es sich – »Alle Künste streben nach den Konditionen der Musik« – bei diesem ominösen Satz um ausgesprochenen Mumpitz handelt. Schon Zola hatte die Maler angefleht: »Seid so gnädig und malt, singt nicht!« und damit eine alte Bauernregel bestätigt: »Musik hat es mit akustischen Phänomenen zu tun, Malerei mit optischen!« Man wird sie des weiteren – zur Strafe auf Wochenendseminaren – animieren, vor aller Augen »Avantgarde« zu spielen, also »experimentell« zu sein, »mindscapes« herzustellen oder – auf neueren Stand gebracht – Selbstverwirklichung zu betreiben: Die Reaktion der Umstehenden sollte sie zur Besinnung bringen.

Ein letzter Gruß noch an die zwei Musen: Wie habt ihr doch seinerzeit gegen das »Anekdotische«, das »Literarische« in der Malerei polemisiert und den Breughel z.B. wegen seiner »gemalten Sprichwörter« von der Liste gestrichen. Wie habt ihr gegen das »narrative Element«, den Feind der reinen Kunst, gewettert und seid nun selbst – die Katalogtexte voller postmoderner Erbauungspoesie sprechen Bände – in den Fängen der Literatur, stärker als alle Gegenständlichen je zuvor.

Aber nicht nur diese mehr oder weniger kuriosen Ableger abstrakter Dogmatik, auch die fundamentalen »Glaubenswahrheiten«, die den Non-Figurativen der Aufbruchzeit auf die Beine geholfen haben, stehen zur Disposition. Läßt sich z.B. die von Darwin inspirierte und durch Baudelaire initiierte Vertreibung der Natur aus der Kunst, läßt sich die Vorstellung, Kunst sei »Anti-Natur« und auf Korrespondenzen mit wahrnehmbarer Wirklichkeit nicht länger angewiesen, weiterhin vertreten? Nach 80 Jahren Abstraktion – so scheint es – gibt die einstmals neue »aus einer kultivierten Äußerlichkeit und einer bewußteren, vertieften Innerlichkeit« resultierende »Dualität im Menschen« (Mondrian) als Quelle künstlerischer Inspirationen nichts mehr her. Das gilt ebenso für das im 19. Jahrhundert wieder aufpolierte, nach wie vor virulente Diktum Platons, es sei via Darstellung des Scheins der Dinge über ihr Sein nichts auszusagen. Denn der daran anknüpfende Versuch, über die Gestaltung von Strukturen, Kraftfeldern, Energiezuständen dem Sein, der verschlossenen »Hinterwelt« der Dinge nachzuspüren, führte zwar zu neuen, dekorativen Werken, nicht aber zu suggestiven, ihre Zeit überdauernden Vorstellungsbildern. Neben den heute zugänglichen wissenschaftlichen Modellen, wie sie von Molekularbiologen etwa oder Atomphysikern erstellt werden, wirken die Exponate der Gegenstandslosen wie dilettantische Imitationen. Und – noch einmal – zur Reflexion der Mittel: Angesichts einer sich immer mehrenden Anzahl »visueller Manifestationen« zur Wahrnehmungsschulung reiner Farb-Form-Gegebenheiten gewinnt man den Eindruck, als seien die Abstrakten auf eine Art Warteschleife geraten, als harrten sie eines Zurufs aus dem Off, nunmehr die reflektierenden Mittel einzusetzen: endlich und um Gotteswillen zur Auseinandersetzung mit sichtbarer Realität.

Vor knapp 200 Jahren, im Herbst 1798, trafen sich in der Gemäldegalerie zu Dresden einige unserer Romantiker, u.a. Schelling, Novalis und die Brüder Schlegel, zu Gesprächen über Kunst. Es war die Rede von der »Autonomie der Kunst« und davon, daß sie »unabhängig von der Natur bestehe« und »bey sich da zu seyn« habe (Novalis): die erste Morgenröte sozusagen der Abstraktion. Weshalb sollte in Dresden nicht auch ihre Abenddämmerung zu sehen gewesen sein?

Armin Schreiber schrieb in KONKRET 4/93 über die»Neuen Realisten«

Konkret 12/93, S. 58

Ludger Weß

»Projekt Vampir«

Ein neues internationales Großprojekt der Humangenetik soll im nächsten Jahr gestartet werden. Es konzentriert sich auf indigene Völker, deren Genmaterial innerhalb der nächsten fünf Jahre gesammelt und eingelagert werden soll. Mit den darin enthaltenen Informationen eröffnen sich angeblich neue Perspektiven für Evolutionsforschung, Vor- und Frühgeschichte, Medizin und nicht zuletzt für die pharmazeutische Industrie. Die Wissenschaftler haben es eilig, weil die meisten dieser Völker und Kulturen durch Assimilierung oder gezielte Ausrottung zum Untergang verurteilt sind. Gegen das Projekt hat der »World Council of Indigenous People« vehementen Protest auf der Uno-Menschenrechtskonferenz in Wien eingelegt

Ein Massaker an einer Dorfgemeinschaft von Yanomami-Indianern im brasilianischen Amazonasgebiet kostete im August nach offiziellen Angaben 78 Menschen das Leben. Bei den Tätern handelte es sich um Goldsucher, die den Yanomamis seit Jahren ziemlich unbehelligt nachstellen und sich ihr Territorium und ihre Bodenschätze aneignen. Der Vorfall warf ein Schlaglicht auf die fortschreitende Dezimierung indigener Völker, für deren Überleben sich – reichlich spät – auch die Vereinten Nationen einsetzen wollen. Aber auch eine Reihe von Humangenetikern beobachtet das Schicksal dieser Völker mit gespannter Aufmerksamkeit. Den Wissenschaftlern geht es dabei weniger um das Überleben dieser kleinen Gruppen als um das Einbringen eines Schatzes, der sich – glaubt man den Initiatoren des Forschungsprojekts – als wertvoller erweisen könnte als alles Amazonasgold. Es geht um die Körperzellen der letzten Überlebenden und die darin enthaltenen genetischen Informationen.

Die Wissenschaftler des Human Genome Diversity Projects (HGD, übersetzt etwa »Projekt menschliche Genvielfalt«) planen den Besuch von über 700 ethnischen Gruppen – von den Innuit in Grönland über die Yukaghir in Sibirien bis zu den Ona in Feuerland. Je kleiner und gefährdeter eine Gruppe ist, desto eher soll sie Besuch bekommen. Die Genetiker wollen jeweils 25 Individuen (sofern es so viele noch gibt) Haare, Abstriche der Mundschleimhaut und Blut abnehmen und dann möglichst schnell wieder verschwinden. Innerhalb von 72 Stunden müssen die Proben in ein Labor gebracht werden, wo sie mit Hilfe moderner molekularbiologischer Techniken aufbereitet werden. Haltbar gemacht und unbeschränkt vermehrungsfähig werden sie sodann in einer Genbank, der American Type Culture Collection eingelagert. Dort können interessierte Institutionen, Firmen und Wissenschaftler »Ableger« dieser Zellinien bzw. Zugang zu den genetischen und statistischen Analysen erhalten.

Die Initiatoren des Projekts heben hervor, daß auf diese Weise wenigstens das Erbgut dieser Völker ihrem zumeist vorgezeichneten Schicksal – Versprengung, Assimilierung und Ausrottung – entgeht: So sollen denn auch die Gruppen, die nur noch wenige Angehörige zählen oder die bis vor kurzem noch völlig isoliert lebten, als »Isolate von historischem Interesse« zuerst aufgesucht werden.

Das Projekt ist dem gigantischen Programm zur Entschlüsselung des menschlichen Erbguts, dem Human Genome Project (s. KONKRET 2/89), intellektuell verwandt. Das dort erstellte Referenz-Genom, das die gesamte Erbinformation eines menschlichen Wesens dokumentieren und zugänglich machen soll, wird allerdings der genetischen Vielfalt des Menschen nicht gerecht. Genau darum geht es dem neuen, im Jargon als »Projekt Vampir« bezeichneten Programm, das vorläufig viel bescheidener daherkommt – zumindest, was die finanziellen Ansprüche betrifft. 23 bis maximal 35 Mio. US-Dollar sind veranschlagt. Das ist nur ca. 1 Prozent der drei Milliarden Dollar, die das Human Genome Project voraussichtlich verschlingen wird. Andererseits aber übersteigen die Kosten von ca. 2.300 Dollar für Sammlung und Aufbereitung nur einer Probe bereits das Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt jedes der 110 ärmsten Länder der Erde.

Um so anspruchsvoller sind die auf den bisherigen Vorbereitungstreffen hervorgehobenen wissenschaftlichen Fragestellungen. Eines der Ziele besteht darin, die Ursprünge der Menschheit zu ermitteln und ihre Entwicklungspfade und Wanderungen zurückzuverfolgen. An Hand der genetischen Unterschiede und Gemeinsamkeiten soll beispielsweise festgestellt werden, ob die Menschheit sich nur in Afrika oder an verschiedenen Orten der Erde gleichzeitig entwickelte, wer die Ureinwohner Europas waren und von wo aus der amerikanische Kontinent besiedelt wurde. Hier beginnen allerdings bereits die internen Differenzen.

Svante Pääbo, Biologe an der Universität München, der an dem europäischen Part des Projekts mitarbeitet, sammelt in Abständen von 50 Kilometern Blut- und Gewebeproben entlang des Nils von Ägypten bis Äthiopien. Auch Mumien sollen in die Untersuchung einbezogen werden. Die Anrainer des Nils sind sprachlich und kulturell deutlich voneinander verschieden, und Pääbo möchte überprüfen, ob die genetischen Unterschiede zu den gleichen Einteilungen führen, die Anthropologen und Ethnologen bislang an Hand linguistischer, kultureller oder physiognomischer Merkmale vorgenommen haben. Er ist skeptisch gegenüber diesen Klassifizierungsversuchen und hofft wie einige andere Kollegen, daß die Ergebnisse den überkommenen, typologischen Rassenbegriff der biologischen Anthropologie endgültig diskreditieren.

Der Initiator des Projekts, Luca L. Cavalli-Sforza, ein weltweit bekannter Genetikprofessor der Stanford-University, lehnt den Begriff »Rasse« ebenfalls ab, hält aber daran fest, daß isolierte Bevölkerungen auch genetisch verschieden seien und

diese genetischen Unterschiede häufig mit linguistischen und kulturellen zusammenfielen. Diese Überzeugung und seine Furcht, mit dem Verschwinden der indigenen Völker könnten diese genetischen Besonderheiten verloren sein, waren der Motor für die Initiierung des Projekts. Cavalli-Sforza ist daher auch vom Ansatz Pääbos wenig überzeugt. Statt mit einem geographischen Gitter zu arbeiten, plädiert er für die Suche in vordefinierten »Populationen«.

»Das Ganze ist Technologie des 21. Jahrhunderts – angewandt auf Biologie des 19. Jahrhunderts«, schimpft denn auch Alan Swedlund, Leiter der Anthropologischen Abteilung der Massachusetts University. Sammle man Proben in solchen vorab ausgemachten »Populationen«, stehe das Ergebnis von vornherein fest: »Man findet, daß die menschliche Art aus gut definierten ethnischen und linguistischen Gruppen besteht.« Mit der Gitterstrategie dagegen würde sich zeigen, daß die Unterschiede und Übergänge fließend sind.

Diane Paul, Wissenschaftshistorikerin und Soziologin an der gleichen Universität, ist ebenfalls skeptisch. Sie verweist mit Blick auf die Geschichte von Rassenkunde und Genetik darauf, wie groß die interpretative Bandbreite von wissenschaftlichen Ergebnissen sein kann. Auf einer von dem Projekt veranstalteten Konferenz zu den ethischen Problemen sagte sie voraus, daß selbst wenn die Ergebnisse das traditionelle Rassenkonzept wissenschaftlich demontierten, dies in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen werde und Rassisten schon gar nicht erreiche.

Konferenzteilnehmer sprachen sich daher für die Benennung von Teams aus, die die Nutzung der Projektdaten verfolgen und unerwünschter Berichterstattung schnell entgegentreten sollen – ähnlich, wie es die Absprachen von Wissenschaftlern über die PR-Arbeit für die Gentherapie vorsehen.

Während über die politischen Folgen des Projekts noch gestritten wird, halten die beteiligten Wissenschaftler es einhellig für ausgemacht, daß das Projekt der Medizin großen Nutzen bringen wird. Erhofft wird beispielsweise eine Antwort auf die Frage, warum manche Bevölkerungen vermehrt von bestimmten Erkrankungen betroffen sind – etwa Brustkrebs, der die Frauen verschiedener Pazifikvölker wesentlich häufiger trifft als Nordamerikanerinnen. Die Genetikerin Marie-Claire King aus Berkeley ist zuversichtlich, daß mit Hilfe des Projekts genetische Faktoren für dieses Phänomen eingekreist und miteinander verglichen werden können. Ziel ist die Entwicklung eines auf die jeweilige Bevölkerung optimal zugeschnittenen genetischen Tests.

Cavalli-Sforza möchte die in Europa und Nordamerika inzwischen etablierten genetischen Screening-Verfahren, insbesondere die vorgeburtliche Diagnostik, auch den Völkern der »Dritten Welt« zugänglich machen – dafür aber muß man wissen, welche erblichen Krankheiten und Besonderheiten dort verbreitet sind.

Einheimische Mediziner und Gesundheitspolitiker können über soviel Naivität allerdings nur den Kopf schütteln: Genetische Erkrankungen stehen angesichts der massiven Probleme mit Infektions- und Mangelkrankheiten und des zumeist verheerenden Zustands der Gesundheitsversorgung ganz am Ende der Prioritätenliste.

Cavalli-Sforza schwärmt weiter, mit Hilfe seines Projekts könne man demnächst Nahrungsmittelhilfe optimieren: »Bis jetzt habe wir nur eine ungefähre Vorstellung davon, daß in einigen Teilen Afrikas Werbung für Milchpulver Menschen, die Milchzucker nicht verdauen können, schweren Schaden zufügt, während andere afrikanische Stämme sehr gut damit klarkommen.« Daneben gibt es auch eine Intoleranz gegen das in mitteleuropäischen Getreidesorten vorhandene Gluten. Wisse man um die Verbreitung dieser Besonderheit, könne man in Zukunft bei Hilfslieferungen darauf Rücksicht nehmen.

Für möglich halten Genetiker auch das Auffinden neuer Krankheitssyndrome oder die Entdeckung bislang unbekannter Resistenzen, etwa gegen tropische Krankheiten. An diesem Punkt kommen handfeste kommerzielle Interessen ins Spiel. In den USA ist die Patentierung von menschlichen Genen seit einigen Jahren möglich. Eine Recherche der Rural Advancement Foundation International (RAFI) ergab Ende letzten Jahres, daß für mehr als ein Drittel der in der American Type Culture Collection aufbewahrten 1.094 menschlichen Zellinien Patentanmeldungen laufen. In diese Sammlung sollen auch die Proben des HGD-Projekts aufgenommen werden. Der Hauptfinanzier des Projekts, das US-amerikanische National Institute of Health, machte 1991 Schlagzeilen, als es versuchte, auf einen Schlag mehr als 2.800 Gensequenzen aus menschlichen Hirnzellen zu patentieren, die allesamt im Rahmen von NIH-Projekten isoliert worden waren – und das, obwohl die Patentanmelder keine Angaben über die Rolle und Funktion dieser mutmaßlichen Gene machen konnten. Obwohl der Patentantrag seinerzeit heftig kritisiert und schließlich vom US-Patent Office zurückgewiesen wurde, hat das NIH seine Absicht bekräftigt, Gensequenzen aus NIH-Projekten patentieren zu lassen.

Welche Profite hier erwartet werden, zeigt sich am Beispiel der Bewohner der kleinen Gardasee-Gemeinde Limone. In diesem lange Zeit entlegenen Örtchen ist bei etwa 50 Einwohnern eine ansonsten völlig unbekannte genetische Besonderheit vorhanden, die die gefürchteten, Herzinfarkt verursachenden Ablagerungen in den Blutgefäßen verhindert. Vor zehn Jahren als medizinische Kuriosität entdeckt, ist aus dem Phänomen inzwischen ein hart umkämpftes Spekulationsobjekt geworden. Wissenschaftler schwedischer und schweizerischer Pharmafirmen und der Universität Mailand belagern die Limoneser, um ihnen Blut und Gewebe zu entnehmen und bemühen sich um die Patentierung der von ihnen aufgefundenen Genstückchen. Wie die »Genetic Engineering News« kürzlich berichtete, hoffen die Firmen auf ein

Riesengeschäft, falls es ihnen gelingt, aus dem inzwischen identifizierten Gen und seinem Produkt ein marktfähiges Medikament zu entwickeln.

Diese Erwartungen verbinden viele Wissenschaftler und Sponsoren auch mit dem Human Genome Diversity Project. Bislang ist aber noch kaum davon die Rede, ob die Menschen, von denen die profitablen Gensequenzen stammen, am Gewinn beteiligt werden sollen – falls sie dann noch existieren. Dabei ist die kommerzielle Nutzung der genetischen Ressourcen der »Dritten Welt« seit dem Umweltgipfel von Rio Gegenstand fundamentaler politischer Kontroversen. Dort wurde zwar nur über die Sammlung und Auswertung pflanzlicher Gene verhandelt, aber die Parallelen sind unübersehbar. Seit Jahrzehnten bedienen sich die Industrieländer ungeniert der genetischen Vielfalt von Regionen wie etwa dem Regenwald oder traditioneller Kleinbauerngemeinschaften. Das Material, von den Ländern des Nordens als gemeinsames Erbe der ganzen Welt deklariert, bildet die unverzichtbare Grundlage der Auffrischung, Verbesserung und Zucht neuer Saatgutsorten und hat den Industrieländern Profite in Milliardenhöhe eingebracht. Seit einiger Zeit erlauben diese Länder darüber hinaus die direkte oder indirekte Patentierung des gesammelten Materials. Auf dem Umweltgipfel in Rio regte sich erstmals Widerstand gegen diese Politik. Seither läuft eine weltweite Diskussion über die Ausgestaltung einer Konvention, die denjenigen, die genetische Ressourcen zur Verfügung stellen, eine faire Beteiligung an deren technologischer und kommerzieller Verwertung zusichern soll.

Bislang gibt es innerhalb des Human Genome Diversity Projects nur vage Überlegungen zur Behandlung des in Zukunft gesammelten menschlichen Genmaterials. Auf einem Arbeitstreffen in Alghero/Sizilien im September dieses Jahres zeichnete sich ab, daß die Konvention von Rio Ausgangspunkt für die weiteren Überlegungen sein soll. Diskutiert wird z. B., ob man sich nicht die Gene, sondern nur die daraus abgeleiteten Produkte patentieren lassen sollte. Theoretisch könnten die indigenen Völker dann weiterhin ungehindert über ihr genetisches Material verfügen. Andere Erwägungen gehen dahin, Profite aus dem Projekt beispielsweise über einen Unesco-Fond in Technologietransfer und lokale Gesundheitszentren fließen zu lassen oder sie zwischen internationalen Organisationen wie der WHO, den beteiligten Forschern und der Ursprungsbevölkerung gleichmäßig aufzuteilen. Offen ist dabei bislang, wie in den vielen Fällen zu verfahren ist, in denen diese Bevölkerungen mit der Regierung in Konflikt liegen. Klar ist bislang nur, daß die Mitarbeiter und Geldgeber des Projekts ungehinderten Zugang zu allen Proben verlangen werden.

Womöglich werden die Völker der »Dritten Welt« das Projekt noch vorfinanzieren: Da die Einrichtung von Vor-Ort-Labors und die Einbeziehung einheimischer Wissenschaftler vorgesehen ist, dürfte das Vorhaben, so argwöhnt RAFI, aus Entwicklungshilfetöpfen mitfinanziert werden und auf diese Weise andere, wichtigere Hilfen für die Gesundheitsversorgung dieser Länder – Trinkwasserhygiene, Impfprogramme u. a. – blockieren. Völlig offen ist zudem noch die Frage des Mißbrauchs, der mit dem genetischen Material der indigenen Völker getrieben werden könnte – handelt es sich doch um Minderheiten, die den lokalen und nationalen Regierungen in der Regel ein Dorn im Auge sind, weil ihre territorialen und kulturellen Ansprüche ehrgeizigen Entwicklungsprojekten, Großgrundbesitzern und Goldsuchern im Wege sind. Die meisten Regierungen betreiben eine Politik, die auf den Untergang und, oft genug ziemlich offen und direkt, auf die Ausrottung dieser Völker zielt. Es braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, daß man allein mit dem Wissen über bestimmte Nahrungsmittelunverträglichkeiten, Allergien oder Infektionsanfälligkeiten, die sich aus dem genetischen Make-up dieser Minderheiten ableiten lassen, die Ausrottungsmethoden technologisch verfeinern und verschleiern könnte – eine subtile Form der biologischen Kriegführung.

Bei den Vertretern der indigenen Völker kommen angesichts dieses Forschungsprojekts Erinnerungen an die Besuche von Anthropologen bei Kolonialvölkern auf, die ebenfalls mit wissenschaftlichen Trophäen – Blut, Haaren, Körpermaßen, Masken, Fotos und einbalsamierten Leichen nach Hause zurückkehrten, um dort die Minderwertigkeit der so Vermessenen wissenschaftlich nachzuweisen und damit die Kolonialpolitik ihrer Regierungen zu rechtfertigen.»Wir haben der Welt mehr zu geben als Blut, Haut und Haare. Nichts verletzt die Menschenwürde so tief, als von den Forschern für eine Medizin der ›wirtschaftlichen Elite‹ zu Forschungsobjekten degradiert, ja auf eine Stufe mit Pflanzen gestellt zu werden«, kommentiert der World Council of Indigenous People, der sich auf der UN-Menschenrechtskonferenz in Wien unlängst um Entschädigung für die jahrhundertelange Ausplünderung und um Anerkennung der indigenen Völker als ethnische Gemeinschaften bemühte. Bislang genießen indigene Völker noch nicht das in der UN-Charta verankerte Selbstbestimmungsrecht. 1985 wurde eine Erklärung der Vereinten Nationen über ihre Rechte in Auftrag gegeben, aber bisher nicht verabschiedet. Das von den Vereinten Nationen für 1993 ausgerufene »Jahr der indigenen Völker« ermöglichte zwar im Mai dieses Jahres einen ersten Weltgipfel der indigenen Völker, aber die Situation hat sich für ihre insgesamt etwa 300 Millionen Angehörigen nicht verbessert. Gefordert wird ein Jahrzehnt der indigenen Völker, das mit einer Weltkonferenz über Selbstbestimmung eingeleitet werden soll. Sämtliche UN-Mitgliedsstaaten sollten darüber hinaus bis 1996 den Vertrag 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) unterzeichnen, der die gemeinschaftliche Landnutzung und die Territorialrechte der indigenen Völker re-gelt. Zu den Forderungen gehört fernerdie Einsetzung eines Hochkommissars für indigene Völker, der Rechtsschutz und Konfliktlösung sicherstellen soll, die Aufnahme in den Internationalen Gerichtshof von Den Haag und die Anerkennung als Uno-Mitglied.

Zu all diesen Punkten gibt es von Seiten des Human Genome Diversity Projects bislang keinerlei Stellungnahmen. Auch haben sich Projektvertreter bisher nicht mit dem Weltrat der Indigenen Völker oder anderen Interessenvertretungen in Verbindung gesetzt. Der Weltrat, dessen Mitglieder dem Projekt einhellig skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen, verlangt eine Einbeziehung von Vertretern aller ins Auge gefaßten Völker in sämtliche Aspekte des Forschungsprogramms von den Fragestellungen über das Probensammeln bis hin zur wissenschaftlichen und kommerziellen Verwertung, und will, daß den Vertretern ein Vetorecht eingeräumt wird.

Auch europäische Forscher werden sich an dem Projekt beteiligen. Innerhalb eines bereits seit geraumer Zeit existierenden wissenschaftlichen Netzwerks zur Erforschung der biologischen Geschichte der europäischen Bevölkerung, in dem 14 europäische Laboratorien zusammengeschlossen sind, wird über eine Kooperation mit dem zukünftigen Projekt nachgedacht. In Deutschland sind sich eine Reihe von Wissenschaftlern der Problematik derartiger Projekte inzwischen bewußt: Die Auseinandersetzung über ein Programm zum Screening indigener Völker brachte 1991 eine Diskussion über die Verantwortung von Wissenschaft ins Rollen, die zur Selbstauflösung der »Gesellschaft für Anthropologie und Humangenetik« führte. Damit wurde die längst fällige Isolierung einer kleinen, aber lange Zeit sehr einflußreichen Gruppe bundesdeutscher Anthropologen eingeleitet, die noch immer mit rassentypologischen Kategorien operiert, wie sie der Bevölkerungs- und Rassenpolitik des »Dritten Reichs« zugrundelagen.

Diese Gruppe hatte in der von ihr dominierten Zeitschrift »Homo« Anfang 1990 der Anthropologin Sophie Ehrhardt, die sich im Dritten Reich als »Zigeunerforscherin« hervorgetan hatte und gegen die die Staatsanwaltschaft Stuttgart wegen Beihilfe zum Mord ermittelte (das Verfahren wurde 1985 unter skandalösen Umständen eingestellt), ein Forum für einen rassenbiologischen Artikel geboten und eine Auseinandersetzung darüber verweigert. Das Datenmaterial für diese Arbeit über die Rassenbiologie der Setukesen, einer Bevölkerungsgruppe Lettlands, war im Herbst 1942 im Rahmen rassenpolitischer Untersuchungen des »Ostministeriums« und des »Rasse- und Siedlungshauptamtes« der SS erhoben worden. Getarnt als wissenschaftliche Forschungsarbeit bzw. Musterung für den Reichsarbeitsdienst wurden anthropologische Gutachten verschiedenster Bevölkerungsgruppen der von Deutschland besetzten baltischen Länder erstellt, die klären sollten, welche Bevölkerungsteile, so die Vorgaben, »eindeutschungsfähig« und welche »zu verschrotten« seien. Ähnlich verhielt es sich mit bevölkerungsbiologischen Untersuchungen deutscher »Zigeunerforscher«, die die wissenschaftliche Rechtfertigung für den Völkermord an Roma und Sinti lieferten. Zynischerweise wurden diese Untersuchungen noch 1985 von dem umstrittenen Kieler Anthropologen Hans Wilhelm Jürgens in dem Verfahren gegen Sophie Ehrhardt unter Verweis auf jüngere Untersuchungen an indigenen Völkern gerechtfertigt. Jürgens schrieb in seinem Gutachten, auf das sich die Staatsanwaltschaft in ihrem Einstellungsbeschluß wesentlich stützte: »Entsprechende anthropologische Untersuchungen werden auch heute regelmäßig zur Charakterisierung von Isolatbevölkerungen (= isoliert lebende Gruppen, L. W.) vorgenommen. So habe ich selbst z. B. im Auftrage der WHO 1967 die angeblich vom Genocid bedrohten Skoltlappen in Nordfinnland mituntersucht, wobei sich zeigte, daß hier auftretende Gesundheitsschäden im wesentlichen isolatbedingte Inzuchteffekte waren.« Jürgens Auswertung zeigt zugleich, wie sich derartige Forschungsprojekte in den Dienst einer auf Assimilierung angelegten Politik stellen lassen.

Vor diesem Hintergrund wird die Diskussion über eine Beteiligung deutscher Wissenschaftler an dem Projekt geführt werden. Angesichts der ungeklärten Grundsatzfragen und fehlender Stellungnahmen aus dem Forschungsprojekt plädiert die Europaabgeordnete der Grünen, Hiltrud Breyer, für ein Moratorium und spricht sich gegen eine Unterstützung des Projekts durch die EG – dort werden etwa 8 Millionen DM beantragt – aus. Die Initiatoren des Projekts aber scheinen nicht zu verstehen: »Es wäre doch tragische Ironie, wenn wir im selben Jahrzehnt, wo wir die biologischen Werkzeuge entwickelt haben, um unsere Spezies zu verstehen, eine einzigartige Gelegenheit verschenken würden, diese Werkzeuge auch anzuwenden.«

Ludger Weß schrieb in KONKRET 7/93 über deutsche Physiker unter Hitler

Konkret 12/93, S. 62

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Da freun sich die Bilder aber heute noch, daß ihnen damals beim Beineschwingen in den Medien nicht die Fleischfetzen herunterhingen, vom Napalm, und auch beim Veteranentreffen der Impressionen erinnert man sich, apropos, gern an keinerlei schmerzhafte Eindrücke. Schade, daß die Gegend nach dem Abflug der Agent-Orange-Bomber dicht machte; aber wer, gehöre er zu den einen Augen oder zur anderen Sicht, sich heute an den fuffzich Tonnen Kerosin hin und nochmal soviel für retour orntlich beteiligt, dem sind fünf Tage netto Rikschafahren für Markelf sicher.

Statt gar nicht erst gekommen zu sein wegen der Scheißpaarmark und dem bißchen im Fernseh sein oder die Kläglichkeit seiner Präsenz bei solch verschämtchauvinistischem Schwatz wenigstens in letzter Minute durch invektivste Interruptio und donnernden Abgang zu versöhnen, sitzt, elend sprachlos sein Haupt in den Händen bergend, der US-Erziehungsoffizier und deutsche Dichter Stefan Heym die Stunde ab wie der Schulbub, auf bravem Arsche, widerspruchslos die chauvinistische Suada derSchlagernazisse K. erduldend, die, in schamlosester Verblendung, sich zum Vergleich mit der großen Marlene Dietrich erfrecht, die, in den Augen der dumpfen Funzel, ihr »Nest« »beschmutzte«, als sie die Alliierten auf dem Marsch gegen Nazideutschland begleitete, während doch sie, die K., die der Untermenschen Land überfallenden und entvölkernden Hakenkreuzhunnen in den Gefechtspausen treudeutsch beträllerte; sie, die nun mal nicht aus ihrer deutschen Haut könne, sei sie doch schließlich Deutsche. Und gern eine solche. Widerspruchslos, und sein Haupt birgt er in den Händen, duldet Heym dies, unternimmt sprachlich klärend nichts gegen die nazigenuinen Ausgrenzungs- und Totschlagsworte »Nestbeschmutzung«, »Nestbeschmutzer«, ja läßt geschehen, daß diese dröhnende Völkische die Rettung ihrer jüdischen Großmutter vor Auschwitz einem Deal zuspricht, einem »Deal«. Heym bleibt hocken und bleibt es, als der Biolek zum Schluß innerlich aufspringt und nicht *wie*, sondern direkt vom Zeitgeist gepeitscht, sich outet. Ja, auch er sei ein Deutscher, und er nehme sich die Freiheit, stolz darauf zu sein. (Und im deutschesten Teil Deutschlands, drüben, klatschen die deutschesten Deutschen Schwule aufs Pflaster.)

Was quatscht der Giordano eine zurecht horrend bezahlte Angestellte des verdorbensten Teils des deutschen Fernsehschweineunterhaltungskapitals als »werte Kollegin« an? Meint er ernsthaft, mit diesem abgebrühten deutschen Mädl ins biederhumanistisch-antinazistische Geschäft kommen zu können? Abba hallo. Herr, hier walten keine Moralen, hier herrscht das Gesetz der Verwurschtung von Allem und Jedem zum konsumierbaren Shrill. Und also ist November in der vom Werbegeld möblierten Redaktion, und wir machen was übern Tod. Weil wir aber nicht langweilig sein, sondern unterhalten wollen, lecken uns die Krankenhäuser am Arsch, und wir konzentrieren uns voll auf den Tod mit Schmackes. Also Tod als Tat des Töters. Fangen wir klein an bei den Ernährungstieren und beim Mann mit Blutschurz und Bolzen. Da setzen wir einen Schlachterberufsschulleiter ins Studio. Und für die Sektion Verbraucher Frau Schmidt von der bayerischen SPD. Für die Flinte in Afrika lassen wir den Erfinder des »Bild«-Auto-Aufklebers »Ein Herz für Kinder« sprechen, einen gewissen Bartels, der beim Abschuß von Hippopotamus, Leu und Elefant den Slip einnäßt (»Kick« heißt das auf safari). Wer tötet noch auf interessante Weise? Richtich, die Bullezei, selbstverständlich in Ausübung. Hierzu setzen wir einen, der wo schon einmal den Finger tödlich krumm gemacht, stimmenverzerrt hinter den transparenten Paravent, sichereren Schauders wegen. Militär? Langweilig, ausgelutscht, abgefuckt, aber mit dem Mende, Erich, Major und Altvizekanzler, könnte man diesen Aspekt besetzen, zumal der die Schopenhauerstelle (»Krieg nix gut«), vorzüglich meiningert und dann ja auch weiß, daß nach jedem, erst recht dem 39/45er Krieg, die Schuldfrage eine rein rhetorische ist, auf beiden Seiten wurde unten geschossen wie von oben bestellt, und von wegen die Deutschen und grausam, da sage er nur Katyn, Katyn. Hätten wir also Schlachtung, Jagd, Abschuß nach Polizeirecht und den von der Aufgeilung her wenig ergiebigen Weltkrieg – nur: Die Quote hoch reißt uns erst der Hinrichtungsmaschinenkonstrukteur Leuchter (dem sein bißchen Auschwitzlüge nehmen wir mit) und – der Telegeistheiler »Professor« Lasch, ein grotesk-egomaneurotischer Zausl, der freilich, nachdem die Staatsanwaltschaft den Leuchter weggefangen, im Alleingang die Quote rettet.

Giordanos veröffentlichtes Bittebitte um Einsicht lag dem deutschen Mädl am Mittwoch früh vor. Donnerstagabend führte sie wieder den Zausl, Spanner und ein paar vom Zausl ferngeheilte Durcheinandrige durchs Bild. Kein Ton über die Leuchter-Sauerei. »Liebe Frau Schreinemakers«? »Mit dennoch freundlichen Grüßen«? Verbitte mir dies, Herr Giordano.

Zahllose Leser haben sich bei mir erkundigt, wer die im Novemberheft auf Seite 3 (Professor Kahl macht ernst) abgebildete Demo-Torte kreiert hat. Nun, es war, kein Witz, die Künstlerin heißt so, Susanne Backer; bei ihr liegt auch das Backright.

Konkret 12/93, S. 64

Boris Gröndahl

Hintermänner gefunden

Die rechtsextreme »Junge Freiheit« verdankt ihre Karriere funktionierenden rechten Seilschaften und geschickter PR

Im Januar 1994 soll es soweit sein: Die Konservative Revolution findet am Kiosk statt. Die »Junge Freiheit«, Leib- und Magenblatt des aufstrebenden Jungnazis mit Latinum, startet mit einer Auflage von 100.000 Exemplaren (Eigenangabe) in die vierte Etappe ihrer siebenjährigen Geschichte: als Wochenzeitung. Seit einem halben Jahr bereitet die Redaktion unter Führung des Chefredakteurs Dieter Stein, 26, und des Verlagsleiters Götz Meidinger, 35, diesen Schritt vor: mit dem Erwerb einer passenden Immobilie am neuen Standort Potsdam (10 Millionen Mark) und der Suche nach Kommanditisten, die die angestrebte Kapitalaufstockung des Verlags auf zwei Millionen Mark aufbringen sollen.

Die Gründung der »Kommanditgesellschaft Junge Freiheit Verlag GmbH & Co.«, von Meidinger für Oktober angekündigt, läßt zwar auf sich warten, und bisher haust die Redaktion übergangsweise in zwei Räumen der Berliner Firma »AMS Allgemeine Mietsysteme« des Kameraden Roland Wehl, seinerzeit Redakteur bei der nationalrevolutionären Zeitschrift »Wir selbst«. Man darf also noch gespannt sein, ob sich beispielsweise das in rechten Kreisen kursierende Gerücht bestätigt, der CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer habe einen »beträchtlichen Batzen« in das Projekt investiert, und ob die »Junge Freiheit« es wirklich wagt, die bisherige Konspiration (Postfachadressen) aufzugeben und den Sitz der Redaktion in Potsdam öffentlich zu machen.

Ihren bisherigen Aufstieg jedenfalls verdankt die »Junge Freiheit« der Unbefangenheit, helfende Hände aus jedem Winkel der rechtsextremen Szene anzunehmen. Daß bereits die Gründung der »Jungen Freiheit« im Mai 1986, laut Hausgeschichtsschreibung »an einem Nachmittag beim Grillen« beschlossen, Ergebnis einer Verschwörung war, ist zwar unwahrscheinlich. Gleichwohl überrascht es, wie sehr die »Junge Freiheit« sich an dem orientiert, was einer der wichtigsten Theoretiker der Neuen Rechten, Karlheinz Weißmann, einst in »Criticón« forderte: die »Besetzung von Feldern im vorpolitischen Raum«, denn: »Nur eine vitale Subkultur garantiert längerfristig die Durchsetzung eigener Zielvorstellungen.« Daß es der Rechten daran fehle, verhindere, daß »Informationen und Lebensgefühl durch ein ganzes Kapillarsystem sickern« können. »Bündiger sind unsere Aufgabenstellungen selten formuliert worden«, gestand Stein auf dem Kongreß »Initiative Deutschland ‘90«, zu dem die »Junge Freiheit« zusammen mit der schon erwähnten »Wir selbst« und der Zeitschrift »Europa« am 3. November 1990 eingeladen hatte.

An dieser beinahe Gramscischen Maxime orientiert sich die »Junge Freiheit« erkennbar. Im redaktionellen Teil vermeidet man die Hart-wie-Kruppstahl-die-deutsche-Frau-raucht-nicht-Ästhetik von Kostümvereinen wie der Wikingjugend; die »Zeitgeist und Medien«-Redaktion der »Jungen Freiheit« freut sich an Tekkno (»Selten sieht man tausende Menschen so lustvoll und mit Hingabe ihren Führern folgen«) und fordert Leser auf, sich als Mitarbeiter unter dem Kennwort »4-Non-Blondes« zu bewerben (»Du siehst Dich in der Lage, die Nike-Werbung mit MTV frei nach Oswald Spengler zu deuten«): Style als Waffe der Faschos. Freilich dürften einige Leser der »Jungen Freiheit« von solchem neumodischen Kram etwas überfordert sein, etwa der »junge Mann aus Thüringen ... deutschnational, konservatives Weltbild«, der in seiner Zeitung ein »nettes deutsches Mädel für ein gemeinsames Leben« sucht.

Die »Junge Freiheit«-Macher der ersten Stunde – übrig geblieben sind der damals 19jährige Gymnasiast Dieter Stein aus Kirchzarten bei Freiburg und interessanterweise Verlagsleiter Götz Meidinger, 1986 schon kein Student mehr, sondern »als Kaufmann in der Industrie tätig« – versuchten zunächst, das Blatt als Jugendzeitung der Rep-Abspaltung »Freiheitliche Volkspartei« zu etablieren, entfernten sich aber ein halbes Jahr später von ihr. Seither vermeidet es die »Junge Freiheit« einerseits, sich an eine bestimmte rechtsextreme Partei zu binden, weigert sich aber auch, die reine Lehre gegen alle Versuche auszuspielen, Politik zu machen.

Die pragmatische Haltung der Redaktion zur organisierten Faschoszene spiegelt sich auch in ihrer Zusammensetzung wieder: Carsten Pagel und Thorsten Thaler (Ressort »Aus der Hauptstadt«) etwa sind Ex-Reps, die 1991 zur Deutschen Liga für Volk und Heimat wechselten und der »Jungen Freiheit« die Abonnenten des Berliner Rep-Organs »Berliner Nachrichten« verschacherten; Politikredakteur Stefan Ulbrich kommt aus der Wikingjugend; der Kontaktmann zur österreichischen rechtsextremen Szene, Jürgen Hatzenbichler, war »stellvertretender Führer Kärnten« der österreichischen Nazitruppe Nationale Front, einer inzwischen verbotenen Organisation, bevor ihn Jörg Haider in die FPÖ holte; Hans-Ulrich Kopp aus der Münchner Burschenschaft Danubia war Chef des kurzlebigen Rep-Studentenverbands RHV. Die Lieblingskarriere des Chefredakteurs, dessen Steckenpferd der Nationalbolschewismus ist, dürfte freilich der Redakteur hinter sich haben, der in der »Jungen Freiheit« als »Alexander Marwitz« erscheint. Hinter diesem *nom de guerre* verbirgt sich Ex-NVA-Major und Ex-SED-Mitglied Kai Guleikoff. Der, ein alter Freund der Familie Stein, schreibt schon seit Ende 1988 (!) für die »Junge Freiheit«; zuletzt interviewte er gemeinsam mit Stein den PDS-Funktionär Johann Scheringer.

Verhält sich die »Junge Freiheit« distanziert zur organisierten Rechten, so nutzt sie doch die größte deutsche Seilschaft: die Burschenschaften. Als die »Junge Freiheit« 1988 den ersten Schritt nach vorne wagt, auf Din A 4-Format umstellt, zum

Postzeitungsdienst zugelassen wird und zum Spendensammeln den Herausgeberverein »Unitas Germanica« gründet (Vorsitzender: Götz Meidinger), da organisiert sie einen »einzigartigen Uni-Verteiler« (Stein): Von 23 ehrenamtlichen Helfern (1989), häufig unter der Adresse einer Burschenschaft oder Studentenverbindung, werden 2.500 Exemplare der »Jungen Freiheit« in den Freiverkauf gebracht (Stein spricht großzügig von 7.500 Exemplaren).

Unter den 1600 (Stein: 2.500) regelmäßigen Beziehern der Zeitung befinden sich – ebenfalls 1989 – gerade 200 vollzahlende Abonnenten; das genügt der »Jungen Freiheit«, die im übrigen auf Multiplikatoren setzt: In ihrem Verteiler finden sich alle relevanten Redaktionen sowohl der Mainstream- als auch der Nazipresse, insgesamt etwa 120 Studentenverbindungen und Burschenschaften in Deutschland und Österreich. Natürlich wird die »Junge Freiheit« schon seit Jahren an der Deutschen Schule in Windhoek/Deutsch-Südwest gelesen, an der südafrikanischen Botschaft und in vielen FPÖ-Büros, aber auch etwa im Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie.

Die Jahreswende 1989/90 bringt den Machern der »Jungen Freiheit« nicht nur politisch Oberwasser. Sie erscheinen von nun an im Zeitungsformat, und die Koblenzer Vertriebsfirma SPS-Verlagsservice bringt neben den rechtsextremen Blättern »Criticón« und »Code« und neben wehrtechnischen Fachzeitschriften auch die »Junge Freiheit« an die deutschen Kioske. Sie organisiert einen Buchversand, mit dem sich die »Junge Freiheit« ein Zubrot verschafft und Imagepolitik macht: Es werden »intelligente Linke« wie Peter Glotz und Wolfgang Kowalsky feilgeboten; auch der von der Neuen Rechten sehr geschätzte Antonio Gramsci kann bestellt werden. Im August 1990 wird schließlich die »Junge Freiheit Verlag GmbH« gegründet (Handelsregister Freiburg HRB 3813), bis heute Herausgeber und Verlag der »Jungen Freiheit«. Zu Geschäftsführern werden Stein und Meidinger bestellt, als Sitz der Firma, die früher mit Freiburger, jetzt mit Potsdamer Postfachadressen arbeitet, gibt der »Bundesanzeiger« vom 28.9.90 die Privatadresse der Familie Stein in Kirchzarten an.

»Von herausragender wirtschaftlicher Bedeutung wird es sein, daß es der JF-Wochenzeitung endlich gelingt, einen breiten Anzeigenmarkt für sich zu erschließen«, erklärte Götz Meidinger im September 1993. In diesem Bereich operiert die »Junge Freiheit« bislang zwar nicht ohne Geschick, aber letztlich glücklos. Treue Anzeigenkunden sind neben den einschlägigen Naziklitschen nur die beiden Europaparlamentarier Emil Schlee und Johanna Grund sowie die unvermeidliche Verlagsgruppe Ullstein Langen Müller. Schlee und Frau Grund, die beide in jeder Ausgabe der »Jungen Freiheit« jeweils eine ganze Seite buchen, zogen für die Reps ins Europaparlament ein. Frau Grund, einst Schönhubers Stellvertreterin, wurde ausgeschlossen, nachdem ein Leserbrief von ihr in der offen nationalsozialistischen »Bauernschaft« des SS-Mannes Thies Christophersen erschien; Schlee, dem Kontakte zu Lyndon LaRouche nachgesagt werden, hat die Partei von sich aus verlassen. Der Chef der Verlagsgruppe Ullstein Langen Müller, Herbert Fleissner, gratulierte schon im Juni 1991 der »Jungen Freiheit« zum fünften Geburtstag (»Ich hoffe, es gelingt in Kürze das wöchentliche Erscheinen«) und widerspricht nicht den Gerüchten, die ihm ein finanzielles Engagement für die »Junge Freiheit« nachsagen; sein Noch-Cheflektor, der Ex-Maoist und kommende Leiter des Ressorts »Geistige Welt« der »Welt«, Rainer Zitelmann, ist ein beliebter Gesprächspartner der »Jungen Freiheit« (zu Ullstein Langen Müller vgl. KONKRET 10/93).

Nur selten gelingt die stabile Einwerbung von seriösen Kunden. Die Anzeigen des Fördervereins Berliner Stadtschloß, die dessen zweiter stellvertretender Vorsitzender Dieter Lieberwirth der »Jungen Freiheit« zugeschustert hatte, hatten das Outing Lieberwirths als Rep-Funktionär (er ist Stadtrat in Stuttgart und seit langem Abonnent der »Jungen Freiheit«) und seinen Rücktritt zur Folge. 1992/93 schaltete die österreichische Firma Cordial Ferienclub AG ganzseitige Vierfarbanzeigen in der »Jungen Freiheit«. Diese Firma, die Hotelzimmer nach dem sogenannten Timesharing-Prinzip auf Zeit »verkauft«, gilt in Österreich als extrem unseriöse Keilertruppe – ein klassischer Fall von raffendem Kapital. Als »Bezahlung« ihrer Anzeigen bietet die Cordial Hotelgutscheine an, weswegen sie in der Regel abblitzt; die »Junge Freiheit« schlug ein und warf die Gutscheine als Aboprämien unters Volk. Von österreichischen Journalisten auf den Charakter ihres Werbeträgers hingewiesen, schoben sich die Cordial und ihre Werbeagentur Connex die Verantwortung für den Auftrag hin und her und stellten die Zusammenarbeit mit der »Jungen Freiheit« schließlich ein – wie es heißt, auf Druck der Cordial-Banken, die unter den Folgen eines weiteren Imageschadens der Cordial nicht leiden wollten.

Der erfolgreiche Einstieg der »Jungen Freiheit« ins professionelle Anzeigengeschäft steht durchaus noch auf der Kippe. Meidinger hat sicherheitshalber erstmal selbst eine Werbeagentur gegründet: die Profit Marketing, ebenfalls Untermieterin des Berliner Kameraden Roland Wehl. Eine andere ominöse Agentur namens Image Contact hat offensichtlich die Werbung für die »Junge Freiheit« selbst übernommen. Sie schaltete eine Anzeige im Berliner »Tagesspiegel«, scheiterte aber mit dem gleichen Ansinnen bei der »Berliner Zeitung«.

Hat die gute alte Entlarvungsstrategie linker Journalisten die »Junge Freiheit« wenigstens richtig Geld gekostet, so haben auch Linke dazu beigetragen, das Blatt erst richtig ins Gespräch zu bringen. Ihre Eigenwerbung betreibt die »Junge Freiheit« mit zahlreichen Zitaten aus der »Tageszeitung«, die die »rechte ›taz‹« (»Tageszeitung« über »Junge Freiheit«) respektvoll für ihr »intellektuelles Niveau« lobt. Den Gipfel der Fahrlässigkeit erreichte im letzten Jahr Armin Pfahl-Traughber, der ausgerechnet der Leserschaft der »FAZ« in einem ausführlichen Beitrag die Gefährlichkeit der Zeitung damit begründete, daß sie Carl Schmitt klasse finde und den Liberalismus alsihren Hauptfeind betrachte. Völlig richtig wies Dieter Stein in einem Leserbrief darauf hin, daß man das ja auch in der »FAZ« selbst hin und wieder so lesen könne

und forderte vom »bürgerlichen Lager«, daß es sich »zumindest heimlich« über die »Junge Freiheit« freuen solle.

Der Autor dankt Adrian Hoffmann für ergänzende Recherchen. Beim Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung erscheint im Frühjahr 1994 ein Buch über die »Junge Freiheit«

Boris Gröndahl schrieb in KONKRET 7/93 über die Versuche der Treuhand, das Vermögen der KPÖ zu beschlagnahmen

Konkret 12/93, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Ob die Armen immer ärmer werden, hat die »Frankfurter Allgemeine« den Bankier Tietmeyer gefragt.

Die These, daß die Armen immer ärmer werden, stimmt so generell nicht,

gab er zur Antwort. Belehrt, daß die Armen zwar nicht so generell, aber anders und insbesondere speziell ärmer werden, hat sie ihn gefragt, ob die reichen Länder reich seien, weil die armen Länder arm sind.

Im Kolonialzeitalter mag es solche Kausalitäten gegeben haben, doch heute bestreite ich den genannten Zusammenhang weitgehend,

hat er da gesagt, nicht aber ganz und gar, und generell schon überhaupt nicht. Als sie ihn schließlich gefragt hat, ob die armen Länder von den reichen Staaten ausgebeutet und ausgeplündert würden, hat er geantwortet:

Die Ausbeutungsthese halte ich in dieser generalisierten Form heute für falsch und überholt,

was nur heißen kann, daß sie gestern noch aktuell war und er sie in einer anderen, weniger generalisierten als spezialisierten Form heute noch für richtig hält. Den Schmus durchschauend, den er der Börse und dem »Börsenblatt« schuldet, darf man wagen zu sagen: Venceremos, Genosse Bundesbankpräsident.

Weil der Genosse Ministerpräsident Rau auch Bundespräsident werden will, hat er zum Gedenken an den Genossen Reichspräsidenten Ebert eine Bewerbungsrede gehalten:

Eberts Beispiel, rühmte Rau, habe spürbar auch das Amtsverständnis späterer »großer Präsidenten« der Bundesrepublik beeinflußt. Ebert habe, wie später Heinemann, seine Aufgabe darin gesehen, das Gute zu fördern und dem Bösen zu wehren, sagte Rau.

Eberts Beispiel prägt auch dasAmtsverständnis des großen Prä-sidentschaftskandidaten Rau. Wählt Heitmann!

»American Express«, das auch ein deutsches Nachrichtenmagazin ist, hat Frau Noelle-Neumann gefragt, ob man die Deutschen in Ost und West *ein* Volk nennen könne. Die Volkskundlerin konnte gute Kunde geben:

Auf Schritt und Tritt trafen wir auf Gemeinsamkeiten bei den Deutschen in Ost und West. Wir sind tatsächlich ein Volk. Auch im Vergleich zu den anderen europäischen Völkern übrigens. Die Deutschen haben überall die gleichen Stimmungserlebnisse. Und sie haben quantitativ sehr viel mehr Stimmungen als andere europäische Völker. Die Demoskopie zeigt, daß die Gemeinsamkeiten doch außerordentlich groß sind. Das geht bis zu den Ansichten über Reinlichkeit und Familie

wie insbesondere denen, daß man Kinder schlagen soll und ein Bad pro Woche genügt. Vierzig Jahre Planwirtschaft und real existierender Kapitalismus sind an den Deutschen abgeperlt wie Wasser am Fett der Paellapfanne von Villabajo. Sie sind geblieben, was sie vor ihrer Trennung waren: die Stimmungskanonen des Kontinents.

Raddatz mal wieder. Im ersten Absatz gibt er dem Verfasser eine 1 mit Sternchen: Das Buch sei

glänzend geschrieben.

Im letzten Absatz teilt er mit, was die Note wert ist:

Für Leser, die vielleicht vor der Arbeit zurückschrecken, die diese knapp 800 Seiten fordert...

800 Seiten fordert Arbeit? Arbeit fordern 800 Seiten? Aber was will man – er hat bekannt, kein Linker mehr zu sein, weshalb die Frage Wer wen? ihm in jedem Fall als ein Terror gilt, von Stalinisten ausgedacht, die Raddatz am glänzenden Schreiben hindern will.

Iris Radisch heißt Raddatzens Nachfolgerin im Feuilleton der »Zeit«, und sie gibt sich den entsprechenden Mühe:

Das Gespenst der Freiheit hat nicht nur der Subventionshochkultur, sondern auch der in die Jahre gekommenen Alternativkultur das Fürchten gelehrt.

Ein Gespenst geht um im Feuilleton – das Gespenst des Casus. Alle Mächte der Ressortleitung haben sich zu einer Hetzjagd gegen dies Gespenst verbündet. Es lehrt dem Akkusativ das Fürchten und rettet doch nicht dem Dativ. Denn die Geschichte allen bisherigen Feuilletons ist die Geschichte von grammatischen Katastrophen. Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Zunftbürger und Gesell, Radisch und Raddatz führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen

Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer Umgestaltung des Satzbaus endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Redakteure. Und wieder stellt sich des großen Walter Ulbricht Frage: Was lernt uns das, Genossen? Daß es ihm gelungen ist, dem Raddatz in die Flucht zu jagen, sollte uns lehren, was wir an die Radisch versäumen.

Was bisher, allzu bieder, die allererste total friedliche Revolution in der ganzen Weltgeschichte überhaupt hieß, hat der »Spiegel« werblich ein wenig aufgepeppt. Der sächsische Thermidor heißt jetzt

samtene Revolution.

Sie war wirklich ein Umsturz mit Spaß, des Einzelhandels Krönung der schönsten Stunden wie ein Mittel zum braunen Fleck, und wärs nicht im November passiert, hätte man die erste deutsche Revolution auf deutschem Boden vielleicht – ich bin so frei, Helmut Kohl ist dabei – aprilfrisch genannt. Nichts ist unmöglich, Idiota.

Doch ob samten oder aprilfrisch, sogar die deutsche Revolution hat einiges durcheinandergebracht, darunter den Arbeitsmarkt und des »Spiegels« Schreibe:

Bis Ende 1995, so hat der Vorstand errechnet, könnte Volkswagen allenfalls 70.000 Mitarbeiter beschäftigen – er müßte 30.000 entlassen.

Der Volkswagen. Die restlichen 40.000 bleiben drin – zwei vorne, zwei hinten und 39.996 auf den Schößen der Elefanten.

Ein anderes Verdienst der samtenen Revolution besteht darin, daß sie den grünen Erfinder des konsumfreudigen Citoyens, Udo Knapp, doch noch etwas anderes hat werden lassen als Wirt, nämlich erstens Mitglied der SPD und infolgedessen zweitens stellvertretenden Landrat in der ehemaligen Zone, worüber der »Tagesspiegel« zu berichten weiß:

Für einen, der wie Knapp aus dem Westen kommt, hält Usedom einige Fettnäpfe bereit. Knapp, kein zaghafter Mann, ist schon oft reingefallen.

Die vorrevolutionäre Arbeiteraristokratie pflegte bei Gelegenheit und nur unfreiwillig in Fettnäpfchen zu treten. Der nachrevolutionäre Citoyen nimmt volles Maß. Ein Mann der neuen Zeit. Ein Konsumolze.

Nach dem Abschied vom wissenschaftlichen Sozialismus wird im »Neuen Deutschland« die Ökonomie von einem Bischoff erklärt, der zwar nur so heißt und mit Vornamen Joachim, aber, wie der Lateiner sagt, omen est amen. Bischoff fragt:

Unter welchen Voraussetzungen soll die Konjunktursonne wieder scheinen?

Schwer zu sagen, denn

der jüngste IFO-Konjunkturtest bestätigt keineswegs die behauptete Aufhellung am Horizont.

Bischoff weiß aber zu berichten, daß

der Aufschwung für den notwendigen Rückenwind sorgen soll,

während es für die frühere Irrlehre kennzeichnend war, daß nach ihr der Rückenwind für den Aufschwung sorgen sollte – lächerlich! Bischoff wiederum darf melden, daß irgendwann

mit einem Ende der Talfahrt gerechnet werden

kann, muß aber einschränken:

Fällt der Exportmotor aus, erhalten die Auftriebskräfte aus der Binnenwirtschaft ein umso höheres Gewicht,

das die Auftriebskräfte von der Talsohle in die Konjunktursonne fallen läßt wie den Apfel vom Pferd in den Himmel. Exakt so wirds kommen.